Beiträge zur Politik Ferdinands von Köln im dreißigjährigen Kriege bis zum Tage von Schleusingen im Juli 1624.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

einer hohen philosophischen Fakultät
der Universität Leipzig

vorgelegt von

Walter Lippert
aus Leipzig.

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

Naumburg a. d. S.
G. Pätz'sche Buchdruckerei Lippert & Co. G. m. b. H.
1916

Angenommen von der II. Sektion auf Grund der Gutachten der Herren Herre und Seeliger.

Leipzig, den 18. Jan. 1916.

Der Prokanzellar
G. Herglotz.

Die vorliegende Arbeit erscheint zugleich als selbständige Schrift in der A. Deichert'schen Verlagsbuchhandlung W. Scholl in Leipzig.

Meinen lieben Eltern

gewidmet.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545814_0049

Inhalt.

Seite.

I. Die Wittelsbacher in Kurköln. Kurfürst Ernst und die Coadjutorie Ferdinands von Bayern 1

II. Ferdinands Politik in den Jahren 1612—1618 3

III. Die ersten Kriegsjahre bis zum Einfall Christians von Halberstadt in Westfalen 8

IV. Der Einfall Christians von Halberstadt in Westfalen . . 16

V. Kurze Friedenshoffnungen und neue Kriegsgefahren im Sommer und Herbst 1622 29

VI. Ferdinands Stellungnahme zu den Stillstandsverhandlungen in Brüssel und zur Kurfrage. Die Fürstenversammlung und der Ligatag zu Regensburg 33

VII. Die ligistische Einquartierung in Westfalen 49

VIII. Die Mithilfe Ferdinands zur Anerkennung der bayrischen Kur im Reiche und im Ausland 1623/24. Der Augsburger Ligatag vom Jahre 1624 und die Verhandlungen mit Frankreich 74

IX. Der Tag zu Schleusingen. Die Zustände in den kölnischen Stiftern im Jahre 1624. Rückblick 97

I. Die Wittelsbacher und Kurköln.

Kurfürst Ernst und die Coadjutorie Ferdinands von Bayern.

Die Neuwahl im Kurfürstentum Köln, die wegen des Abfalls des Erzbischofs Gebhard 1583 notwendig wurde, führte zu einem Ergebnis, das die Kurie und das bayrische Herzogshaus schon lange vorbereitet hatten: Ernst von Bayern, der Bruder des regierenden Herzogs Wilhelm V. wurde vom Kapitel einstimmig zur Leitung des vielfach vom Protestantismus bedrohten Hochstiftes berufen[1]). Dieses Ereignis war nach zwei Seiten hin von nicht geringer Bedeutung. Einmal wurde durch den Übergang Kurkölns auf einen dem Papste treu ergebenen Wittelsbacher der Bestand der katholischen Kirche in Nordwestdeutschland wesentlich gefestigt, und dann stieg der Einfluß Bayerns im Reiche ganz erheblich, da in Zukunft die Regierungen von München und Bonn gemeinsam für die ehrgeizigen Ziele der bayrischen Politik in die Schranken treten konnten. Nicht umsonst bestritt Herzog Wilhelm die hohen Kosten des kölnischen Krieges zum großen Teil aus seiner Kasse[2]); er war überzeugt, daß der Sieg über den abtrünnigen Gebhard den Wittelsbachern die glänzendste Vormachtstellung über allen deutschen Fürstenhäusern sichern mußte. Allerdings machten sich die Vorteile, die Wilhelm V. von der engen Verbindung Bayerns mit Kurköln erhofft hatte, nicht sogleich bemerkbar, da die Gegner dem neuen Erzbischof auch nach Beendigung des Kölner Krieges noch manches Hindernis in den Weg legten, das beseitigt werden mußte; aber

[1]) Lossen, Der Kölnische Krieg II, S. 295.
[2]) Hansen, Einleitung, S. 65.

trotzdem gelang es Ernst, im Laufe der Jahre die feindlichen Regungen, wenn auch nicht völlig zu ersticken, so doch wenigstens seinem Nachfolger die Bahnen zu ebnen, auf denen er weiterschreiten konnte zum Ruhme Bayerns und der katholischen Kirche.

Die Schwierigkeiten, die der Wahl Ernsts begegnet waren, ließen es geboten erscheinen, beizeiten dafür zu sorgen, daß die in Westdeutschland gewonnene Position eine dauernde werde. Kurköln sollte den Wittelsbachern erhalten bleiben, das war in der Folgezeit eine der Hauptaufgaben der bayrischen Politik, die damals den Grund legte zu einer beinahe zweihundertjährigen Herrschaft der Wittelsbacher im Kölner Erzstift. Als Nachfolger Ernsts wurde sein Neffe Ferdinand, der Bruder des Herzogs und späteren Kurfürsten Maximilian, in Aussicht genommen. Seine Wahl machte man dadurch von allen fremden Einflüssen unabhängig, daß der noch nicht Zwanzigjährige 1595 seinem Oheim als Coadjutor zur Seite trat. Die Erziehung Ferdinands, die von den Jesuiten im Vaterhaus und auf der Universität Ingolstadt geleitet und in Rom unter den Augen des Papstes vollendet worden war, bot alle Garantien dafür, daß er die hohen Erwartungen, die von katholischer Seite in ihn gesetzt wurden, erfüllen werde; hatte er doch schon im frühen Knabenalter ein Bekenntnis abgelegt, aus dem hervorging, daß er, von einem unauslöschlichen Protestantenhaß beseelt, fest zum alten Glauben halten wollte[1]). Jedenfalls wußten die in Nordwestdeutschland ansässigen protestantischen Landesherren, daß sie von dem jungen Bayernfürsten keine Schonung erwarten durften. Bereits in den ersten Jahren seiner Coadjutorie zeigte er sich als der ausgesprochene Vertreter des katholischen Prinzips in einem Teile des Reiches, in dem mehr als anderswo die protestantischen Fürstenhäuser nach dem Besitz geistlicher Territorien strebten, und es war klar, daß er vor allem andern versuchen werde, weitere Verluste geistlichen Gebietes zu verhindern und bereits verlorenes wieder zurückzugewinnen. Seine von einer starken Überzeugung getragenen Anschauungen wurden den Gegnern um so eher be-

---

[1]) v. Aretin, Geschichte des bayrischen Herzogs und Kurfürsten Maximilian I., S. 460f. und 463, Anm. 16.

kannt, als ihm der rasch alternde Kurfürst Ernst in der Ausübung seines Amtes immer mehr freie Hand ließ, so daß der Coadjutor schließlich vollkommen selbständig schalten und walten konnte. Dabei arbeitete er sich in alle Zweige der Landesregierung ganz vorzüglich ein und übernahm nach dem Tode Ernsts 1612 eines der mächtigsten geistlichen Fürstentümer, in dem er in Wahrheit schon jahrelang vorher die Geschäfte nach eignem Ermessen geführt hatte[1]).

II. Ferdinands Politik in den Jahren 1612—1618.

Mit dem Erzstift erwarb Ferdinand gleichzeitig die Bistümer Lüttich, Münster und Hildesheim[2]). Das letztere gehörte dem niedersächsischen Kreise an, während Münster und Lüttich am westfälischen und das Erzstift selbst am kurrheinischen beteiligt war. Diese gewaltige Ausdehnung des kölnischen Besitzes über drei Kreise schloß im Kriegsfalle einen einheitlichen Landesschutz von vornherein aus, und die einzelnen Stifter, die mit Ausnahme Kurkölns von „heimgelassenen Räten" regiert wurden, blieben bei der Abwehr feindlicher Angriffe mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen, wobei sie auf die Vorteile verzichten mußten, die immer in der umfassenden Fürsorge des dauernd anwesenden Landesherrn gesichert sind. Abgesehen davon war es sehr ungünstig, daß an den Grenzen gegen die gefährlichen protestantischen Nachbaren brauchbare natürliche Schutzlinien meist fehlten. Das Erzstift erstreckte sich, in seinem Kernland nach Westen und Osten offen, am linken Rheinufer als ein schmaler Streifen, der im Süden oberhalb von Bonn einsetzte und nördlich bis in die Gegend von Duisburg reichte. Hierzu kamen links vom Rhein einige kleinere Sonderbezirke, und rechts lagen ebenfalls

[1]) Unkel, Die Coadjutorie des Herzogs Ferdinand von Bayern im Erzstifte Köln. Hist. Jahrb. VIII.

[2]) Kurkölnischer Geschichtskalender, 12. März 1612; vgl. Seibertz, Quellen der westfälischen Geschichte I, S. 83.

losgelöst vom Hauptlande, als umfangreichere Gebiete das Vest Recklinghausen und das Herzogtum Westfalen[1]). Zwischen die einzelnen Landschaften schoben sich die Territorien von Jülich, Cleve, Berg, Mark und Mörs trennend ein, wodurch die Verbindung mit dem gewöhnlich in Bonn residierenden Kurfürsten sehr erschwert wurde. Derselbe Übelstand machte sich fühlbar im Verkehr mit den übrigen Stiftern Ferdinands, doch befand sich unter ihnen wenigstens das Bistum Lüttich in vorteilhafterer Lage, da es, fast gänzlich vom Gebiete der spanischen Niederlande umschlossen, ohne Verletzung der Interessen dieses Staates bloß von Frankreich und Jülich aus durch schmale Einbruchstore zu erreichen war. Hildesheim aber und Münster verfügten nicht über einen so wirksamen Schutz ihrer Grenzen, sie litten vielmehr beide stark unter der protestantischen Nachbarschaft. Besonders Münster hatte einen schweren Stand den Holländern gegenüber, die als erbitterte Feinde des Katholizismus den bequemen Übergang auf münsterisches Gebiet häufig benutzten, um einen Druck auf das wehrlose Stift auszuüben. Außerdem aber zerfiel Münster in zwei nur lose zusammenhängende Abschnitte, das Oberstift und das Niederstift, die durch fremdes Gebiet voneinander geschieden waren und nur zwischen den Grafschaften Bentheim und Lingen einen mäßig breiten Verbindungsweg besaßen, der von feindlichen Truppen leicht gesperrt werden konnte. Auch nach Norden und Osten hin entbehrte das ganz im Tiefland gelegene Bistum jedes natürlichen Schutzes, was in Anbetracht der dort ansässigen protestantischen Fürsten schwere Gefahren mit sich brachte; und als mißlich fiel weiterhin ins Gewicht, daß Ferdinand bei seinen Untertanen in Münster häufig auf offene oder versteckte Opposition stieß, weil diese in überwiegender Mehrheit protestantisch gesinnt waren und ihren Landesherrn als andersgläubigen Eindringling ansahen, den man nur widerwillig und gezwungen unterstützte[2]).

Bei einer derartigen Lage der Stifter war es für Ferdinand von Bayern äußerst kritisch, daß der Regentenwechsel gerade zu der

[1]) Historisch-geographische Beschreibung des Erzstiftes Köln; Binterim und Mooren, Erzdiözese Köln I.

[2]) Weskamp, Die Stadt Warendorf im Kampfe gegen Landesherrn und Kaiser, Zeitschr. f. Gesch. u. Altertumskd. Bd. 47, S. 121ff.

Zeit stattfand, in der am Rhein die Spannung zwischen Protestanten und Katholiken aus Anlaß des Jülich-Clevischen Erbfolgestreites ihren Höhepunkt erreichte. Der Bruch zwischen Brandenburg und Neuburg und die damit zusammenhängende Annäherung des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm an den Katholizismus und an Bayern ließen den Zwist in ein Stadium eintreten, in dem die alte Kirche an der Entwicklung der rheinischen Besitzverhältnisse bedeutend mehr als vorher interessiert war. Ferdinand hätte daher auch am liebsten offen die Partei seines zukünftigen Schwagers Wolfgang Wilhelm ergriffen[1]); da aber die Teilnahmlosigkeit der sparsamen Ligafürsten eine Heranziehung des katholischen Bundes zur Unterstützung des Neuburgers ausschloß[2]) und die kurkölnischen Mittel zu einer selbständigen Aktion nicht genügten, beschränkte er sich auf die Wahrung der durch die Not gebotenen Neutralität und machte, um seinen Stiftern die weiteren Drangsale von Truppendurchzügen und Einquartierungen[3]) zu ersparen, seinen Einfluß bei den Verhandlungen zu Xanten dahin geltend, daß der Vertrag unterzeichnet werden konnte[4]).

Wenn der Kurfürst im Jülich-Clevischen Erbfolgestreit unter dem Drucke der brandenburgisch-holländischen Heeresmacht gegen seine Neigung Ruhe hielt, so legte er sich bei anderen Gelegenheiten desto weniger Zwang an. Was für Grundsätze in seiner Politik maßgebend waren, äußerte sein Vertreter schon auf dem Regensburger Reichstag von 1613, indem er offen bekannte, daß die Restitution der seit dem Religionsfrieden von 1555 eingezogenen geistlichen Güter durchgesetzt werden müsse[5]). Diesem Standpunkt entsprach es auch, daß Ferdinand im August 1614 an der Unterwerfung der abtrünnigen Reichsstadt Aachen tätigen Anteil nahm[6]) und daß er von allem Anfang an die Vorschläge bekämpfte, mit denen Kaiser Matthias durch Zugeständnisse an die Protestanten die gegensätzlichen Forderungen der beiden

[1]) Häberlin-Senkenberg XXIV, S. 733.
[2]) Ritter, Deutsche Geschichte II, S. 374.
[3]) Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 43.
[4]) v. Stramberg, Rhein. Antiqu. II 7, S. 748.
[5]) Ritter, Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und der Anfänge des Kaisers Matthias. Abh. d. Bayer. Akad. 1880, S. 137, Anm. 1.
[6]) v. Stramberg, Rhein. Antiqu. II., 7, S. 745.

Kirchenparteien im Reiche zu vereinigen suchte[1]). Natürlich war er auch ein entschiedener Widersacher des zur Vermittlung neigenden ersten kaiserlichen Ratgebers, des Kardinals Klesl, dessen Sturz er später mit großer Genugtuung begrüßte[2]).

Die Gegnerschaft zwischen Ferdinand und Klesl war begründet in den Umtrieben, mit denen dieser die Liga zugunsten einer allgemeinen Verständigung bekämpfte. Mit Bedauern hatte Ferdinand gesehen, wie die Bemühungen Klesls zur Zersetzung der Liga so weit gediehen waren, daß sich Herzog Maximilian infolge der Schwierigkeiten, die ihm von seiten der Habsburger bereitet wurden, ganz von der Leitung des Bundes zurückzog und eine selbständige süddeutsche Liga schuf, die mit der alten, völlig versagenden und aufgehobenen keine Gemeinschaft mehr hatte[3]). Nun waren die Kirchenfürsten in einer höchst bedenklichen Lage, die ohne Hilfeleistung von Bundesgenossen eine erfolgreiche Verteidigung ihrer Gebiete nicht durchführen konnten. Unter ihnen stand Ferdinand mit seinen exponierten und von den Gegnern auch nach dem Xantener Vertrag häufig heimgesuchten Stiftern[4]) an erster Stelle. In sicherer Erwartung eines endgültigen Entscheidungskampfes beabsichtigte er, zuerst durch den Vorschlag einer baldigen Zusammenkunft aller katholischen Stände den Bund in seiner alten Form wiederherzustellen[5]). Als jedoch seine Bemühungen in dieser Richtung an dem Widerstande Maximilians scheiterten[6]), regte er eine Erweiterung des süddeutschen Bundes an[7]) und sprach schließlich den bestimmten Wunsch aus, Mitglied von Maximilians Sondervereinigung zu werden[8]). Aber in keiner Weise gab der durch Österreichs Machenschaften schwer gekränkte Bayernherzog dem Drängen seines Bruders nach. Unter dem Vorwand der Abneigung seiner Bundesgenossen gegen

---

[1]) Wolf IV, S. 47ff.; S. 72, Anm. 31.

[2]) Wolf IV, S. 140, Anm. 18, Kurköln an Maximilian, 14. August 1618.

[3]) Ritter, Deutsche Geschichte II, S. 428.

[4]) Wolf IV, S. 12, Anm. 6, Kurköln an Maximilian, 11. Oktober 1615.

[5]) Wolf, ebenda, Kurköln an Maximilian, 13. April 1617; S. 73, Anm. 33, 24. April 1617.

[6]) Wolf IV, S. 76ff., Maximilian an Kurköln, 9. Mai 1617.

[7]) Wolf IV, S. 95, Anm. 15, Kurköln an Maximilian, 14. Mai 1617.

[8]) Wolf, ebenda, Verhandlungen bei einem Besuche Ferdinands in München, Sommer 1617.

eine Ausdehnung der süddeutschen Liga wurde die Aufnahme Ferdinands abgelehnt und die einmal eingenommene Haltung behauptet, bis die bald beginnende Umgestaltung der politischen Verhältnisse im Reiche eine Annäherung an die übrigen katholischen Stände erforderlich machte[1]).

Der Wendepunkt trat ein mit dem Ausbruch des böhmischen Aufstandes und der daraus sich ergebenden Notlage des Hauses Habsburg. Jetzt, wo Österreich völlig von der Hilfe der deutschen Katholiken abhängig war, durften von Wien aus nicht mehr so übertriebene Ansprüche wie früher in bezug auf die Leitung des katholischen Bundes gestellt werden, und es war anzunehmen, daß man Maximilians Drang nach Selbständigkeit freie Bahnen ließ, denn nur von ihm konnte die Rettung kommen. Die Habsburger gingen ihn auch sofort um Geld, Truppen und Kriegsmaterial an, aber sie erlebten eine bittere Enttäuschung; Maximilian beantwortete alle Gesuche mit abschlägigem Bescheid[2]). Das hinderte ihn jedoch nicht, in richtiger Erkenntnis der dem deutschen Katholizismus von Böhmen her drohenden Gefahr unter der Hand einen allgemeinen Bund der Angehörigen der alten Kirche vorzubereiten. Inzwischen nämlich hatte Ferdinand von Köln aus Anlaß des böhmischen Aufstandes in München erneut eine Reorganisation der Liga vorgeschlagen[3]); jedoch das Mißtrauen gegen Österreich, das in Maximilian immer noch lebendig war, verlangte auch ferner einige Zurückhaltung[4]), und der Bayernherzog riet vorläufig nur zu einem einstweiligen Zusammenschluß der rheinischen Stände. Darauf kam es im Januar 1619 zu dem Konvent der geistlichen Kurfürsten in Oberwesel, wo die Vereinigung der rheinländischen Katholiken vollzogen und die Angliederung an den süddeutschen Bund als erstrebenswert bezeichnet wurde[5]).

---

[1]) Wolf, ebenda, Schreiben der süddeutschen Bischöfe an Kurköln, 30. August 1618.

[2]) Wolf IV, S. 129ff.

[3]) Wolf IV, S. 177, Anm. 7, Kurköln an Maximilian, 5. September 1618.

[4]) Wolf IV, S. 188, Maximilian an Kurköln, 4. Juni 1619.

[5]) Wolf IV, S. 181f.

III. Die ersten Kriegsjahre bis zum Einfall Christians von Halberstadt in Westfalen.

Gerade jetzt mußte Ferdinand an einer schnellen Entwicklung sehr viel gelegen sein, da sich sein Machtbereich im November des Jahres 1618 durch die Erwerbung des Stiftes Paderborn um ein wirtschaftlich sehr wertvolles Gebiet vergrößert hatte, ohne daß dadurch seine Lage militärisch gebessert worden wäre[1]). Da er hier schon seit 1612 Coadjutor gewesen war[2]), kannte er die Zustände ganz genau und wußte, daß der Protestantismus auch dort Eingang gefunden hatte[3]); die Bevölkerung war infolgedessen für Ferdinand ebenso unzuverlässig wie die in Münster. Überdies grenzte das Stift im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel und in der Landgrafschaft Hessen-Cassel an rein protestantische Gebiete und hatte somit zwei Reichsfürsten in unmittelbarer Nähe, die im Ernstfalle als heftige Gegner des Katholizismus gern die Erlaubnis zur Zusammenziehung von Truppen in ihren Territorien gaben, wenn diese für einen Überfall auf das Land des Erzbischofs bereit gehalten werden sollten.

Paderborn war demnach ein ausgezeichnetes Angriffsobjekt. Deswegen kam es Ferdinand sehr unerwünscht, daß die Wiederherstellung der Liga nach dem Bündnis von Oberwesel doch nicht so bald erfolgte, wie er wohl erwarten mochte; denn der Tod des Kaisers Matthias und die damit notwendig gewordene Wahl seines Nachfolgers drängten jetzt seine persönlichen Wünsche für einige Zeit in den Hintergrund und beanspruchten naturgemäß die ungeteilte Aufmerksamkeit der politisch interessierten Kreise für sich.

Bei dem Meinungsaustausch, der schon lange vor dem Ableben des Kaisers über die Frage der Nachfolge eingesetzt hatte, war die Kandidatur Maximilians von Bayern von der Pfälzer

[1]) Khevenhüller IX, S. 204; Ferdinand gehörten außerdem die Abteien Stablo, Berchtesgaden und Corvei, vgl. Geschichtsquellen des Bistums Münster III, S. 247; Tophoff, N. F. III, S. 178, Beilage IX.

[2]) M. Strunck, Annalium Paderbornensium III. S. 718.

[3]) Löher, Geschichte des Kampfes um Paderborn.

Partei sehr rege unterstützt worden. Kurfürst Ferdinand war in diese Pläne eingeweiht[1]), und da er hier die Möglichkeit sah, dem Hause Wittelsbach zur höchsten Würde im Reiche zu verhelfen, hatte er nicht gezögert, für den Übergang der Kaiserkrone auf Maximilian zu wirken. Er war zu diesem Zwecke mit dem französischen Hofe in Verbindung getreten[2]) und hatte auch mit Maximilian selbst verhandelt[3]), ohne jedoch die Entschließungen des letzteren beschleunigen zu können, denn Maximilian schob seine Entscheidungen unter dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Frage immer wieder hinaus[4]) und entsagte erst ganz zuletzt der angebotenen Würde. Demnach gab der Kurfürst auf dem Frankfurter Wahltage seine Stimme für Ferdinand von Steiermark ab, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß sein Bruder nach der Kaiserkrone kein Verlangen habe[5]).

Kurz nach der im August 1619 erfolgten Wahl Ferdinands II. wurde dem Pflazgrafen Friedrich V. das Königreich Böhmen von den abgefallenen Untertanen des habsburgischen Kronlandes angetragen. Man hatte anfangs im katholischen Lager noch einige Hoffnung, daß der Pfälzer den Lockungen nicht nachgeben würde. Auch Ferdinand von Köln gehörte zu denen, die eine ablehnende Antwort Friedrichs V. erwarteten[6]). Er versprach sich daher Erfolg von einer Vermittlung, die sein Bruder zwischen Kaiser Ferdinand und dem Pfalzgrafen anbahnen sollte. Der Gedanke dazu war vom Kaiser selbst ausgegangen, und in seinem Auftrage empfahl ihn der Erzbischof dem bayrischen Herzog[6]). Als er jedoch durch diesen davon unterrichtet wurde, daß der Pfalzgraf zur Annahme entschlossen sei, war er sich sofort über die Tragweite des bevorstehenden Verfassungsbruchs klar. Er fürchtete das Schlimmste für den Bestand der katholischen Kirche und sah die gänzliche Vernichtung der Reichsordnung

[1]) Wolf IV, S. 106, Anm. 6.

[2]) Wolf IV, ebenda, Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg an den Fürsten Christian von Anhalt, 7. November 1617.

[3]) Wolf, ebenda, Maximilian an Kurköln, 5. Dezember 1617.

[4]) Wolf IV, S. 206, Anm. 22, Maximilian an Kurköln, 14. Mai 1619

[5]) Wolf IV, S. 220, Anm. 43, Kurkölnischer Bericht über die Wahlverhandlungen an Maximilian.

[6]) Wolf IV, S. 244, Anm. 15, Kurköln an Maximilian, 3. September 1619.

sicher voraus, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßregeln ergriffen würden[1]). Gleich in Frankfurt begann er daher mit seinen noch vom Wahltage her anwesenden geistlichen Kollegen lebhafte Beratungen über die Mittel zur Erhaltung der schwer bedrohten katholischen Religion[1]), und selbstverständlich kam er nun wieder auf den Plan zurück, den er alle die vorhergehenden Jahre hindurch seit der Auflösung der Liga unablässig verfolgt hatte, auf die Wiederherstellung des allgemeinen katholischen Bundes[2]).

Die Erzbischöfe von Mainz und Trier waren mit ihm hinsichtlich der Notwendigkeit einer Wiederbegründung der Liga vollkommen einig, und auch in München hielt man nicht länger mit seinem Einverständnis zurück[2]), nachdem das Ergebnis der in Frankfurt zwischen den drei geistlichen Kurfürsten gepflogenen Verhandlungen durch den kölnischen Obersthofmeister, den Grafen Eitel Friedrich von Hohenzollern, der bayrischen Regierung übermittelt worden war[3]). Der Oktobervertrag, den der aus Frankfurt zurückkehrende Kaiser in München mit Maximilian abschloß, gab dem Bayernherzog für die Zusage einer tatkräftigen Unterstützung der habsburgischen Interessen unumschränkte Vollmacht und beseitigte die Hindernisse, die vorher eine Einigung unmöglich gemacht hatten. Nichts stand jetzt der schon lange von Ferdinand ersehnten Versammlung der katholischen Stände in Wege; im Dezember 1619 tagten sie zu Würzburg und ließen hier die Liga in ihrer alten Macht und Stärke neu erstehen.

Bei der Festsetzung der Unterhaltungsbeiträge für das Ligaheer fiel auf Kurköln die Summe von monatlich 27492 fl.[4]). Erzbischof Ferdinand hatte demnach von der Monatsquote der Rheinländer, die sich auf 100000 fl. stellte[5]), mehr als ein Viertel zu zahlen, aber er unterwarf sich dieser hohen Anforde-

[1]) Wolf IV, S. 246, Anm. 16, Kurköln an Maximilian, 14. September 1619.

[2]) Wolf IV, S. 247, Anm. 18, Kurköln an Kurmainz, 26. Oktober 1619.

[3]) Wolf IV, S. 248, Anm. 20.

[4]) Westenrieder, Beiträge VIII, S. 174.

[5]) Stumpf, Diplomatische Gesch. d. Liga, S. 132.

rung, da er damit die ihm unentbehrliche Hilfe des mächtigen Verteidigungsbundes erkaufte.

Daß dieser Schutz notwendig war, das bewiesen die Drohungen, die jetzt aus dem gegnerischen Lager vernehmbar wurden. So hatten die Holländer angekündigt, daß sie die rheinischen Bistümer um den Betrag brandschatzen wollten, den sie an die Ligakasse zahlen würden[1]). Unter solchen Umständen legte Ferdinand von Köln Wert darauf, seinen vollzogenen Beitritt zur Liga noch einige Zeit vor der Öffentlichkeit zu verbergen[2]). Aber die Holländer waren offenbar gut informiert, denn sie besetzten die bei Bonn liegende Rheininsel Komperwerth und bauten dort Befestigungen, die den Verkehr auf der Rhein- und Siegstraße gänzlich sperrten, ohne daß Ferdinand in der Lage gewesen wäre, es zu verhindern[3]). Doch beschränkten die Holländer, die nicht die Absicht hatten, vor Beendigung ihres erst im April 1621 ablaufenden Waffenstillstandes mit Spanien Friedrich V. offen zu unterstützen[4]), vorläufig ihre Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen auf die Behauptung dieser Stellung, und obwohl sie Ferdinand dadurch empfindlich schädigten, so hatte ihr Vorgehen doch nur lokale Bedeutung; zu ihrer Vertreibung wurde daher jetzt nichts Ernsthaftes unternommen.

In der Tat waren zunächst viele andere Aufgaben wichtiger. Vor allem kam es für die Liga darauf an, sich mit dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen ins Einvernehmen zu setzen. Schon auf der Tagung zu Würzburg im Dezember 1619 und auf der zweiten Versammlung, die im Februar 1620 ebendaselbst stattfand, war die Haltung Kursachsens der Gegenstand eingehender Erörterung gewesen. Ferdinand hatte den Herzog Maximilian bereits vorher auf die Wichtigkeit der sächsischen Parteinahme hingewiesen[5]), und als mächtigster deutscher Kirchenfürst wurde er auf der zweiten Versammlung als Unterhändler vorgeschlagen; er sollte nach Dresden reisen und dort den Kur-

[1]) v. Aretin, Bayerns ausw. Verh., S. 128, Anm. 60.
[2]) Wolf IV, S. 358.
[3]) Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 55; Gesch. d. St. Köln V, S. 575; Forst, Urk. 78.
[4]) Opel I, S. 111.
[5]) Wolf IV, S. 319, Kurköln an Maximilian, 25. Oktober 1619.

fürsten zu einer Neutralitätserklärung für den kommenden Krieg bewegen[1]). Wenn der Erzbischof auch dafür nicht zu gewinnen war, so trat er doch in dem Ausschuß, der in Würzburg zur Klärung der Haltung Kursachsens gebildet wurde, um so eifriger für ein Bündnis mit Johann Georg ein und nahm in Mühlhausen zusammen mit dem Kurfürsten von Mainz, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt und einigen bayrischen Abgeordneten an den Beratungen teil, die dort die sächsische Frage lösen sollten. Hier verlangte Johann Georg eine weitgehende Sicherstellung der seit dem Augsburger Religionsfrieden von den Protestanten erworbenen geistlichen Güter. Diese Forderung wurde zuerst von Ferdinand angefochten, denn er war der Ansicht, daß an dem Religionsfrieden von 1555 nicht gerüttelt werden dürfe[2]). Da aber der Kurfürst von Sachsen in diesem Punkte nichts nachgab, erhielt Ferdinand seinen Widerspruch nicht aufrecht, und der Bündnisvertrag mit Kursachsen kam schließlich zustande. Als dann noch die Möglichkeit einer Achtserklärung gegen Friedrich V. besprochen wurde, betonte Johann Georg, daß eine solche Strafe nur mit Genehmigung aller Kurfürsten verhängt werden könne. Daraus ergab sich wieder ein Gegensatz zwischen ihm und Ferdinand, den Herzog Maximilian in dem Sinne instruiert hatte, daß die Bestrafung des Pfälzers ohne Zeitverlust zu erwirken sei[3]). Doch fand ein so rasches Vorgehen in Mühlhausen keine Billigung, was Ferdinand bestimmte, auf eine Erfüllung der Wünsche seines Bruders zu verzichten; er empfahl aber, Friedrich wenigstens durch den Kaiser eindringlich ermahnen zu lassen[4]).

Der Gewinnung Sachsens folgte bald ein anderer Sieg, den die bayrische Staatskunst zu Ulm der Union gegenüber errang. Hier glückte es den Münchner Diplomaten, nach Überwindung von mancherlei Schwierigkeiten[5]) mit den Unionständen einen Vertrag zu schließen, der einem Frieden zwischen den beiden Parteien gleichkam und die geistlichen Fürsten in Deutschland von

[1]) Wolf IV, S. 320.

[2]) Häberlin-Senkenberg, XXIV, S. 491, 2. Sitzungstag, 7./17. März.

[3]) Wolf IV, S. 335, Anm. 14, Nebeninstruktion für den Freiherrn von Preysing, bayerischen Gesandten in Mühlhausen.

[4]) v. Aretin, Bayerns ausw. Verh., S. 135, Anm. 66.

[5]) Wolf IV, S. 400, Anm. 11, Maximilian an Kurköln, kurkölnische Korrespondenz 1620.

schwerem Drucke befreite, da sie in erster Linie mit einem Angriff des Unionsheeres hatten rechnen müssen[1]). Vor einem solchen waren sie jetzt sicher, und es mußte, wenn der Krieg im Westen zum Austrag kommen sollte, schon ein neuer Gegner auftreten, der die Abführung des Ligaheeres nach dem weit entfernten östlichen Kriegsschauplatze in Böhmen benutzte, um den ziemlich wehrlosen geistlichen Besitz am Rhein zu überfallen.

Auch für diese Möglichkeit hatte sich Ferdinand, wie er glaubte, in genügendem Maße vorgesehen. Im Bewußtsein seiner geringen militärischen Leistungsfähigkeit, die sich besonders bei den fruchtlosen Versuchen zur Schaffung dauernder Verteidigungsmittel in den westfälischen Stiftsgebieten offenbarte[2]), war er bemüht gewesen, bei den spanischen Niederlanden Anschluß zu finden. Eine Anlehnung an Brüssel lag bei der engen Nachbarschaft und der Gleichheit der religiösen Interessen an sich sehr nahe und schien um so empfehlenswerter, als der Kurfürst vom spanischen König schon durch eine ansehnliche Jahrespension unterstützt wurde[3]). Wahrscheinlich erhielt der Vertrag zwischen Kurköln und den Niederlanden seine letzte Form bei der Erledigung einer Ligaangelegenheit in Brüssel, mit der Ferdinand auf Wunsch Maximilians im April 1620 seinen Obersthofmeister betraute. Es handelte sich dabei eigentlich um die Beschleunigung des Abmarsches eines spanischen Heeres in die Unterpfalz[4]), aber es war wohl selbstverständlich, daß der Erzbischof, der schon im Jahre 1616 eine Verbindung mit Spanien plante[5]), bei dieser Sendung auch seine persönlichen Ziele nicht vergaß und das Bündnis zur Sprache bringen ließ. Jedenfalls empfing er vom Erzherzog Albrecht, dem Gemahl der in Brüssel residierenden Infantin Isabella, wiederholt unzweideutige Zusicherungen, die sich auf einen militärischen Beistand im Falle eines Angriffs bezogen[6]). Als

[1]) v. Aretin, Bayerns ausw. Verh., Urk. zum 3. Abschnitt, Nr. 13.
[2]) Weskamp, Christian von Braunschweig, Diss., S. 21ff.
[3]) Forst, Urk. 29, Oñate an Wartenberg, 15. Dezember 1621; Urk. 38, Wartenbergs Antwort, Januar 1622.
[4]) Wolf IV, S. 349, Anm. 9.
[5]) Wolf IV, Beilage Nr. 1, Kurköln an Maximilian, 30. Mai 1616.
[6]) Forst, Urk. 9, Wartenberg an Spinola, 28. Oktober und 21. November 1621.

Gegenleistung mußte sich Ferdinand verpflichten, zur Verpflegung eines spanischen Unterstützungsheeres ein gewisses Quantum an Stroh und Getreide beizusteuern, wofür seine sämtlichen Gebiete von allen Quartierlasten befreit werden sollten[1]). Eine Probe auf die spanische Bündnistreue blieb ihm für den Anfang noch erspart, denn das Jahr 1620 und die erste Hälfte des folgenden verstrich, ohne daß ein Feind erschien, der den kölnischen Stiftern hätte gefährlich werden können. Im Gegenteil, die Streitkräfte Friedrichs V. in der Unterpfalz wurden durch eine spanische Armee unter dem Marchese Spinola in Schach gehalten, und der Feldzug in Böhmen brachte den Triumph der katholischen Heere bei Prag, an dem der Kurfürst, durch seinen Bruder von der ruhmvollen Waffentat benachrichtigt, so freudigen Anteil nahm, daß er unverzüglich zum Empfang Maximilians nach München gekommen wäre, wenn eine Reise in jenen unruhigen Zeiten nicht soviel Gefahren mit sich gebracht hätte; er feierte daher das Ereignis in einer seiner Bedeutung angemessenen Weise durch kirchliche Zeremonien[2]).

Nachträglich stellte sich freilich heraus, daß der Sieg von Prag auch mancherlei Ärgernis im Gefolge hatte, denn ein Teil der Ligastände wiegte sich nach der Niederlage der Pfälzer Partei allzusehr in Sicherheit und machte deswegen bei der nun notwendig gewordenen Neuordnung der Ligaverfassung vielfach Schwierigkeiten. Gerade die rheinischen Stände, an denen der Krieg zwischen Spanien und der Union in der Unterpfalz nicht ganz so spurlos vorüber gegangen war, wie man ursprünglich gehofft hatte, beklagten sich auf dem im Februar 1621 von Maximilian nach Augsburg berufenen Ligatag heftig über die ungleichmäßige Verteilung der ligistischen Streitkräfte, von denen sie trotz ihrer hohen Beiträge keinen Vorteil gehabt hatten. Ihre Mißstimmung war so tief, daß sie, wie die Kurkölner Gesandten den bayrischen vertraulich mitteilten, aus dem Bunde austreten wollten[3]). Um einen Bruch zu vermeiden, setzte Maximilian die

---

[1]) Forst, a. a, O.

[2]) Wolf IV, S. 454, Anm. 50, Kurköln an Maximilian, 23. Nov. 1620.

[3]) v. Aretin, Bayerns ausw. Verh., S. 158ff. Der Umstand, daß die Bayern diese Nachricht aus kölnischer Quelle erhielten, zeugt dafür, daß Ferdinand von Köln den anderen rheinischen Ständen nicht bis zum Äußersten folgen wollte.

Monatsquote der Rheinländer auf 70000 fl. herab. In Zukunft also waren die Zahlungsverpflichtungen Ferdinands nicht mehr so hoch wie im Jahre 1620, wo er unter großen Opfern die Summe von 286844,28 fl. aufgebracht hatte[1]), ohne jedoch damit seine Verbindlichkeiten bei der Ligakasse nach Maßgabe des Würzburger Abschiedes völlig zu erfüllen[2]).

Inzwischen war auch die Acht über Friedrich V. ausgesprochen worden, und diese Tatsache wirkte im Verein mit dem Unglück in Böhmen und der spanischen Übermacht in der Unterpfalz auf die Union so nachdrücklich, daß sich der Bund im Mai 1621 ganz auflöste. Aber dieser Verlust wurde für die Pfälzer Partei fast gleichzeitig wieder ausgeglichen, da die Holländer, die nach Ablauf des Waffenstillstandes den Kampf mit ihrem Erbfeind Spanien von neuem aufnahmen, danach strebten, daß auch die deutschen Bundesgenossen der Spanier in ihrer Widerstandskraft gebrochen wurden. Ohne offen mit einem Heere in den deutschen Krieg einzugreifen, arbeiteten sie mit den ihnen reichlich zu Gebote stehenden Geldmitteln an der Schwächung der Katholiken, und sehr bald konnten sie den Erfolg ihrer Politik wahrnehmen, denn es fanden sich in Ernst von Mansfeld und Christian von Halberstadt zwei entschlossene, mit unzweifelhaften Feldherrnfähigkeiten begabte Männer, die vorzugsweise im Vertrauen auf die holländische Geldquelle die Sache des Pfalzgrafen zu der ihren machten und den Krieg in die bisher verschonten westlichen Teile des Reiches trugen. Jetzt erst begann die Kriegsnot hier unmittelbar ihre Wirkung fühlen zu lassen, und ganz offensichtlich waren es am Niederrhein und in Westfalen die kurkölnischen Besitzungen, die das Ziel der unerwartet auftauchenden protestantischen Armeen bildeten.

[1]) Götz, Forsch. z. Gesch. Bayerns, XII, S. 109ff.

[2]) Ferdinand blieb nach der von Götz gegebenen Abrechnung im Jahre 1620 rund 45000 fl. schuldig.

IV. Der Einfall Christians von Halberstadt in Westfalen.

Gerade in den Tagen, in denen sich der verhängnisvolle Umschwung zuungunsten der kölnischen Stifter vorbereitete, mußte sich Ferdinand von seinem Obersthofmeister, dem Grafen Eitel Friedrich von Hohenzollern-Sigmaringen, trennen, da dieser zum Kardinal ernannt worden war[1]). Der Weggang dieses tüchtigen Beamten, dem die Führung der Geschäfte mit den auswärtigen Höfen und Staatsmännern obgelegen hatte, war deswegen so bedauerlich, weil seine Erfahrungen und Kenntnisse, seine zahlreichen persönlichen Beziehungen in dem großen Krieg für Kurköln sehr wertvoll gewesen wären. Bei der Neubesetzung des Postens fiel die Wahl des Kurfürsten auf einen Verwandten des Wittelsbachischen Hauses, den Grafen Franz Wilhelm von Wartenberg, der zum Geistlichen erzogen, als Staatsmann Dienste suchte[2]). Der neue Obersthofmeister widmete sich den verschiedensten Aufgaben mit Gewandtheit und Verständnis in der Art, daß er ohne große Neigung zur selbständigen Betätigung seiner eignen Ansichten genau nach den Vorschriften seines Auftraggebers handelte. Wie es für ihn am einfachsten war, nahm er die Verbindungen seines Vorgängers nach Möglichkeit auf[3]) und trat dabei amtlich und außeramtlich zu einer ganzen Anzahl wohlinformierter und einflußreicher Persönlichkeiten in ein engeres Verhältnis. Zu diesen gehörte auch der Marchese Spinola, der das Kommando in der Unterpfalz nach Ablauf der spanisch-holländischen Waffenruhe an Don Gonzales de Cordova überlassen hatte und jetzt von Wesel aus die Operationen gegen das von den Holländern besetzte

[1]) Forst, Mitt. f. Gesch. u. Altertumskd. in Hohenzollern, 1893/94, S. 116ff. und Mitt. d. hist. Ver. zu Osnabrück XIX, S. 109ff.; außerdem die Einleitung zu Forst.

[2]) Forst, Einleitung.

[3]) Forst, Urk. 1, 22 und 44 enthalten Belege für die Erneuerung alter Verbindungen seines Vorgängers mit Spinola, dem Grafen Oñate und Andreas Cruesen, dem Sekretär Oñates.

Jülich leitete[1]). In seiner Hand lag zum großen Teil die Entscheidung der militärischen Fragen, die zwischen Kurköln und Spanien erörtert wurden; von der Korrespondenz mit ihm hing also für die Erhaltung und Sicherheit der kölnischen Stifter sehr viel ab[2]).

Der erste Anlaß zum Verkehr mit Spinola bot sich Wartenberg, als im September bekannt wurde, daß der Kaiser und die Infantin mit den Streitkräften Friedrichs V. in der Unter- und Oberpfalz einen Waffenstillstand abschließen wollten, aus dem Kurköln schwerer Schaden erwachsen wäre. Zur Vereitelung der Absicht sandte Ferdinand mit Einwilligung Maximilians von Bayern und Johann Schweikards von Mainz einen seiner Diplomaten, den Lütticher Dompropst Arnold von Bocholtz, an den spanischen Generalissimus ab und gab gleichzeitig Wartenberg den Auftrag, Bocholtz im spanischen Hauptquartier schriftlich zu empfehlen und die Gründe noch einmal kurz zusammenzufassen, die gegen den geplanten Waffenstillstand sprachen. Ein solcher könne jetzt, wo der Einfall eines feindlichen Heeres in die kölnischen Stifter bevorstehe, nur zur Stärkung des Gegners dienen, auch würden von einer zeitweiligen Einstellung der Feindseligkeiten lediglich neue und vollkommen nutzlose Unkosten verursacht. Darum sei es unbedingt notwendig, die Feinde ohne Aufschub zu vernichten, der Bayernherzog und der Mainzer Kurfürst hätten ganz die gleiche Meinung[3]).

Wie recht der Erzbischof von Köln mit seinem Einspruch gegen den Waffenstillstand hatte, offenbarte sich bei dem Handstreich, den Herzog Christian von Braunschweig, der Administrator von Halberstadt, im Oktober gegen Westfalen unternahm. Dieser ungestüme Söldnergeneral hätte sich an keine Waffenruhe der Welt gekehrt. Bereits Ende September 1621 trafen besorgniserregende Nachrichten

[1]) Forst, Urk. 1, Spinola an Wartenberg, 23. September 1621.

[2]) Die Korrespondenz zwischen Wartenberg und Spinola ist abgedruckt in Forsts Publikation. Sie wurde in spanischer Sprache geführt. Zum Teil ist sie übersetzt und behandelt von Forst, Westdeutsche Zeitschrift XVIII.

[3]) Forst, Urk. 3, Wartenberg an Spinola, 5. Oktober 1621. Über den von König Jacob von England durch seinen Gesandten Digby in Wien angeregten Waffenstillstand vgl. Gindely IV, S. 193ff.

über seine Pläne in Bonn ein[1]). Bei dem ungenügenden Verteidigungszustand der gefährdeten Gebiete, an dem nicht etwa die Nachlässigkeit des Landesherrn, sondern der Geiz seiner Untertanen schuld hatte[2]), konnte nur schnelle Hilfe von außen das nahende Unheil abwenden, und da das ligistische Heer durch Mansfeld in der Oberpfalz festgehalten wurde, so war jetzt die Zeit gekommen, wo sich das spanische Schutzbündnis bewähren mußte. Darum hatte Bocholtz außer seinem Protest in der Stillstandsfrage noch den anderen Auftrag gehabt, Spinola von der Kurköln drohenden Gefahr in Kenntnis zu setzen und an die Bündnistreue der Spanier zu appellieren. Nähere Angaben über die Ziele des Gegners konnte er allerdings noch nicht machen, da man in Kurköln über seine Absichten nicht genau orientiert war. Ebensowenig hatte ein zweiter Gesandter, der Geheime Rat Dr. Aldenhofen genaues Nachrichtenmaterial zu seiner Verfügung, auch er betonte daher nur im allgemeinen die Notwendigkeit der spanischen Hilfsbereitschaft für den Fall, daß die Meldungen über den Feind bestimmter lauteten. Dieser Zeitpunkt ließ nicht allzulange auf sich warten, denn schon in den letzten Oktobertagen ging Christian von Halberstadt zum Angriff gegen die Gebiete Ferdinands über, besetzte Teile von Hildesheim und Münster und drohte mit einem Vorstoß gegen das Stift Paderborn[1]).

Nach den neuen kölnischen Meldungen befehligte der Halberstädter zurzeit eine Armee von 1000 Mann zu Fuß und 7 Reiterkompagnien, die überall großen Schaden anrichteten; da die Anzahl der Söldner eine verhältnismäßig geringe war, so erhoffte der Kurfürst um so eher sofortige Abwehrmaßnahmen Spinolas, als dieser ja mit der Vernichtung der Halberstädtischen Horden nicht nur ihm, sondern auch dem spanischen König und der gesamten katholischen Welt einen wertvollen Dienst erwiesen hätte, denn der Herzog konnte — so nahm man in Kurköln an — eine Verbindung seines Heeres mit dem der Holländer suchen und so auch Spanien unmittelbar gefährlich werden[1]).

In der Vermutung enger Wechselbeziehungen zwischen dem Herzog von Braunschweig und den Holländern wurde Ferdinand

[1]) Forst, Urk. 9, Wartenberg an Spinola, 28. Oktober 1621.
[2]) Weskamp, Christian von Braunschweig, Diss., S. 36ff.

wahrscheinlich dadurch bestärkt, daß die Holländer Ende Oktober 1621 plötzlich für sich ebensoviel Proviant vom Erzbischof verlangten, wie er laut Vertrag den Spaniern überließ[1]). Es war ihnen bekannt geworden, wie wenig gewissenhaft der Kurfürst trotz der vielfach gegebenen Versicherungen[2]) seine Neutralität hielt, und sie zogen daraus ihre Konsequenzen, indem sie sich zu einem schroffen Vorgehen in der Proviantangelegenheit entschlossen. Das Ansinnen der Holländer, dessen Erfüllung die Gebiete des Erzbischofs schwer belasten, nach seiner eignen Ansicht sogar ruinieren mußte, wurde von ihm sehr geschickt zur Begründung eines Protestes ausgenutzt, der sich gegen den Grafen Heinrich von dem Berg richtete. Dieser hatte in seiner Eigenschaft als spanischer Unterbefehlshaber im Auftrag Spinolas eine Abteilung von Söldnern auf kurkölnischem Gebiet fouragieren lassen und war somit über die Grenzen des spanisch-kurkölnischen Proviantabkommens hinausgetreten, das solche Übergriffe verbot. Kurfürst Ferdinand verlangte daher von Spinola umgehend Befehle zur Wahrung des Vertrags, weil er bei der herausfordernden Haltung der Holländer nicht auch noch über seine freiwilligen Lieferungen hinaus zum Unterhalt des spanischen Heeres beisteuern konnte[1]). Spinola erkannte diesen Einwand ohne Umschweife an, er gab auch freimütig zu, daß Berg auf seine Anordnung hin gehandelt habe, und erklärte, den Befehl rückgängig machen zu wollen[3]). Weniger gefällig aber zeigte er sich, als er um Verhaltungsmaßregeln wegen der holländischen Zumutungen gebeten wurde. Er versagte in diesem Punkte völlig, ebenso wie er auch nicht geneigt war, dem Unterstützungsgesuch gegen den Halberstädter sofort Folge zu leisten. Er fragte vielmehr erst genau nach Zahl, Standort oder Marschrichtung der Halberstädtischen Truppen und schlug dem Kurfürsten vor, Kundschafter zu entsenden, welche die gewünschten Tatsachen in Erfahrung bringen sollten. Im Prinzip war er scheinbar von der Notwendigkeit der Hilfe für Kurköln überzeugt, aber es ging aus seinem ganzen Verhalten deutlich hervor, daß er keine Eile hatte; es

[1]) Forst, Urk. 9. P. S.
[2]) Weskamp, Christian von Braunschweig, Diss., S. 37f.
[3]) Forst, Urk. 10, Spinola an Wartenberg, 31. Oktober 1621.

lag ihm nur daran, Aufschub zu bekommen, deswegen stellte er die Fragen, deren Beantwortung viel Zeit kosten mußte.

Ferdinand von Köln ahnte noch nichts von den geheimen Plänen Spinolas und ließ sofort Erkundigungen einziehen, denn der Marchese blieb, da auch die niedersächsischen Stände ein kurkölnisches Unterstützungsgesuch gegen den Halberstädter vor kurzem abgelehnt hatten[1]), der einzige, der helfen konnte. Trotz aller Beschleunigung aber verstrichen doch drei Wochen, bis dem spanischen General die gewünschte Auskunft erteilt wurde[2]). Inzwischen hatte der Halberstädter weiter geworben, so daß er Mitte November bereits über 1500 Reiter verfügte. Seine Absichten gingen, wie man jetzt nach Kurköln meldete, auf eine Vereinigung mit Mansfeld, der die Oberpfalz verlassen und Ende Oktober den Rhein bei Mannheim erreicht hatte[2]). Wenn dieser Plan zur Ausführung kam, war sicher damit zu rechnen, daß kurkölnisches Gebiet im Stift Paderborn auf dem Marsche berührt wurde. Dabei konnte der Aufenthalt, wenn der Halberstädter sein Ziel im Auge behielt, allerdings nicht von langer Dauer sein, aber der Kurfürst fürchtete, daß jener den Durchbruch am Main nicht bewerkstelligen und im Paderborner Land überwintern würde, eine Aussicht, die in Bonn große Besorgnis erregte, weil Paderborn bis zum November 1621 das einzige noch voll ertragsfähige Stift Ferdinands war; auf ihm ruhte also zum guten Teil die finanzielle und militärische Stärke Ferdinands, und es war vor allen Dingen fraglich, ob die kölnischen Lieferungen für das spanische Heer nach einer Besetzung des Gebietes durch den Halberstädter fortdauern konnten[2]). Aus diesem Grunde mußte Spinola nach der Meinung Ferdinands an dem Schutze des Stiftes so viel gelegen sein, daß er einer Erfüllung seiner Pflichten gegen Kurköln nicht mehr ausweichen durfte. Doch machte Ferdinand auch diesmal wieder die Erfahrung, daß Spinola allen dringlichen Vorstellungen[3]) zum Trotz immer noch Bedenken hatte, denn er erneuerte seine Fragen nach Zahl und Marschroute des feind-

[1]) Opel I, S. 301.

[2]) Forst, Urk. 14, Wartenberg an Spinola, 21. November 1621.

[3]) Spinola war über die gefährliche Lage Paderborns und über die Erwartungen des Kurfürsten durch einen Brief des Grafen von Wartenberg genau unterrichtet (Forst, Urk. 14). Außerdem ging in der gleichen

lichen Heeres und erkundigte sich außerdem nach den in Paderborn getroffenen Abwehrmaßregeln, weil er eine gemeinschaftliche Aktion des spanischen Hilfsheeres mit den Stiftstruppen plante. Gleichzeitig wünschte er Auskunft darüber, ob sich die Städte des Stiftes zur Übernahme von spanischen Garnisonen, die bekanntermaßen immer mit Schwierigkeiten und Lasten verknüpft war, bereit erklären würden[1]).

Mit seiner Frage nach den Verteidigungsmitteln des Paderborner Bistums hatte Spinola die Mißerfolge gestreift, die Ferdinand bei seinen Rüstungsbestrebungen im Westfälischen bisher gehabt hatte. Nur die Bildung einer minderwertigen Landwehr, deren Aufstellung als letztes Hilfsmittel schon der Würzburger Ligatag im Dezember 1619 empfohlen hatte[2]), war von den Landständen bewilligt worden[3]). Im ganzen gebot Paderborn zusammen mit dem benachbarten Herzogtum Westfalen über 1000 Musketiere, von denen jedoch nur 200 altgediente Soldaten waren[4]). Eine solche Truppe kam für ein Zusammenarbeiten mit dem spanischen Heere kaum ernsthaft in Betracht, trotzdem war es für Ferdinand nützlich, auf ihr Vorhandensein Spinola gegenüber hinzuweisen, denn er konnte ihm andeuten, daß ein Teil jener Landwehr in die Städte gelegt werden sollte, um hier den Zutritt für das erwartete spanische Heer offen zu halten[4]).

Der Halberstädter hatte unterdessen einige Ortschaften des Bistums Paderborn an der hessischen Grenze besetzt und von hier aus dem Stift eine Kontribution von 10000 Reichstalern auferlegt. Sein Heer bestand in der letzten Novemberwoche nach kurkölnischen Nachrichten aus einem Reiterhaufen von 1300 bis

Angelegenheit ein Kammerherr des Kurfürsten, Baron von Reckum, nach Wesel (Forst, Urk. 15, 25. November 1621), und schließlich sandte der Erzbischof selbst ein Handschreiben an Spinola, dem die Abschrift eines Drohbriefes beigelegt wurde, den Christian von Halberstadt an die Räte von Münster gerichtet hatte (Forst, Urk. 16, Spinola an Wartenberg, 26. November 1621). Ein Drohschreiben Christians an die Räte von Münster vom 31. Oktober 1621 ist bei Tophoff, N. F. III S. 159, Beilage I, abgedruckt.

[1]) Forst, Urk. 16.

[2]) Stumpf, Diplomatische Geschichte der Liga, S. 137.

[3]) Weskamp, Christian von Braunschweig, Diss., S. 40.

[4]) Forst, Urk. 17, Wartenberg an Spinola, 26. November 1621.

1400 Mann, die nur zur Hälfte gut bewaffnet waren[1]). Zum Glück für das Stift beschleunigte er seinen Marsch sehr, so daß er nach kurzem Aufenthalt schon auf hessisches Gebiet hinüberging, wo ihm der Landgraf Moritz freien Durchzug gestattete[2]). In Kurköln atmete man auf; denn mit dem Übertritt des Feindes auf hessischen Boden war die Gefahr vorläufig beseitigt und zur Besserung der Stimmung am Kurkölner Hofe trug auch die Mitteilung bei, die der in der Unterstützungsangelegenheit nach Wesel gesandte Baron von Reckum heimbrachte, daß Spinola für den Fall eines Wiedererscheinens des Halberstädters sofort aufgeklärt zu werden wünschte, um dann geeignete Maßnahmen anordnen zu können[3]).

Während der Kurfürst von Köln in der Gewißheit, daß die Spanier dem Administrator bei einem neuen Einfall den Weg verlegen würden, vollkommen beruhigt war, richtete er sein Augenmerk auf den anderen Söldnerführer, der am Rheine die spanisch-ligistischen Waffen beschäftigte, auf Mansfeld[4]). Es war seine Absicht, Spinola auch für einen Zug gegen diesen unberechenbaren Feind zu gewinnen. Eine Alarmnachricht, die von Mainz eingetroffen war und besagte, daß der Graf einen Vorstoß gegen Jülich unternehmen wolle, wurde zu diesem Zwecke ins Treffen geführt[5]), ohne indessen auf Spinola Eindruck zu machen; allem Anschein nach hielt er einen Vormarsch des Gegners aus dem Elsaß mitten im Winter für gänzlich ausgeschlossen, und es lag ihm nichts ferner, als eine „Beteiligung an Mansfeld“[6]); außerdem konzentrierte er im Dezember seine ganze Kraft auf die Belagerung von Jülich[7]), womit er dem Erzbischof den besten Dienst zu leisten glaubte, da er so den seiner Ansicht nach für Kurköln gefähr-

[1]) Forst, a. a. O.

[2]) Forst, Urk. 20, Wartenberg an Spinola, 4. Dezember 1621.

[3]) Forst, Urk. 19, 29. November 1621 und 23, 9. Dezember 1621. In Urk. 23 wiederholt Spinola die Versicherungen, die er durch den Baron von Reckum hatte übermitteln lassen, in einem Brief an den Grafen von Wartenberg.

[4]) Forst, Urk. 23.

[5]) Forst, Urk. 24, Wartenberg an Spinola, 10. Dezember 1621.

[6]) Er nahm nur dankend Kenntnis von den Mitteilungen über Mansfeld (Forst, Urk. 23) und bat um weitere Nachrichten (Forst, Urk. 33, Spinola an Wartenberg, 19. Dezember 1621).

[7]) Forst, Urk. 28, Spinola an Wartenberg, 12. Dezember 1621.

licheren Feind, Holland, im Zaume hielt. Als es dabei notwendig wurde, spanische Truppen auf kurkölnischem Gebiet einzuquartieren, fügte sich Ferdinand der Maßregel ohne Widerspruch, vermutlich weil er gerade jetzt eine Spannung mit dem Spanier unter allen Umständen vermeiden wollte[1]).

Während der Verhandlungen über einen Vorstoß gegen Mansfeld hatte der Kölner Kurfürst die Bewegungen des Halberstädtischen Heeres nicht aus dem Auge verloren. Aber auch die übrigen Landesherren, die sich durch den Administrator bedroht fühlten, der Kurfürst von Mainz, der Bischof von Würzburg und der Landgraf von Hessen-Darmstadt waren auf ihrer Hut gewesen. Ihren vereinigten Anstrengungen gelang es, die bayrische Regierung zur Absendung eines Hilfsheeres unter der Führung des Grafen von Anholt zu veranlassen[2]). Dieser entschlossene Feldherr sperrte im nördlichen Oberhessen, im Bussecker Tal, die Straße nach Süden und brachte dem Halberstädter am 20. Dezember mit Hilfe von Mainzer und Würzburger Volk eine Niederlage bei, die so entscheidend war, daß dieser die beabsichtigte Verbindung mit Ernst von Mansfeld aufgab; er kehrte vielmehr mit dem Rest seiner Truppen um und schlug, da Anholt wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit die Verfolgung des Gegners unterließ[3]), ungestört in dem fast ganz wehrlosen Stift Paderborn seine Winterquartiere auf, um sich durch ein wohlorganisiertes Plünderungssystem die zur Verstärkung seines Heeres notwendigen Mittel zu erwerben.

So war nun doch das Unheil über das Stift hereingebrochen, und es galt jetzt, schnell die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Sofort mußte der Baron von Reckum ins spanische Hauptquartier reisen, um die Notlage Paderborns zu schildern[4]). Obwohl er seinen Darlegungen durch ein kurfürstliches Handschreiben an den Marchese[5]) besonderen Nachdruck verleihen konnte, trat

---

[1]) Die weitere Korrespondenz übergeht diese Einquartierung mit Stillschweigen. Kurz vorher jedoch hatte der Kurfürst gegen die Einquartierung von lothringischen Hilfstruppen in seinem Gebiet protestiert. (Urk. 28.)

[2]) Gindely IV, S. 318.

[3]) Weskamp, Münsterische Beiträge VI, S. 121.

[4]) Forst, Urk. 37, Wartenberg an Spinola, 30. Dezember 1621.

[5]) Forst, Urk. 40, Spinola an Wartenberg, 4. Januar 1622, erwähnt das Schreiben Ferdinands an Spinola vom 1. Januar 1622.

der erhoffte Erfolg nicht ein, denn nach seiner Rückkehr an den Kurkölner Hof ging sogleich ein zweiter Abgesandter, der Kammerherr Baron von Virmondt, an Spinola ab, der mit einem Geleitsbrief des Grafen von Wartenberg versehen war[1]); doch auch er konnte keine zufriedenstellende Erklärung zurückbringen, da der Marchese sich erst Jülichs bemächtigen wollte, bevor er etwas zum Schutze der kölnischen Stifter zu tun beabsichtigte[2]). Nach diesem Bescheid war es für den Erzbischof außer allem Zweifel, daß Spinola Ausflüchte suchte. Die Folge dieser Entdeckung war, daß er das bisherige Verfahren des direkten Verkehrs mit Spinola einstellte und auf einem Umwege mit Hilfe des Grafen Oñate in Wien zum Ziele zu gelangen suchte[2]). Jedoch auch dieser Schritt führte keine Änderung in der Haltung des spanischen Generals herbei, da Oñate die erbitterten Klagen des Kurfürsten einfach ignorierte und so zu verstehen gab, daß er sich in die Angelegenheit nicht mischen wolle oder könne[3]).

Natürlich hatte Ferdinand auch an den Herzog Maximilian[4]) und den Grafen von Anholt[5]) Hilfsgesuche gerichtet, aber diese gaben vor, daß es ihnen unmöglich sei, Truppen nach Norden zu senden. Auch sie überließen also die kölnischen Stifter schutzlos dem räubernden Halberstädter, der im Laufe des Januar Paderborn ganz in Besitz nahm[6]) und auch Münster und Westfalen[2]) ja sogar Recklinghausen[7]) in den Bereich seiner Erpressungen zog. Unter diesen Umständen blieb dem Kurfürsten keine andere Wahl, als sich selbst zu helfen und Rüstungen sowohl im Erzstift als auch in Münster zu betreiben. Noch im Januar begann

[1]) Forst, Urk. 42, Wartenberg an Spinola, 10. Januar 1622; Urk. 43, Spinola an Wartenberg, 11. Januar 1622.

[2]) Forst, Urk. 38, Wartenberg an Oñate. Diese Urkunde, die nicht genau datiert ist, wird am besten nach Urk. 42 einzuordnen sein.

[3]) Forst, Urk. 50, Oñate an Wartenberg, 10. Februar 1622.

[4]) Schreiber, Maximilian I, S. 260.

[5]) Weskamp, Christian von Braunschweig, Diss., S. 61.

[6]) Mittendorf, Herzog Christian von Braunschweig, S. 18, Anm. teilt mit, daß der Halberstädter bei seinem Einzug in Paderborn von der Translation des Bistums auf seinen Namen sprach. Nach Opel I, S. 341 ließ er das Stift dem König Christian IV. von Dänemark anbieten. Nach Gindely IV, S. 321 legte er sich Ende Februar den Titel Bischof von Paderborn bei.

[7]) Schneider, Stadt und Vest Recklinghausen, S. 153.

er mit umfangreichen Werbungen in Kurköln und hatte dabei die Genugtuung, daß sein Bruder am 18. Januar 1622 das Versprechen gab, Werbegeld und Sold für die neuen Truppen aus der Ligakasse zu zahlen[1]). Damit wurde dem Kurfürsten Ferdinand von München aus wenigstens eine finanzielle Beihilfe in Aussicht gestellt, aber lieber wären ihm doch die Ligatruppen selbst gewesen, denn bis die von ihm geworbenen Söldner wirklich gebrauchsfähig wurden, verging eine lange Zeit.

Aus diesem Grunde hielt es Ferdinand jetzt auch wieder für angebracht, mit Spinola anzuknüpfen. Günstige Veranlassung dazu boten die Mitteilungen, die er über den Stand der Belagerung von Jülich bekommen hatte[2]). Diese Festung fiel Ende Januar, und somit war der Vorwand hinfällig, mit dem der Marchese seine Untätigkeit gegen den Halberstädter zuletzt bemäntelt hatte. Jetzt konnte er die Unterstützung nicht mehr ablehnen. Der Graf von Wartenberg trat von neuem mit Spinola in Verbindung und erreichte endlich, daß die früher ganz allgemein gehaltenen Zusagen Spinolas zum ersten Male in eine bestimmtere Form gekleidet wurden, denn man erfuhr in Bonn, daß vom spanischen Heere 10 Kompagnien Reiter und 1 Regiment Fußvolk abgeordnet werden sollten zur Unterstützung eines Vorstoßes Anholts gegen den Halberstädter von der Wetterau her[3]). Unterdessen war nämlich auch an den Grafen von Anholt ein Marschbefehl ergangen; da aber die Verhältnisse im Ligaheer wegen des lästigen Geldmangels die denkbar schlechtesten waren[4]), so blieben die Anholtschen Streitkräfte und mit ihnen auch die spanischen noch lange aus[5]).

Diese Verzögerung hatte für die Territorien Ferdinands die trübsten Folgen. Der Raublust und Zerstörungswut der Halberstädtischen Scharen standen alle Wege offen, und die Wirtschaftskraft der bäuerlichen Betriebe ging unter der zügellosen Herr-

[1]) Maximilian an Kurköln, 18. Januar 1622, erwähnt in Forst, Urk. 91.

[2]) Forst, Urk. 49, Wartenberg an Spinola, Januar-Februar 1622.

[3]) Forst, Urk. 51. Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 11. Februar 1622.

[4]) Hurter IX, S. 90ff.

[5]) Forst, Urk. 53, Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 3. März 1622.

schaft des unersättlichen Administrators rasch ihrem Ende entgegen. Bei solchen Zuständen wäre es kein Wunder gewesen, wenn sich zwischen Bonn und München zum Schaden der bayrischen Politik eine ernste Spannung entwickelt hätte. Am Hofe Maximilians hielt man es jedenfalls nicht für unmöglich, daß sich der Groll Ferdinands wegen des Ausbleibens jeglicher Ersatztruppen gegen Bayern richten könne[1]), und man tat alles, um den enttäuschten Kurfürsten davon zu überzeugen, daß die bayrische Hilfsbereitschaft, die oft genug aufs lebhafteste betont worden war[2]), nicht zu gering veranschlagt werden dürfe. Sie sollte jetzt vielmehr zum Ausdruck kommen in einigen diplomatischen Aktionen, die an verschiedenen maßgebenden Stellen von Maximilian eingeleitet wurden. So wandte sich Graf Johann von Hohenzollern Ende April 1622 an den Marchese Spinola und tadelte dessen geringe Opferwilligkeit, welche die Not in Westfalen verschuldet hatte[1]). Auch der Pater Hyacinth de Casale, ein im bayrischen Dienste vielfach tätiger Kapuziner, trat in Wirksamkeit. Er hielt sich Anfang 1622 am Madrider Hofe auf und sollte Stimmung machen für die Übertragung der pfälzischen Kur auf Bayern. Dabei bot sich für den geschickten Diplomaten leicht Gelegenheit, über die Nachlässigkeit Spinolas im Namen von Bayern und Kurköln Klage zu führen[3]), aber weder die direkte Beschwerde bei Spinola noch die beim spanischen Hof hatte einen nennenswerten Erfolg, und noch im Mai des Jahres 1622 äußerte sich die Unzufriedenheit des Kurfürsten über die Langsamkeit der Spanier[4]).

Ebenso nutzlos war es, daß Ferdinand in seiner Not auch beim Kaiser um Hilfe nachsuchte, als er die Gerüchte hörte, die über einen bevorstehenden Frieden mit Bethlen Gabor im Umlauf waren[5]). Kamen die Feindseligkeiten mit dem Siebenbürger Fürsten wirklich zum Stillstand, so mußten größere Truppenmassen, die für den Kaiser gefochten hatten, frei worden. Sobald

[1]) Forst, Urk. 62, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 26. April 1622.

[2]) Forst, Urk. 51, Urk. 53.

[3]) Khevenhüller IX, S. 1767.

[4]) Forst, Urk. 65, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 24. Mai 1622.

[5]) Forst, Urk. 44, und 46, Cruesen an Wartenberg, 12. und 19. Januar 1622.

also die Meldung eintraf, daß nach Unterzeichnung des Friedens die kaiserlichen Regimenter in Mähren und die spanischen in Böhmen einquartiert waren[1]), schilderte Ferdinand dem Kaiser in beweglichen Worten die Notlage, in die der Halberstädter seine Stifter versetzt hatte[2]), und bald erfuhr er, daß 4 spanische Regimenter, die gegen Bethlen Gabor verwendet worden waren, nach Westen abmarschiert seien[3]). Aber der Marsch dieser Regimenter ging nur sehr langsam vonstatten, und die Truppen waren auch zunächst für Don Gonzales de Cordova in der Unterpfalz bestimmt, sie konnten also zur Entlastung der kölnischen Stifter nur beitragen, wenn dieser dazu seine Einwilligung gab[4]). Immerhin aber ließ Ferdinand die Hoffnung nicht sinken, und es war ganz in seinem Sinne, daß Johann von Hohenzollern dem gerade in München anwesenden Kaiserlichen Geheimen Rat Kurz von Senftenau andeutete, wieviel der Münchner Regierung an einer energischen Unterstützung des Kurfürsten von Köln gelegen sei. Der Graf von Hohenzollern wollte dadurch die Aufmerksamkeit des ganz vom Herzog von Bayern abhängigen Kaisers auf die Notwendigkeit rascher Maßnahmen hinlenken, wenn er auch wußte, daß den Kaiser nicht die geringste Schuld an der Vernachlässigung Kurkölns traf[4]). Tatsächlich wurde das Marschtempo der kaiserlichen Regimenter auch nicht beschleunigt, und sie kamen auf dem Kriegsschauplatz gerade noch zeitig genug an, um in die Schlacht bei Höchst eingreifen zu können[5]).

Die Werbungen des Halberstädters und der übrigen Söldnerführer, die des Pfalzgrafen Partei angehörten, nahmen daher während des Frühjahrs 1622 in Westfalen ihren ungestörten Fortgang[6]), und mit ihnen hielt der wirtschaftliche Verfall in den betroffenen Landschaften gleichen Schritt. Die geplante Vereinigung der ligistischen und spanischen Entsatzarmeen war im März

---

[1]) Forst, Urk. 46.

[2]) Hurter IX, S. 88, Kurköln an den Kaiser, 6. Februar 1622.

[3]) Forst, Urk. 62 nennt das „Fuggerisch, Neapolitanisch, Verdugische und Boukquoische regiment".

[4]) Forst, Urk. 62.

[5]) Hurter IX, S. 126. Im Mai hatte der Kurfürst Ferdinand seine Klagen beim Kaiser wiederholt, vgl. Hurter IX, S. 88, Anm. 162.

[6]) Forst, Urk. 51.

1622 noch weit von der Vollendung entfernt. Graf von Anholt hatte zwar Anfang März mit seinem Vormarsch begonnen und anfänglich dem Halberstädter viel zu schaffen gemacht[1]), doch konnte er weder die feindlichen Werbungen verhindern, noch seinerseits die Offensive fortsetzen, da ihm selbst schweres Geschütz fehlte[2]) und Spinola der Einlösung seines Wortes immer noch auswich. Zur Unterstützung Anholts ließ daher Kurfürst Ferdinand seine Stiftstruppen langsam gegen Münster vorrücken, aber das Glück war ihm nicht hold, seine Mannschaften wurden bei Ober-Oy in der Nähe Soests durch Christian von Halberstadt zersprengt[3]).

Einigen Trost gewährten Ferdinand in dieser Zeit der Mißerfolge seiner eigenen Politik die Siegesnachrichten, die von dem Kriegsschauplatz der unteren Pfalz einliefen und das Nahen der Befreiungsstunde verkündeten[4]). Endlich tauchte dann auch das spanische Heer auf[5]). Durch dieses und die Armee des jetzt wieder vorrückenden Anholt doppelt bedroht, zog es der Halberstädter vor, im Mai Westfalen zu räumen und den Versuch einer Vereinigung mit Mansfeld zu wagen. Hierbei ereilte ihn sein Schicksal. Er wurde von den nun versammelten katholischen Streitkräften bei Höchst geschlagen und konnte nur die Trümmer seines Heeres nach Süden hin retten, wo ihn Mansfeld in seinen Heeresverband übernahm.

[1]) Opel I, S. 335ff.; Forst, Urk. 53.
[2]) Forst, Urk. 65.
[3]) Opel I, S. 335.
[4]) Forst, Urk. 63, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 24. Mai 1622.
[5]) Weskamp, Heer der Liga, S. 46.

V. Kurze Friedenshoffnungen und neue Kriegsgefahren im Sommer und Herbst 1622.

Daß Kurfürst Ferdinand nach den Siegen der verbündeten katholischen Armeen die unmittelbare Kriegsgefahr für beseitigt hielt, wurde schon durch die Maßnahmen bewiesen, die er bei seinen Räten in Münster zur Verminderung der dortigen Stiftstruppen anregte[1]). Ein umfangreicherer Landesschutz schien jetzt auch deswegen überflüssig, weil, abgesehen von der langersehnten Befreiung seiner Stifter, noch mehr Ereignisse eingetreten waren, die Ferdinands Lage besserten. Die Spanier hatten am Rhein gegen die Holländer im ganzen mit gutem Erfolg gekämpft. Im Anschluß an den Vormarsch, den sie im Mai endlich zum Entsatz Westfalens begannen, wurden die Holländer aus Soest und aus Hamm verdrängt, wodurch die Stifter Münster und Paderborn und das Herzogtum Westfalen von einer Nachbarschaft erlöst wurden, die sich häufig sehr lästig gezeigt hatte[2]). Dann fielen zwei Rheinschanzen an der Siegmündung in die Hände der Spanier, so daß auch dort eine vollständige Vertreibung der Holländer in naher Aussicht stand[3]). Dazu wirkte die hoffnungsfrohe Stimmung, mit der man am Münchner Hofe Anfang Juli 1622 den Stand der Dinge betrachtete[4]), und schließlich mußte die auch nach dem Siege von Höchst immer wieder beteuerte Hilfsbereitschaft der Ligaleitung[5]) im Kurfürsten ein Gefühl der Beruhigung erzeugen, aus dem heraus er ohne Gefahr für seine Territorien eine umfassende Abrüstung einleiten zu können glaubte.

Unterdessen hatte auch die Restitution im Stift Paderborn

---

[1]) Weskamp, Heer der Liga, S. 56.

[2]) Weskamp, Heer der Liga, S. 48ff.

[3]) Hurter IX, S. 144.

[4]) Forst, Urk. 68, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 5. Juli 1622.

[5]) Forst, Urk. 71, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 12. Juli 1622.

gute Fortschritte gemacht[1]). Die vertriebenen Jesuiten kehrten wieder zurück, und den Bürgern wurde die Ausübung der Lehre Luthers verboten. Zur Sicherung des neuen Zustandes quartierte sich nach dem Abzug des Herzogs Christian das Regiment des Obersten Blanckart, nach und nach verstärkt durch eine Anzahl zuchtloser Reiterkompagnien im Stiftsgebiet ein[2]). Da sich aber daraus bald eine schwere Überbürdung der Untertanen ergab, sann Ferdinand auf Mittel, sein Stift von dem Drucke der Quartierlast zu befreien. Am besten wäre es für ihn gewesen, wenn Maximilian seinem Versprechen vom 18. Januar 1622 nachgekommen wäre und den Sold für die in Kurköln geworbenen Truppen aus der Kasse der Liga bezahlt hätte. Weil er aber dazu nicht in der Lage war und sich der eingegangenen Verpflichtung überhaupt entziehen wollte[3]), suchte er seinen Bruder davon zu überzeugen, daß die Infantin die Absicht habe, die fraglichen Abteilungen in ihre Dienste zu stellen[4]). Aber in Brüssel verhielt man sich ganz passiv, und die betreffenden Kontingente blieben in Paderborn. Sie wurden dort die Ursache großen Elends, besonders nach dem Feldzug, der sich bald an der äußersten Westgrenze des Reiches abspielte.

Nur kurze Zeit nämlich hatte Kurfürst Ferdinand nach der Niederlage der pfälzischen Waffen die Hoffnung auf eine längere Ruhepause hegen können; bald bewies der Feind, daß er noch Mittel hatte, sich wieder zu stärken und neue Unruhe im katholischen Lager hervorzurufen[4]). Die Werbungen feindlicher Führer hatten überhaupt nicht aufgehört und waren aus der Grafschaft Schauenburg und aus Niedersachsen als sehr besorgniserregend gemeldet werden. Unklare Gerüchte über die Absichten Mansfelds tauchten auf und ließen den Kurfürsten „intra spem et metum“ schweben[5]). So erfuhr Ferdinand, daß in München

[1]) Bessen, Geschichte des Bistums Paderborn II, S. 164.

[2]) Tophoff, N. F. III, S. 131; S. 144, Anm. 105, Anholt an Kurköln, 7. Januar 1623, u. S. 146. Das Regiment Blanckart warb Ferdinand im Januar 1622; vgl. Forst, Urk. 91, Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 28. Mai 1623, und Weskamp, Heer der Liga, S. 69 ff.

[3]) Forst, Urk. 91.

[4]) Forst, Urk. 71.

[5]) Forst, Urk. 68, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 5. Juli 1622; Urk. 78, Wartenberg an Slawata, 19. August 1622.

mit einem Angriff des kühnen Grafen auf Bayern gerechnet wurde [1]), andererseits aber trafen Nachrichten ein, nach denen Mansfeld und der Halberstädter ihren ursprünglichen Plan, in Frankreichs Dienste zu treten, aufgegeben hatten und nach einer Vereinigung mit den Holländern strebten [2]). In diesem Falle war in erster Linie das Stift Lüttich gefährdet, das mit seinen Reichtümern die Beutegier der beiden Söldnergenerale in hohem Maße reizen mußte. Darum mahnte Ferdinand sowohl den Herzog Maximilian als auch den Grafen von Tilly, das Stift den Gegnern nicht schutzlos auszuliefern [3]), und natürlich hielt er schleunigst mit seinen Abrüstungsmaßnahmen inne, um im Gegenteil eine Steigerung der Defensivkraft seiner Landschaften in Westfalen energisch in die Wege zu leiten. Wieder aber war das Ergebnis dieser Bemühungen geradezu kläglich, da die Stände auf den vom Kurfürsten selbst besuchten Landtagen stets vor den großen Kosten des Verteidigungsheeres zurückschreckten und die Mittel versagten [4]).

Mit ernster Sorge verfolgte Ferdinand die Bewegungen der gegnerischen Streitkräfte im Westen. Mansfeld war, aus dem Elsaß langsam vorgehend, mit dem Halberstädter in Lothringen eingerückt und nach mannigfachen Verhandlungen mit den Mächten, die ihn in ihre Dienste nehmen wollten, auf französisches Gebiet getreten, wodurch er sich einem Angriff des ihn beobachtenden Anholt entzog. Am 24. August schon unterschrieb er den Dienstvertrag mit den Holländern, und es kam nun für ihn alles darauf an, die Vereinigung seines Heeres mit dem holländischen durchzuführen, während man auf der Gegenseite bemüht war, diese erhebliche Vermehrung der feindlichen Armee zu hintertreiben. Cordova machte den Versuch, seinen Gegnern bei Fleurus den Weg zu verlegen; aber sie erzwangen sich den Durchlaß und erreichten tatsächlich das holländische Heer, mit dem sie zum Entsatz der von Spinola belagerten Festung Bergen op Zoom aufbrachen und nicht wenig dazu beitrugen, daß die Belagerung

[1]) Forst, Urk. 71.
[2]) Forst, Urk. 78.
[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 57.
[4]) Weskamp, Heer der Liga, S. 59ff. Von den Landtagen gingen Berichte nach München, Forst, Urk. 74, Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 29. Juli 1622.

Anfang Oktober beendet wurde, obwohl Cordova und Anholt zur Verstärkung Spinolas eingetroffen waren.

Auf ihrem Weitermarsch nach der Schlacht bei Fleurus waren die feindlichen Söldnerführer, wie es Ferdinand gemutmaßt hatte, in das Stift Lüttich eingedrungen[1]), doch hielten sie sich nicht lange auf, da sie mit den Holländern möglichst bald Fühlung bekommen mußten, und der Kurfürst war an diesen Ereignissen nur insofern weiter beteiligt, als 14 von ihm angeworbene Reiterkompagnien, die unter den Obersten Nivenheim und Neersen standen, den ganzen Feldzug in Flandern mitmachten[2]). Dadurch gaben sie Anlaß, daß die Holländer eine Neutralitätsverletzung konstruierten. Nun gehörten aber die Reiter nach Ferdinands Ansicht zum Ligaheere, da sie seit Mai 1622 andauernd unter ligistischer Führung gefochten hatten[2]); doch Maximilian weigerte sich, die Reiterabteilungen als Ligatruppen anzuerkennen und bekräftigte diesen Standpunkt noch besonders dadurch, daß er vor Beginn der Operationen in Flandern den Rückzug der Reiter aus der Armee Anholts verlangte, weil er angeblich Vergeltungsmaßregeln der Staaten gegen Kurköln fürchtete[3]). Da aber die Infantin eine Entfernung der betreffenden Truppen nicht wünschte, blieben sie im Heeresverbande Anholts, und die Holländer fühlten sich zum Eingreifen bewogen. Auch sie waren der Meinung, daß die Kompagnien in kölnischen Diensten ständen, und hielten den Neutralitätsbruch für erwiesen. Deswegen legten sie dem Kurfürsten für Köln, Lüttich und Münster eine Kontribution von 130000 Reichstalern auf, die allerdings nie bezahlt wurde[4]), denn Ferdinand lehnte jede persönliche Verantwortung für die Reiter-

[1]) Hurter IX, S. 136.

[2]) Forst, Urk. 91.

[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 73ff.

[4]) Hurter IX, S. 144, Anm. 391. Nach Baur, Philipp von Sötern, S. 31, wurde die Kontribution bezahlt. In Münster verweigerte man die Zahlung, weil befürchtet wurde, daß die Spanier das gleiche fordern könnten; vgl. Weskamp, Heer der Liga, S. 96. Auch Mansfeld wollte 250000 Tlr. fordern, Weskamp, Heer der Liga, S. 88, doch wurde weder an die Holländer noch an Mansfeld eine Zahlung geleistet, denn Forst, Urk. 91, die alle Einbußen des Kurfürsten Ferdinand vom Sommer 1622 bis zum Mai 1623 genau registriert, enthält keinen Hinweis darauf; dazu auch Weskamp, Heer der Liga, S. 178.

kompagnien ab und verstand es, die Generalstaaten von der Richtigkeit seiner Auffassung zu überzeugen[1]).

Wenn er auf diese Weise einem schweren finanziellen Verluste glücklich entgangen war, so hatte er doch dem alten Mißtrauen der Holländer neue Nahrung gegeben, und er merkte es bald, daß diese wieder schärfere Maßnahmen gegen ihn trafen. Sie behielten nämlich Mansfeld nur bis Anfang November in ihren Diensten und bestimmten ihn, seine Winterquartiere in Ostfriesland zu nehmen, das unmittelbar an das emsländische Quartier des Stiftes Münster anstieß[2]). Schon im Oktober wurden daher neue drohende Äußerungen bekannt, die die „beiden Landesverderber" Mansfeld und der Halberstädter gegen Münster ausgesprochen hatten[3]), und den Worten folgten in kurzer Zeit die Taten; am 1. November 1622 fielen die Mansfeldischen Truppen in das Stift Münster ein und wurden in der Folgezeit eine furchtbare Plage des emsländischen Quartiers[4]).

VI. Ferdinands Stellungnahme zu den Stillstandsverhandlungen in Brüssel und zur Kurfrage.

Die Fürstenversammlung und der Ligatag zu Regensburg.

Während sich diese Ereignisse vorbereiteten, war im Reiche wieder viel von Waffenstillstandsplänen die Rede gewesen. Ihren

[1]) Forst, Urk. 91.
[2]) Klopp I, S. 165ff.
[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 77.
[4]) Klopp I, S. 172. Mansfeld hatte die Absicht, ein ostfriesisches Fürstentum zu gründen, zu dem die vier nächstgelegenen münsterischen Ämter hinzugeschlagen werden sollten.

Ausgang hatten sie wie schon im Vorjahre vom König von England genommen, der es immer noch versuchte, für seinen Schwiegersohn Friedrich V. einen günstigen Frieden zustande zu bringen. Ferdinand hatte schon im Januar davon Kenntnis erhalten und zugleich erfahren, daß vom kaiserlichen Hofe Graf von Schwarzenberg als Gesandter zum König Jacob gehen sollte[1]). Da aber der Kaiser sowohl wie die an der Angelegenheit auch beteiligte Infantin sich mit der Eröffnung der in Aussicht genommenen Konferenz keineswegs beeilten, blieb der Kurfürst über die speziellen Ziele der bevorstehenden Verhandlungen längere Zeit im unklaren[2]). Bekannt war ihm vor Beginn der Beratungen als Ort der Auseinandersetzung Brüssel, und außerdem wußte er damals nur, daß sich die Teilnahme auf den Kaiser, die Infantin und den König von England oder deren Vertreter beschränken sollte[2]). Ebenso war er davon unterrichtet, wie ablehnend die Münchner Regierung sich dem Unternehmen gegenüber verhielt, weil sie mit dem Ort und der Zusammensetzung der Konferenz nicht einverstanden war und eine deutsche Stadt sowie die Beteiligung der deutschen Reichsfürsten bei einer so wichtigen Angelegenheit verlangte[2]). Ferdinand hatte dieselben Bedenken[3]), zumal ihm nach Beginn der Verhandlungen in Brüssel deutlich wurde, daß die zuerst auf ein Jahr bemessene Waffenruhe durch einen Stillstand von 3—4 Wochen ersetzt werden sollte[3]). Mit einer so kurzen Einstellung der kriegerischen Operationen war für Kurköln nichts gewonnen, weil man sie gerade zu der Zeit vorgeschlagen hatte, als Mansfeld und der Halberstädter im Sommer auf die Vereinigung ihrer Heere hinarbeiteten[4]). Demnach hätten die beiden Söldnerfürsten, über die man keine Macht besaß, die Zeit der Ruhe dazu benutzen können, um ihre Truppen zu vermehren und Verschiebungen vorzunehmen. Tatsächlich hatten sie auch nichts anderes gewollt, wie aus einigen aufgefangenen Briefen hervorging, die es offen aussprachen, daß der

[1]) Forst, Urk. 44 u. 46, Cruesen an Wartenberg, 12. u. 19. Januar 1622.

[2]) Forst, Urk. 60, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 12. April 1622.

[3]) Forst, Urk. 68, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 5. Juli 1622.

[4]) Ritter, Deutsche Geschichte III, S. 162.

Waffenstillstand lediglich der Verstärkung ihrer Regimenter hatte dienen sollen[1]). Im übrigen waren die Verhandlungen dann durch die Siege der katholischen Heere überholt worden, und auch der Kaiser hatte unter dem Eindruck dieser Erfolge seine Haltung geändert und erklärt, sich mit Friedrich V. nicht in Brüssel, sondern auf einer deutschen Fürstenversammlung verständigen zu wollen.

Einen Fürstentag zu berufen, war schon seit Ende 1619 die Absicht des Kaisers gewesen, aber die politischen Verwicklungen hatten die Ausführung des Planes immer wieder verhindert, so daß der Eröffnungstermin erst auf den 1. Oktober 1622 festgesetzt werden konnte. Aber auch jetzt verstrichen noch reichlich drei Monate, bis die offiziellen Verhandlungen im Januar 1623 zu Regensburg begannen. Es sollte hier über die Pfälzer Kur, die Friedrich V. durch seine Erhebung gegen den Kaiser verwirkt hatte, öffentlich entschieden werden. Allerdings hatte der Kaiser, gebunden durch den Oktobervertrag, den er im Jahre 1619 in München mit Maximilian abschloß, und dann auch unter dem Drucke einer starken finanziellen Abhängigkeit vom Bayernherzog, die Lösung dieser Frage schon vorweggenommen, da er bereits am 22. September 1621 auf eifriges Betreiben des Papstes die Verleihung der Kur an Bayern schriftlich vollzog; aber dieser Akt war auf Wunsch des Kaisers anfänglich streng geheim gehalten worden, weil er den Widerspruch von Spanien und England fürchtete. Als er sich jedoch endlich gezwungen sah, der spanischen Regierung die geschehene Belehnung anzuzeigen und zu begründen, geriet der Bote in die Gewalt Mansfelds, und die bei ihm gefundenen Schriftstücke wurden sogleich als „Spanische Kanzlei" veröffentlicht. Nachdem die Pläne des Kaisers auf diese Weise zur allgemeinen Kenntnis gelangt waren, galt es, die Reichsfürsten und die in Frage kommenden Auslandsmächte der Übertragung der Pfälzer Kur auf den Herzog Maximilian von Bayern geneigt zu machen. Diesem Zwecke sollte die Tagung zu Regensburg in erster Linie dienen.

Unter den Reichsfürsten war von allem Anfang an nur Fer-

[1]) Forst, Urk. 71, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 12. Juli 1622.

dinand von Köln für die Standeserhöhung des Herzogs Maximilian unbedingt eingetreten, weil ihm als dem eifrigsten Anhänger einer rücksichtslosen Reaktionspolitik gegen die Protestanten eine Steigerung des katholischen Einflusses im Kurfürstenkolleg besonders in dem Falle erwünscht sein mußte, wo sich mit diesem unschätzbaren Vorteil so glänzende Aussichten für das Haus Wittelsbach verbanden. Jetzt zeigte sich zum ersten Male deutlich, daß die enge Verbindung zwischen Kurköln und Bayern ihre Früchte trug. Der Herzog von Bayern und der Kurfürst von Köln bildeten bei den schwierigen Verhandlungen, die nun folgten, eine einzige, starke Wittelsbachische Partei, und diesem Umstande verdankte Maximilian von Bayern den hervorragendsten Erfolg, den er dreißigjährigen Kriege erringen konnte: die Erhebung seines Herzogtums zum Kurfürstentum. Bisher waren ihm kaum irgendwelche Vorteile aus der Tatsache erwachsen, daß die kölnische Kur in den Händen Ferdinands lag, ja es hatte sogar in den Tagen der Ligaauflösung und ihrer Wiederbegründung ein offener Gegensatz zwischen den beiden Brüdern bestanden, der auch in den ersten Kriegsjahren nicht ganz schwand, als sich Ferdinand lange Zeit vergeblich bei seinem Bruder um die Ligahilfe bewarb. Aber nun, da den Wittelsbachern ein zweiter Platz im Kurkolleg gesichert werden sollte, verloren die einst vorhanden gewesenen Meinungsverschiedenheiten ihre Bedeutung, und Ferdinand von Köln wandte seinen ganzen Einfluß an, um den Aufstieg des Hauses Bayern möglich zu machen.

Bereits im September 1621 hatte er seine Meinung öffentlich klargelegt, indem er bei den damaligen Verhandlungen über die Kurfrage mit seinen beiden geistlichen Kollegen die unmittelbare Übertragung der Pfälzer Kur an seinen Bruder lebhaft befürwortete[1]). Die Notlage aber, in die seine westfälischen Territorien im Herbst und Winter 1621/22 durch den Handstreich des Halberstädters gerieten, hatte ihm genug mit seinen eigenen Angelegenheiten zu tun gegeben. Demgemäß hatte er sich während dieser Zeit den Vorschlägen gegenüber, die in der Kursache von verschiedenen Seiten gemacht wurden, völlig zurückgehalten und

[1]) Gindely IV, S. 387.

bis zum Mai 1622 den bayrischen Standpunkt nur „in genere“ anerkannt[1]). Da jetzt aber die Entscheidung drängte, gab sich Maximilian mit so unbestimmten Versicherungen nicht mehr zufrieden; offenbar war er durch die Lauheit, die sein Bruder seit dem Herbst 1621 an den Tag gelegt hatte, beunruhigt, und jedenfalls teilte er die Ansicht seines Obersthofmeisters, des Grafen Johann von Hohenzollern, der eine Verstimmung Kurkölns vermutete, weil auf die häufigen Unterstützungsgesuche des Kurfürsten im vergangenen Winter aus dem Ligaheere keine rechtzeitige Hilfe nach Westfalen abgegangen war[2]). Wie sich aber auf eine diesbezügliche Anfrage[2]) einwandfrei ergab, entbehrten diese Besorgnisse aller Begründung, denn der Kurfürst billigte tatsächlich in jeder Hinsicht die Forderungen seines Bruders[3]). Entschieden lehnte er alle Ausgleichsvorschläge ab, da er fürchtete, daß der volle Erfolg, d. h. die erbliche Kur für Bayern unter Erwerbung der dazugehörigen Länder, nur in Frage gestellt würde, wenn man sich auf lange Verhandlungen mit der anderen Partei einließe; dementsprechend bestand er auch auf Beschleunigung der öffentlichen Kurübertragung durch den Kaiser[4]). Seitdem wurde er über den Entwicklungsgang des Unternehmens genau auf dem Laufenden gehalten. Die Akten über wichtige Abmachungen wurden ihm gewöhnlich von München zugeschickt[4]), und außerdem erfuhr er noch manches Wissenswerte aus der Korrespondenz, die Wartenberg mit Hohenzollern führte[5]), so daß seine Informationen zweifellos vollständig waren, als er zur Reise nach Regensburg aufbrach.

Im Interesse seiner Stifter ist Kurfürst Ferdinand der kaiserlichen Einladung nach Regensburg sicher nicht gern gefolgt, da seine westfälischen Gebiete wegen der schon seit dem Spätsommer 1622 wiederauftauchenden Anzeichen neuer Kriegsgefahren kaum die starke Hand des Landesherrn missen konnten. Aber er war sich bewußt, daß die augenblickliche eigne Not jetzt nicht in die

[1]) Forst, Urk. 62 u. 65.
[2]) Forst, Urk. 62.
[3]) Forst, Urk. 65; Götz, S. 32, Anm. 2.
[4]) Forst, Urk. 65.
[5]) Forst, Urk. 62, 65, 68.

Wagschale fallen durfte, wo es darauf ankam, in Regensburg das Haus Bayern und den Katholizismus zum Siege zu führen. Daher ließ er alle persönlichen Rücksichten außer acht und begab sich auf die „verdrießliche Reise", wie er sie selbst später bezeichnete[1]). Sein Aufbruch erfolgte Anfang Oktober 1622[2]). Schon auf dem Wege nach München, wohin er sich auf eine Einladung seines Bruders zunächst wandte, ehe er nach Regensburg ging, fand er Gelegenheit, dessen Sache zu fördern[3]). Er traf noch in der zweiten Oktoberwoche mit Johann Schweikard von Mainz in Aschaffenburg zusammen und machte hier sogleich den Versuch, den einflußreichen Kirchenfürsten von seiner abwartenden Haltung abzubringen, die dieser wegen der Einwände Kursachsens gegen die bayrische Kur bisher eingenommen hatte. Mit einigen Zugeständnissen veranlaßte er ihn zu einer Erklärung, die in einem dem Herzog Maximilian günstigen Sinne gehalten war[4]), und als dann der Mainzer trotzdem seine Reise nach Regensburg unterbrach und vom 31. Oktober bis zum 17. November in Dinkelsbühl auf die Entscheidung Sachsens in der Kurfrage wartete, da unterstützte Ferdinand aufs neue die Politik seines Bruders, indem er den säumigen Mainzer immer wieder zur Beschleunigung seiner Reise nach Regensburg aufforderte[4]). Er selbst verließ München erst am 23. November und traf am 25. November gleichzeitig mit Johann Schweikard einen Tag nach der Ankunft des Kaisers in Regensburg ein[5]).

Sehr geschickt benutzte jetzt Ferdinand die Zeit, die der offiziellen Eröffnung der Verhandlungen voranging, um die bereits anwesenden Fürsten und Gesandten für die Ziele der bayrischen Politik zu gewinnen. Besonders mit dem Mainzer Kurfürsten hielt er weiter beständige Verbindung aufrecht, indessen ohne recht vorwärts zu kommen, denn dieser setzte seine Bemühungen um eine Vermittlung bei Kursachsen hartnäckig fort[6]). Daneben war Ferdinand aber auch in anderer Richtung tätig. Er nahm

[1]) Weskamp, Heer der Liga, S. 232.
[2]) Forst, Urk. 84, Wartenberg an Oñate, 2. Oktober 1622.
[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 78.
[4]) Götz, S. 29, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 12. Oktober 1622.
[5]) Hurter IX, S. 165.
[6]) Götz, S. 11, Anm. 1, S. 12.

Stellung gegen die Umtriebe seiner Gegner, deren ganzes Trachten darauf hinzielte, den Kaiser in seinem Entschluß, die Kur an Bayern zu übertragen, wankend zu machen. Er protestierte gegen ein solches Vorgehen zunächst wieder bei seinem Mainzer Kollegen [1]), fand es aber doch auch notwendig, sich noch einmal von der Standhaftigkeit des Kaisers persönlich zu überzeugen. Mit Genugtuung konnte er hier feststellen, daß dieser immer noch gesonnen war, sein gegebenes Wort zu halten und für die Kurübertragung alles zu tun, was „menschlich und möglich" sei [2]). Diese Erklärung hob bei Ferdinand schon vor Beginn der öffentlichen Verhandlungen jeden Zweifel über den Sieg seines Bruders [3]); und als dann die Sitzungen endlich ihren Anfang nahmen, da ließ er sich bis zu dem Moment, wo Maximilian selbst von seinen ursprünglichen Forderungen etwas nachgab, ganz von dem Gedanken leiten, daß die bayrischen Bestrebungen unanfechtbar seien und daß ihnen deswegen Rechnung getragen werden müsse.

Da Maximilian es nicht liebte, öffentlich aufzutreten, und da er sich überhaupt nicht der Allgemeinheit als die treibende Kraft in der Angelegenheit der Kurwürde zu erkennen geben wollte, war Ferdinand eigentlich der Sachwalter seines Bruders, dessen Interesse sich hier mit dem seinen auch deswegen deckte, weil er sein Erbe war. Darum verhielt er sich im Verlaufe der Tagung so, daß sich jener keinen besseren Sprecher zu wünschen brauchte. Sein ganzes Auftreten in der Fürstenversammlung war gekennzeichnet durch das Bewußtsein, daß der Kaiser auf alle Fälle bereit war, die Ansprüche Maximilians zu befriedigen. Daher erklärte er gleich am 2. Sitzungstage [4]) unumwunden, daß es bei dem einmal gefaßten Entschlusse des Kaisers bleiben müsse, mit

[1]) Am 5. Dezember 1622, vgl. Götz, S. 29, Anm. 2.

[2]) Götz, S. 29, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 2. u. 29. Dezember 1622.

[3]) Vgl. die Berichte, die Ferdinand an seinen Bruder schickte, der erst am 12. Januar 1623 nach Regensburg kam. Das Schreiben vom 2. Dezember 1622.

[4]) Am 24. Januar; nach der am 10. Januar 1623 erfolgten Eröffnung der Versammlung kam die erste ordentliche Sitzung erst am 23. Januar zustande, vgl. die Sitzungsberichte bei Götz, S. 28ff.

anderen Worten, er verlangte von den Teilnehmern der Versammlung bedingungslose Unterwerfung unter die kaiserliche Entscheidung. Bereits am 3. Sitzungstage konnte er wahrnehmen, daß die Gesandten des Kurfürsten von Trier, die am Tage vorher noch kein bestimmtes Votum abgegeben hatten, sich ihm anschlossen in der Überzeugung, daß die Anordnungen des Kaisers in kein „Disputat" gezogen werden dürften[1]). Nun mußte noch Johann Schweikard, der sich am zweiten Sitzungstage nur soweit geäußert hatte, daß Friedrich V. voll für sein Schicksal verantwortlich zu machen sei[2]), zu einer offenen Erklärung gebracht werden. Aber auch jetzt konnte sich dieser über seine tiefeingewurzelten Bedenken in der Kurfrage nicht hinwegsetzen und zog sich in seiner Unentschlossenheit vor Abgabe des Votums mit seinen Räten zu einer längeren Besprechung zurück[1]). Da von dem Ausfall dieser Konferenz viel abhing, schob Ferdinand jede Rücksicht bei Seite; ohne dazu aufgefordert zu sein und ohne sich um die Verwunderung der Zurückbleibenden zu kümmern, nahm er an der kurmainzischen Sondersitzung teil, um ihr Ergebnis direkt zu beeinflussen. Der Erfolg dieser bemerkenswerten Handlungsweise blieb nicht aus, denn der Mainzer gab nach einer mehr als halbstündigen Beratung in der Versammlung zu, daß dem Kaiser sein Vorgehen gegen den Pfalzgrafen nicht verdacht werden könnte. Damit erkannte er die kaiserliche Verfügungsfreiheit über die auch seiner Ansicht nach erledigte Kur an und schlug, da die kursächsischen und kurbrandenburgischen Gesandten zur Aufgabe ihres Widerstandes nicht zu bewegen waren, eine neue Umfrage für die nächste Sitzung vor. In ihrem Verlaufe[3]) erhob sich Ferdinand zu einer eingehenden Auseinandersetzung, er verteidigte die Haltung des Kaisers und nahm ihn persönlich gegen die Vorwürfe in Schutz, die seine Widersacher gegen ihn erhoben, weil er bei der Ächtung des Pfalzgrafen und bei der Exekution der Acht die Reichsgesetze und die kaiserliche Wahlkapitulation nicht streng gewahrt hatte[4]). Der Pfalzgraf habe so schwere Verbrechen begangen, daß selbst

[1]) 25. Januar, 3. Sitzung.
[2]) 24. Januar, 2. Sitzung.
[3]) 28. Januar, 4. Sitzung.
[4]) Vgl. Gindely IV, S. 438ff.

seine Agnaten kein Anrecht auf Berücksichtigung bei der Nachfolge in der Kurpfalz mehr hätten und daß die gesamten pfälzischen Lehen an den Kaiser zurückfallen müßten, zumal da die vom Pfalzgrafen immer aufs neue geschürten Feindseligkeiten eine Verwendung für den unversöhnlichen Empörer ausschlössen.

Mit diesen Ausführungen begründete der Kurfürst sein schon am 2. Sitzungstage abgegebenes Votum und hob alle die Punkte hervor, die der bayrischen Politik dienlich waren. Wenn er mit seinen Argumenten die Gegner auch nicht überzeugte, so bewirkte er doch, daß man sich in ihrem Lager keiner Täuschung hingab in bezug auf die unerschütterliche Entschlossenheit der beiden Bayernfürsten. Im übrigen stimmte er dem Vorschlage des Trierer Gesandten bei, wonach die getrennten, sich widersprechenden Voten der katholischen und protestantischen Partei dem Kaiser zur Begutachtung zugehen sollten. Die kaiserliche Antwort auf den Verhandlungsbericht[1]) brachte der Sache Ferdinands einen neuen Erfolg, denn der Mainzer trat jetzt bedeutend wärmer für die Forderungen Bayerns ein und betonte, daß ein Beharren der Protestanten im Widerstande vom Kaiser als Begünstigung des Pfalzgrafen und damit als feindselige Handlung ausgelegt werden müßte[2]), eine Äußerung, die Kurfürst Ferdinand dem Sinne nach am nächsten Sitzungstage wiederholte[3]). Da aber auch diesmal Kursachsen und Kurbrandenburg mit ihrer Opposition einen einheitlichen Beschluß vereitelten, empfing der Kaiser die Protokolle über die beiden letzten Sitzungen[3]), und die Versammlung beriet jetzt über die weiteren Punkte der Proposition, wobei es sich zuerst um die Herstellung des Friedens handelte[4]).

Wenn Ferdinand von Beginn der Verhandlungen in erster Linie seine Kraft der Förderung der bayrischen Politik geliehen hatte, so sah er jetzt bei der Beratung über die Maßregeln zur Erlangung des Friedens die Möglichkeit vor sich, für das Wohl und die Sicherheit seiner Fürstentümer an geeignetster Stelle tätig zu sein. Die kölnischen Stifter befanden sich gerade im Winter

[1]) 9. Februar, 7. Sitzung.
[2]) 11. Februar, 8. Sitzung.
[3]) 13. Februar, 9. Sitzung.
[4]) 14. Februar, 10. Sitzung.

1622/23 wieder in einer recht gefährlichen Lage, da Mansfeld von Ostfriesland aus das emsländische Quartier von Münster besetzt hatte und der Halberstädter in Niedersachsen einen neuen Vorstoß vorzubereiten schien[1]). Alle Bemühungen, eine starke Heeresmacht gegen die Parteigänger Friedrichs V. in Bewegung zu setzen, waren bisher ergebnislos gewesen; um so eifriger ergriff Ferdinand in Regensburg die Gelegenheit, für Mittel zur Niederwerfung Mansfelds und seiner Helfer zu sorgen. Bei den zwanglosen Beprechungen war vor Beginn der offiziellen Diskussionen zuerst der Waffenstillstand zur Sprache gekommen, den König Jacob von England mit der Infantin Isabella zu Brüssel für die Dauer eines Jahres abgeschlossen hatte. Dem Pfalzgrafen sollten nach den Vertragsbestimmungen die Einkünfte von Heidelberg, Mannheim und Frankenthal zufallen, Heidelberg sollte ganz in seinen Besitz übergehen, während Mannheim und Frankenthal an die Infantin auszuliefern waren[2]). Nun befand sich aber Heidelberg schon seit September und Mannheim seit November 1622 in den Händen Tillys, wodurch die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen erschwert wurde, denn es war fraglich, ob Maximilian von Bayern in die Herausgabe der beiden eroberten Städte einwilligen würde. Wie der Kaiser bald erfuhr, verwarf dieser den Brüsseler Vertrag, weil er durch die von neuem beginnenden Rüstungen der Pfälzer Partei besonders die Länder des Kurfürsten von Köln bedroht sah[3]). Der gleichen Meinung war natürlich auch Ferdinand, der sich schon vorher darüber beklagt hatte, daß seine Territorien von dem Waffenstillstand nichts spürten, da die feindlichen Söldner ärger als je im Stiftsgebiet hausten[4]). Als daher Anfang Dezember die in Regensburg anwesenden Fürsten und Gesandten vom Kaiser um ihr Urteil befragt worden, hatte sich Kurköln gegen die Übergabe von Heidelberg ausgesprochen, weil diese mit einer Restitution des Pfalzgrafen gleichbedeutend wäre, und ebenso war Ferdinand auch gegen die Waffenruhe aufgetreten, da Mansfeld durch sie nicht getroffen werden könnte[5]). Er war also dem

[1]) Opel I, S. 384ff.
[2]) Gindely IV, S. 416.
[3]) Gindely IV, S. 426.
[4]) Hurter IX, S. 151.
[5]) Gindely IV, S. 428.

Standpunkt treu geblieben, den er bereits bei Beginn der Brüsseler Verhandlungen im Mai 1622 eingenommen hatte und wollte von einer Waffenruhe nichts wissen, solange noch einer der Gegner fähig war, die kurkölnischen Territorien mit einem Heere zu gefährden. Darum suchte er es jetzt gemeinsam mit Kurmainz, Kurtrier und Salzburg durchzusetzen, daß gegen Mansfeld ein Reichsheer mobil gemacht werde; aber die Spannung zwischen den katholischen und protestantischen Ständen in der Fürstenversammlung war zu groß, als daß die Protestanten zu einem solchen Vorgehen die Hand gereicht hätten[1]). Ebenso zerschlug sich an ihrem Widerstand ein anderes Unternehmen, das zum Schutze der kölnischen Stifter gegen die fortwährenden widerrechtlichen Übergriffe der Holländer geplant war[2]). Nur eine Eingabe an den Kaiser fand die Zustimmung der Versammlung, in der die bedrängte Lage Kurkölns eingehend dargelegt wurde[3]). Inzwischen war freilich die letzte holländische Schanze „Pfaffenmütz" bei Bonn im Januar 1623 von den Spaniern besetzt worden[4]), aber an Stelle der Holländer saßen jetzt die Eroberer dort, was für Ferdinand auch nicht wünschenswert war; deswegen befriedigte es ihn sehr, daß die Versammlung an den Kaiser das einstimmige Ersuchen richtete, die Infantin zur gänzlichen Zerstörung der Schanze zu bewegen, damit die Rheinstraße in Zukunft dem Verkehr völlig freigegeben wäre[2]).

Nach dieser kurzen Abschweifung kehrte man wieder zum Hauptthema der Verhandlungen, zur Kurfrage, zurück. Da es eines Ausgleiches der gegensätzlichen Meinungen bedurfte, wurde von den Vertretern Kurtriers ein Vermittlungsvorschlag gemacht, nach dem die Rechte der Söhne und Agnaten des Pfalzgrafen durch einen „billigmessigen proceß" geprüft werden sollten[5]). Die Trierer Räte hatten diese Anregung, die von einer erblichen bayrischen Kur vorläufig Abstand nahm, auf Grund einer Vereinbarung der katholischen Stände gegeben[6]). Demgemäß erfolgte

[1]) 14. Februar, 10. Sitzung.
[2]) 15. Februar, 11. Sitzung.
[3]) Lundorp, Acta II, S. 668; Theatrum Europaeum, S. 721.
[4]) Theatrum Europaeum, S. 676.
[5]) 20. Februar, 13. Sitzung.
[6]) Götz, S. 38, Anm. 5.

von dieser Seite kein Widerspruch, und auch Ferdinand von Köln war trotz seiner vorher so schroffen Haltung damit einverstanden. Diese plötzliche Nachgiebigkeit war auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Schon in der Frage der Prager Reformation, mit welcher der Kaiser das Fernbleiben des sächsischen Kurfürsten von den Regensburger Verhandlungen hauptsächlich verschuldet hatte, war er der Ansicht gewesen, daß mildere Maßregeln hätten ergriffen werden müssen[1]). Er wies also die Möglichkeit von Konzessionen nicht unbedingt ab, wenn ein politischer Vorteil durch sie erreicht wurde. An sich entsprach gerade diese Stellungnahme in einer kirchlichen Angelegenheit seiner immer geäußerten streng katholischen Anschauung durchaus nicht, aber die Gewinnung des Kurfürsten von Sachsen lag ihm ebenso am Herzen wie allen anderen in Regensburg anwesenden Mitgliedern der Tagung, und die Rücksicht auf Kursachsen war es wohl auch, die ihn u. a. bewog, den Trierer Vorschlag zu billigen. Außerdem aber stand in Regensburg die Ankunft eines spanischen Gesandten nahe bevor, von dem bestimmt keine Förderung der bayrischen Wünsche zu erwarten war, deswegen hatte Herzog Maximilian „nach mühsamer Unterhandlung" selbst einen Teil seiner Forderungen preisgegeben und erklärt, in eine Kurverleihung auf Lebenszeit und eine Prüfung der Rechte der Agnaten und Kinder des Pfalzgrafen einwilligen zu wollen[2]). Das war auch für Ferdinand bindend. Jetzt entschied er sich ausdrücklich für diese Form der Belehnung, indem er mit Kurmainz, Kurtrier und Salzburg ein gleichlautendes Votum abgab[3]). Wenn daraufhin die Verleihung der Kur auch nicht in der Gestalt vorgenommen wurde, die er in der Fürstenversammlung zuerst unentwegt gefordert hatte, so konnte ihn kein Vorwurf treffen, denn er hatte als Anwalt seines Bruders dessen Interesse so sachgemäß wahrgenommen, wie es nur eben möglich gewesen war. Jedenfalls dankte es der nunmehrige Kurfürst von Bayern zum guten Teil dem Geschick und der

[1]) Götz, S. 67ff., Reichshofrat von Stralendorf an den Kaiser, 8. Febr. 1623; vgl. S. 97, Anm. 1, Mainz, Trier, Köln und Bayern an den Kaiser, 17. März 1623.

[2]) Götz, S. 38, Anm. 5, S. 40, Questenberg an Khevenhüller, 15. Februar 1623.

[3]) 24. Februar, 17. Sitzung.

Umsicht Ferdinands, daß die Kurfrage immerhin noch die Lösung fand, die ihm die Kur auf Lebenszeit sicherte und für die Zukunft doch die Hoffnung ließ, auf Grund einer geheimen kaiserlichen Obligation seinen persönlichen Besitz in einen erblichen der bayrischen Wittelsbacher zu verwandeln[1]).

Damit war die Hauptaufgabe der Regensburger Tagung erledigt. Vor seiner Abreise aber mußte sich Ferdinand noch mit einer Sache befassen, die mit der Kurfrage im engsten Zusammenhang stand. Als Agnat Friedrichs V. hatte der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg seine Ansprüche auf Besitz und Würde seines Vetters mit allem Nachdruck geltend gemacht. Gleich nach dem Bekanntwerden der Achterklärung eröffnete er die Verhandlungen mit der Münchner Regierung, aber schon damals wurde er mit allen seinen Anträgen zurückgewiesen[2]), und nicht besser ging es ihm, als er im März 1622 ein Wechseln der Kur in Vorschlag brachte[3]). Nachdem er auch bei Spanien und dem Kaiser sein Heil versucht hatte, kam er zweimal, im Dezember 1622 und Januar 1623, nach Regensburg, wo er bei seinem zweiten Aufenthalt eine Schrift abfaßte, in der er auf Grund von Reichsgesetzen und Erbverträgen sein Recht verteidigte. Das Dokument kam am 28. Januar vor den Teilnehmern des Fürstentages zur Verlesung[4]); da aber die Bekanntgabe gerade an dem Tage stattfand, an dem Ferdinand die Ansprüche der Agnaten aufs äußerste bekämpft hatte[5]), mußte die Wirkung der Ausführungen eine erhebliche Beeinträchtigung erfahren. Darum machte der Neuburger noch einen anderen Versuch und wurde bei den beiden Kurfürsten unter Anführung einer Reihe von juristischen Gründen in dem Sinne vorstellig, daß seine Rechte nach dem Tode Maximilians, wenn dieser ohne Leibeserben sterben würde, anerkannt werden sollten[6]). Dieser letzte Versuch Wolfgang Wilhelms hatte für den

[1]) Über die Obligation vom 24. Februar 1623, die auch den Kurfürsten Ferdinand mehrfach als Erben Maximilians erwähnt, vgl. Götz, S. 81ff. und Gindely IV, S. 446.

[2]) Hurter IX, S. 153f.

[3]) Forst, Urk. 65 und Götz, S. 32, Anm. 2, Maximilian an Kurköln 13. Juni 1622.

[4]) 4. Sitzung.

[5]) Vgl. oben S. 41f.

[6]) Götz, S. 112f, Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg an die Kurfürsten von Köln und Bayern, 3. April 1623; vgl. S. 269f.

Kurfürsten von Köln deswegen hohe Bedeutung, weil darin behauptet wurde, daß eine baldige gütliche Einigung nur vorteilhaft sei für die jetzt lebenden Erben Maximilians, also für Ferdinand und den Herzog Albrecht, da eine spätere Prozeßentscheidung ungünstig ausfallen könnte. Unter diesem Gesichtspunkte verlangte Wolfgang Wilhelm noch vor der Abreise der Wittelsbacher von Regensburg eine endgültige Entschliessung. Der Pfalzgraf wollte auf alle Fälle verhindern, daß die Kur nach einem kinderlosen Tode Maximilians auf einen seiner beiden Brüder überging. Das Resultat seines Vorgehens konnte kaum zweifelhaft sein[1]), denn Kurfürst Ferdinand, der von der kaiserlichen Obligation sicher Kenntnis hatte, da sie ihn als Erben seines Bruders ebenso anging wie diesen selbst, war wohl nicht bereit, sich sein vom Kaiser verbrieftes Recht schmälern zu lassen. Zum mindesten hatte er durch seine Äußerungen auf dem Fürstentag deutlich genug kund getan, daß gerade in dieser Richtung nichts von ihm zu er hoffen war.

Im Anschluß an die Regensburger Tagung suchte der Kaiser den Fürsten, die in der Zeit der schweren Krisis treu zu ihm gehalten hatten, seine Dankbarkeit durch mehr oder minder wertvolle Verleihungen und Entscheidungen zu beweisen. An ihnen war zwar Ferdinand als Empfänger nicht direkt beteiligt, aber in doppelter Hinsicht wurde einer der kaiserlichen Gnadenakte für ihn wichtig, der dem Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt zugute kam. Dieser führte seit längerer Zeit mit seinem Vetter Moritz von Hessen-Kassel um das Erbe Ludwigs von Marburg einen Rechtsstreit, der am 28. März 1623 zu seinen Gunsten entschieden wurde. In diese Angelegenheit wurde Ferdinand, abgesehen davon, daß der Kaiser von ihm sowie den anderen geistlichen Kurfürsten und Maximilian von Bayern ein Gutachten in der Streitfrage verlangt hatte[2]), insofern mit verwickelt, als er mit Johann Georg von Sachsen vom Kaiser den Auftrag bekam, die Exekution gegen Hessen-Kassel zu vollziehen[3]). Für den

[1]) Eine Antwort auf das Memorandum fehlt, Götz, S. 113, Anm. 1.
[2]) Götz, S. 46, 29. März 1623, Beratung in Regensburg.
[3]) Khevenhüller X, S. 135.

Kölner Erzbischof war das nicht bloß eine Formsache, denn es durfte ihm keineswegs gleichgültig sein, in wesesn Händen sich das Marburger Territorium befand, weil es dem kölnischen Gebiet benachbart lag und dieses von der Wetterau trennte, in der Tilly jetzt sein Quartier hatte. Im Verkehr zwischen dem ligistischen Oberbefehlshaber und Kurköln und vor allen Dingen auch bei notwendigen Truppentransporten war demnach das Marburger Land ein ganz erhebliches Hindernis, solange es von einem der Liga so feindlichen Fürsten behauptet wurde, wie es Landgraf Moritz war[1]). Kam es dagegen in den Besitz des befreundeten Landgrafen Ludwig, dann stand es als Durchzugsland für ligistisches Kriegsvolk und für Boten leichter offen. Wenn also Ferdinand die Exekution, die Tilly besonders beschleunigt wissen wollte[1]), durchführte, dann erwies er nicht nur seinem Klienten in Darmstadt einen schätzbaren Dienst, sondern er arbeitete auch für seinen eignen Vorteil. Da jedoch Sachsen in der Exekution zunächst um Aufschub bat[2]), ging das Unternehmen nur langsam vonstatten, so daß erst am 5. Juli 1623 eine von Kurköln und Kursachsen gemeinsam gezeichnete Mahnung zur Abtretung des Gebietes dem Landgrafen Moritz zugestellt werden konnte[3]). Aber auch hierauf wurde die Exekution nicht energischer betrieben, obwohl Tilly im August und Oktober eine tatkräftigere Verfolgung des Verfahrens anempfahl[4]) und die Vollstreckung sogar selbst zu erledigen wünschte[5]); das Land blieb vorläufig im Besitz des Landgrafen Moritz[6]). Für Ferdinand verlor der Ausgang des Erbhandels infolge dieser langwierigen Verschleppung schließlich an Interesse, denn Tilly verlegte seine Quartiere sehr bald von der Wetterau weiter nach Norden, um

[1]) Götz, S. 126f., Tilly an Maximilian, 17. April 1623.

[2]) Götz, S. 132, Ludwig von Hessen an Maximilian, 24. April 1623.

[3]) Khevenhüller X, S. 136.

[4]) Götz, S. 265, Anm. 1, Tilly an Maximilian, 10. August, S. 283, Maximilian an Tilly, 21. August, S. 358, Anm. 1, Tilly an Maximilian, 11. Oktober 1623.

[5]) Götz, S. 381, Tilly an Maximilian, 20. November; S. 404, Anm. 2, 13. Dezember 1623.

[6]) Erst Ende März 1624 nahmen kölnische, sächsische und darmstädtische Subdelegierte die Huldigung der Ritter, Städte und Beamten in Marburg entgegen, Theatrum Europaeum, S. 764.

den neuen Sommerfeldzug gegen die dort stehenden feindlichen Heere zu eröffnen.

Die Notwendigkeit einer energischen Kriegsführung für den kommenden Sommer war von keinem der in Regensburg anwesenden Ligamitglieder verkannt worden, da die bedenklichsten Nachrichten über die herausfordernde Haltung der Gegner einander beinahe überstürzten. Man hatte es daher auch allgemein begrüßt, daß Maximilian in der alten Donaustadt eine Ligatagung anberaumte, auf der die wichtigsten Maßnahmen für das bevorstehende Kriegsjahr besprochen werden konnten. Schon seit Ende November 1622 waren die Verhandlungen der Ligastände im Gange. Sie beschäftigten sich zuerst mit der Wahl der Winterquartiere[1]), und als im weiteren Verlauf die Frage aufgeworfen wurde, ob die Kriegsverfassung der Liga fortzusetzen sei, waren die kurkölnischen Räte, die ihren Auftraggeber mit Ausnahme eines einzigen Verhandlungstages, wo er persönlich anwesend war[2]), vertraten, mit allen anderen darin einig, daß die Liga weiterbestehen müsse[3]); auch erklärten sie gemäß ihrer Instruktion ihr Einverständnis mit dem Vorschlag der Mainzer, nach dem das rheinische Direktorium einen monatlichen Beitrag von 70000 fl. in die Bundeskasse zu zahlen hatte[4]). Bei den Erwägungen über die Operationen gegen Mansfeld, wenn sich dieser auf holländischen Boden zurückziehen würde, legten sie eine rücksichtslose Verfolgung des Söldnergenerals auch auf staatischem Gebiet nicht als Neutralitätsbruch aus, solange jener nicht in holländischen Diensten stände. Zur Begründung dieser Ansicht sagten sie, es sei viel schwieriger ein schlagfertiges Heer längere Zeit zur Beobachtung des Feindes zu unterhalten, als im schnellen Angriff auch außerhalb der Reichsgrenzen eine Entscheidung zu erzwingen. Gegen eine Aufforderung an die Holländer zur Vertreibung Mansfelds hatten sie nichts einzuwenden[5]), und ebenso unterstützten sie den Antrag, daß die Bundesver-

[1]) Götz, S. 48, Anm. 2.
[2]) Khevenhüller X, S. 33.
[3]) Götz, S. 49, 21. Januar 1623.
[4]) Götz, S. 53, 26. Februar 1623.
[5]) Götz, S. 59ff., 11. März 1623.

fassung des Augsburger Ligatages vom Jahre 1621 beibehalten werden solle[1]).

Diese Stellungnahme der Kurkölner Räte ließ deutlich erkennen, daß dem Kurfürsten jedes Mittel recht war, das zur Vernichtung Mansfelds führte. Schon vorher hatte er, weil er wußte, daß die vorhandenen Streitkräfte am Rhein und in Westfalen nicht zur Niederwerfung des Gegners ausreichten, Verstärkungen durch spanische und kaiserliche Hilfstruppen gewünscht und es gutgeheißen, daß der Kaiser den Kurfürsten von Sachsen veranlassen möge, sich bei den Neutralen für eine loyale Haltung zu verwenden[2]). Vorsorglich also waren von Ferdinand alle Möglichkeiten, die Befreiung von der lähmenden Kriegsnot versprachen, beachtet worden, und in dem Bewußtsein, nichts versäumt zu haben, konnte er nach Erfüllung seiner Pflichten an die Abreise denken. Schon am 20. März suchte er gemeinsam mit Kurtrier und Kurmainz beim Kaiser die Erlaubnis nach, Regensburg verlassen zu dürfen[3]), aber noch der ganze April verging, bis er zum Aufbruch rüsten konnte; erst im Mai kam er wieder in seine Residenz zurück[4]).

VII. Die ligistische Einquartierung in Westfalen 1623.

Die Fürstentümer Ferdinands am Rhein und in Westfalen waren in der Zeit der Abwesenheit des Landesherrn ganz neuen Aufgaben gegenübergestellt worden, die weniger in dem Kampf mit feindlichen Kräften, als in der Notwendigkeit bestanden,

[1]) Götz, S. 63, 1. April 1623.

[2]) Götz, S. 59, Anm. 1, Verhandlung von Mainz, Trier, Köln, Bayern, Salzburg und Hessen, 9. Dezember 1622.

[3]) Götz, S. 22, Johann Schweikards Aufzeichnungen über den Regensburger Fürstentag.

[4]) Weskamp, Heer der Liga, S. 247.

sich mit den Besatzungstruppen der katholischen Mächte, die dort nach und nach eingerückt waren, abzufinden. Von den Gegnern hatte Mansfeld im November 1622 bei der Besetzung von Ostfriesland auch das emsländische Quartier des Stiftes Münster mit seinen Söldnern belegt, ohne bei der mit ihm sympathisierenden Bevölkerung auf Widerstand zu stoßen[1]). Christian von Halberstadt war seine eignen Wege gegangen; er hatte sich auf dem Marsche nach Ostfriesland von Mansfeld getrennt und war mit seinem Heere auf niedersächsisches Gebiet übergetreten[2]). Da durch eine derartige Gruppierung der feindlichen Heere die kölnischen Stifter von zwei Seiten bedroht wurden, hatte der Kurfürst nichts unversucht gelassen, um seine Stände zu neuen Rüstungen zu bewegen[3]). Aber trotz der augenscheinlichen Gefahr waren seine Bemühungen nutzlos gewesen. Offenbar hatte Ferdinand selbst nur wenig Hoffnung auf Gelingen der Rüstungen gehabt, denn es waren von ihm schon Mittel vorgesehen worden, die beim Versagen der Stände die Lücke ausfüllen sollten. Rechtzeitig hatte er wieder bei seinem Bruder sowohl wie bei der Infantin um die Überlassung von Streitkräften gebeten[4]), und beide waren seinen Wünschen nachgekommen, denn Anholt und der spanische General Heinrich von dem Berg hatten, der eine in Münster, der andere im Vest Recklinghausen, ihren Einzug gehalten[5]). Außerdem aber waren die Spanier, ohne daß dies in der Absicht Ferdinands gelegen hätte, in Lüttich eingerückt und hatten das ganz abseits vom deutschen Kriegsschauplatz gelegene Stift teils als Quartiergebiet, teils als Durchzugsland benutzt, wodurch dem Kurfürsten außer dem Verlust der für das laufende Jahr in Lüttich und Recklinghausen angesetzten Tafelgefälle ein barer Schaden von 15000 Reichstalern entstanden war[6]).

In Münster hatten die kurfürstlichen Räte anfänglich den Versuch gemacht, eine längere Einlagerung des mit dem Schutze des Stiftes beauftragten Anholtschen Heeres zu verhindern, und

[1]) Weskamp, Heer der Liga, S. 91ff., S. 159.

[2]) Gfrörer, S. 321; vgl. Götz, S. 125f., Maximilian an den Kaiser, 15. April 1623.

[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 77ff. und 115ff.

[4]) Ebenda, S. 75.

[5]) Ebenda, S. 105.

[6]) Forst, Urk. 91.

waren dem General gleich bei seiner Ankunft auf dem rechten Rheinufer im Oktober 1622 mit der Bitte entgegengetreten, den Mansfelder ohne Verzug anzugreifen[1]). Aber Anholt hatte es seinerseits auf einen längeren Aufenthalt im Stifte abgesehen und verlangte in erster Linie, daß seinen Truppen von dem münsterischen Städten Quartier gegeben werde. Seinem energischen Drängen gegenüber verzichteten die Räte schließlich auf die Durchführung der von ihnen angeregten schnellen Verfolgung Mansfelds und waren sogar bereit, Anholts Forderungen in den Städten zu unterstützen. Bei der Aktion, die sie zu diesem Zwecke einleiteten, stießen sie jedoch auf heftigen Widerstand; die Städte weigerten sich, den schlecht bezahlten Söldnern Einlaß in ihre Mauern zu gewähren, und sie beharrten in ihrer ablehnenden Haltung so fest, daß ihnen zuletzt mit der Anwendung von Zwangsmaßregeln gedroht werden mußte. Lange zögerte der Kurfürst, ehe er die Erlaubnis zum gewaltsamen Vorgehen gegen die rebellischen Städte gab; da aber die ernsten Ermahnungen der Räte und die Drohungen Anholts ebensowenig fruchteten wie die strengen Befehle des Kurfürsten und ein kaiserliches Mandat, so gestattete Ferdinand im März 1623 endlich, daß Anholt zu den Waffen griff und mit der Unterwerfung der Städte begann. Vom November 1622 bis in den Sommer des Jahres 1623 hinein aber war die Armee Anholts auf dem platten Lande im Stift Münster einquartiert und bestritt, da der Sold in jenem Zeitraum fast ganz ausblieb[2]), ihren gesamten Unterhalt durch Kontributionen, die den Bauern der mit Truppen belegten Landstriche abgepreßt wurden. Die Folge dieses Systems war, daß dort eine Frühjahrsbestellung der Felder nicht vorgenommen werden konnte, weil die dazu notwendigen Zugpferde von den Anholtschen Söldnern für Heereszwecke requiriert worden waren[3]). Außerdem liefen die münsterischen Bauern bei jeder Gelegenheit Gefahr, von dem eigen-

[1]) Weskamp, Heer der Liga S. 105.

[2]) Im Januar 1623 brachte der Kriegskommissar Ruepp den Sold für 2 Monate, worauf erst im Juni der Kriegskommissar von Burhus mit neuem Sold ankam. Weskamp, Heer der Liga, S. 138 und 239. Vgl. über die Auskunft von Burhus Forst, Urk. 91 und Götz S. 32, II, Maximilian an Tilly, 15. Februar 1623.

[3]) Forst, Urk. 91.

mächtig umherstreifenden Militär mißhandelt zu werden, so daß sie es vorzogen, sich nicht auf freiem Felde zu zeigen [1]), zumal auch staatische Soldaten das Münsterland und nicht mehr unsicher machten und die kurkölnische Neutralität nicht mehr respektierten wie den Vertrag, den das Stift Münster speziell für sich mit den Holländern abgeschlossen hatte [2]). Das Schlimmste aber war, daß alle die ungeheuren Opfer der kölnischen Untertanen umsonst gebracht wurden, denn Mansfeld und der Halberstädter, gegen die Anholt doch nach Westfalen gerufen war, fühlten sich in ihrer Bewegungsfreiheit durchaus nicht behindert; der eine hielt unbelästigt das emsländische Quartier des Stifts Münster besetzt, wo seine Truppen besonders in und um Meppen konzentriert waren und sogar nach Hildesheim vorrückten, und der andere stand stets in bedrohlicher Nähe der münsterischen Ostgrenze, die er, wenn es sich ermöglichen ließ, auch überschritt, um auf münsterischem Gebiete so zu hausen, wie er es gewöhnt war [3]). Gegen diese fortwährenden Gewalttaten der beiden Söldnergenerale unternahm Anholt wegen der schlechten Verfassung seiner Truppen und der Schwierigkeiten, die ihm die münsterischen Städte bei der Übernahme von Quartierlasten entgegensetzten, nichts [4]). Nur wenn seine Abteilungen gänzlich reorganisiert wurden, konnte er sie für die vorgesehenen Zwecke verwenden. Die geringen Mittel der Liga jedoch, die nicht einmal zur Zahlung der regelmäßigen Soldsätze hinreichten, genügten nicht zur Bestreitung so kostspieliger Sonderforderungen, wie es die Reorganisation des Anholtschen Heeres war; darüber täuschte sich Ferdinand nicht. Wollte er also die Mißstände behoben sehen und eine leistungsfähige Verteidigungsmannschaft zu seiner Verfügung haben, so mußte er auf einem anderen Wege zum Ziele gelangen. Darum hatte er zunächst während seines Aufenthalts in Regensburg ein ligistisches Hilfsgesuch an den Kaiser mit dem Erfolg unterstützt, daß dieser Mitte Dezember 1622 den Abmarsch des sächsischen und holsteinischen Regiments zum Ligaheere an-

[1]) Forst, Urk. 91.
[2]) Weskamp, Heer der Liga, S. 178.
[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 94f., S. 153ff., S. 166.
[4]) Götz, S. 169, Anm. 2, S. 170, Anholt an Tilly, 28. Mai 1623.

ordnete[1]). Zugleich war Ferdinand auch bestrebt gewesen, aus Tillys Heere einige Abteilungen für das Stift Münster heranzuziehen[2]), in der Hoffnung, daß in der Wetterau, wo die Tillysche Armee in Winterquartieren lag, leicht die in Westfalen nötigen Regimenter entbehrt werden könnten. Die Reserven von dort hatte ihm die Münchner Regierung vermitteln sollen. Weil aber hier die Abwesenheit eines großen Teiles der Hofbeamtenschaft mancherlei Unregelmäßigkeit in der Leitung der Geschäfte verursachte und die gesamte Arbeitslast allein auf den Schultern des Grafen Johann von Hohenzollern ruhte[3]), so war der Zeitpunkt für das kurkölnische Anliegen nicht sehr glücklich gewählt. Trotzdem hatte sich Hohenzollern bemüht, Tilly zur Absendung einiger Formationen zu bewegen. In erster Linie waren von ihm Anstalten dafür getroffen worden, daß dem General Ersatz geboten werden konnte für die Söldner, die er aus seinem Heere nach Münster schicken sollte. Für die Beschaffung der Ergänzungstruppen hatte Hohenzollern das damals gerade wohlgerüstete Kriegsvolk des schwäbischen Kreises in Aussicht genommen[2]), aber der ganze Plan war zuletzt an dem Widerstande des Herzogs von Württemberg gescheitert, der nicht zugeben wollte, daß das schwäbische Kreisvolk in die Dienste der Liga trat[4]). Da nun Hohenzollern über Tilly keine Macht besaß, um ihn zur Absendung des verlangten Hilfsheeres zu bestimmen[2]), so fanden die Wünsche Ferdinands keine Berücksichtigung, obwohl auch Anholt selbst von Maximilian 3000 Mann zur Verstärkung seiner Streitmacht gefordert hatte[5]).

[1]) Götz, S. 59, Anm. 1; Tophoff, N. F. IV, S. 327, der Kaiser an Kurköln, 5. Februar 1623.

[2]) Forst, Urk. 89, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 1. Januar 1623.

[3]) Forst, Urk. 87, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 3. Dezember 1622; Urk. 89.

[4]) Forst, Urk. 89, NB.; vgl. Götz, S. 8, Anm. 1.

[5]) Götz, S. 72f., Maximilian stellte die Absendung einer Verstärkung für Anholt Tillys eignem Ermessen anheim, d. h. er tat nichts, um Tilly zugunsten der Wünsche des Kurfürsten Ferdinand zu beeinflussen; nur im Falle eines Angriffes auf Anholt sollte Tilly Hilfe bringen, im übrigen sollte er dem Schutze Oberdeutschlands dienen. Vgl. auch Götz, S. 81, Maximilian an Tilly, 24. Februar 1623; S. 99, bayrische Kriegsräte an Maximilian, 21. März 1623. Über ein Hilfsgesuch Ferdinands an die Infantin und Spinola vgl. Weskamp, Heer der Liga, S. 137.

Es blieb also alles beim alten. Vom Feinde zum Teil besetzt und im übrigen andauernd bedroht, von den einquartierten Truppen der katholischen Heere erbarmungslos ausgeraubt und mißhandelt, waren die westfälischen Stifter des Kurfürsten ihres Wohlstandes auf Jahre hinaus beraubt[1]). Überall herrschte auf dem platten Lande Not und Elend, eine Einziehung der laufenden Tafel- und Kammergefälle war weder in Münster noch Paderborn und im Herzogtum Westfalen möglich[1]), und da das Stift Hildesheim außer den Belästigungen durch die Mansfelder auch noch die Einquartierung von dreizehn Halberstädtischen Kompagnien und eine hohe Kontribution über sich ergehen lassen mußte[2]), da ferner Kurköln und Lüttich unter spanischen Quartierlasten litt, so traf Ferdinand bei seiner Heimkehr aus Regensburg den größten Teil seiner Gebiete in fast völliger Auflösung an, und er sah sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, Ordnung zu schaffen und der gänzlichen Zerrüttung vorzubeugen.

Der beklagenswerte Zustand der Stiftslande machte sich für den Kurfürsten vornehmlich in einer empfindlichen Geldnot bemerkbar. Seine dringendste Pflicht war es daher, die noch vorhandenen finanziellen Kräfte seiner Stifter festzustellen und die daraus sich ergebenden Mittel flüssig zu machen, damit er seinen Verbindlichkeiten nachkommen konnte. Am meisten drückte ihn ein Betrag, den er in Regensburg von seinem Bruder in der Höhe von 30 000 Reichstalern geliehen hatte. Diese Summe wurde jetzt sehr energisch zurückverlangt[1]). Maximilian hatte mit ihrer Eintreibung den Kriegskommissar Hans Ulrich von Burhus beauftragt, der im Mai 1623 seine Forderungen dem Erzbischof unterbreitete. Wie bei dem so raschen Niedergang der kurkölnischen Territorien zu erwarten gewesen war, zeigte sich Ferdinand nur wenig zugänglich. Er erklärte, die ganze Summe nicht abliefern zu können, war jedoch bereit, die Schuld in Raten zu begleichen. Als erste Teilzahlung wollte er dem Kriegskommissar 15000 Reichstaler sofort zustellen, doch nur unter der Bedingung, daß davon dem Regiment Blanckart in Paderborn ein Monatssold ausgezahlt werde. Die andere Hälfte

[1]) Forst, Urk. 91.
[2]) Götz, S. 125, Maximilian an den Kaiser, 15. April 1623.

hoffte der Kurfürst, ohne sich einen Termin für die Tilgung der ganzen Summe zu setzen, in Teilzahlungen von 1000—3000 Reichstalern nach und nach aufzubringen[1]). Maximilian mochte wohl einsehen, daß sein Bruder nicht mehr leisten konnte, deswegen war er mit der vorgeschlagenen Regelung der Geldangelegenheit zufrieden und nahm als erste Abschlagszahlung die Summe von 15000 Reichstalern in Empfang, worauf dann noch im Juni 1623 eine zweite Rate folgte[2]), mit welcher der Beweis erbracht wurde, daß der Erzbischof bei diesem Darlehnsgeschäft ernstlich auf Erfüllung der brüderlichen Wünsche bedacht war.

Viel weniger Bereitwilligkeit brachte jedoch Ferdinand den anderen Forderungen seines Bruders entgegen, die sich auf seine Rückstände bei der Ligakasse bezogen. Hier sträubte er sich ganz entschieden, seine Schuld überhaupt nur anzuerkennen[1]); er war vielmehr der Ansicht, daß er im Winter 1622/23 aus eignen Mitteln und denen seiner Untertanen genug an barem Gelde und Lieferungen zum Unterhalt der eingelagerten Ligatruppen beigetragen habe; und da die Einwohner von Münster und Paderborn noch Ende Mai 1623 täglich Beisteuern für das Heer leisten mußten, hielt er es für billig, wenn ihm die finanziellen Ausfälle, die durch die Anwesenheit des Anholtschen Heeres in Westfalen verursacht worden waren, auf seine Rückstände bei der Ligakasse angerechnet wurden, mit anderen Worten, er lehnte alle Forderungen der Liga ab. Daher verwahrte er sich auch gegen jeden Versuch, den der Kriegskommissar von Burhus machte, ihn zur Bezahlung der im Januar 1622 angeworbenen Truppen zu nötigen. Allerdings wollte Maximilian jetzt den Sold für 1000 Reiter aus den Kompagnien Nivenheims und Neersens bewilligen; aber dann wäre dem Kurfürsten immer noch die Bezahlung des ansehnlichen Restes der aus 14 Kompagnien bestehenden Truppe zugefallen, wie er auch die Besoldung des Blanckartschen Regimentes aus eignen Mitteln bestreiten sollte[3]). Bei dem Protest

[1]) Forst, Urk. 91.

[2]) Forst, Urk. 95, Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 2. Juli 1623.

[3]) Vgl. oben S. 25, S, 30, S. 32; Forst, Urk. 91; Weskamp, Heer der Liga, S. 69ff.

gegen diese unrechtmäßigen Zumutungen berief sich Ferdinand auf das schon erwähnte Schreiben Maximilians vom 18. Januar 1622. Ferner stützte er seinen Einspruch gegen die Zuschiebung der Kosten durch einen Hinweis darauf, daß die Reiter nur bis zum Mai des Jahres 1622 zum Verteidigungsheere des Stiftes gehört hatten, dann aber dem Heere Tillys in der Unterpfalz und später der Anholtschen Armee zugeteilt worden waren[1]). Ferdinand hatte sie auch nie als seine eignen Truppen betrachtet; darum war er voll berechtigt gewesen, sich seiner Zeit den Erpressungsversuchen der Holländer zu widersetzen[2]). Wenn er nun nachträglich die Besoldung jener Truppen übernahm, dann standen neue Forderungen der Holländer zu befürchten, und daß Maximilian durch Behauptung seiner Ansprüche solche Gefahren für die kurkölnischen Stifter heraufbeschwören würde, wollte Ferdinand nicht glauben. Er hoffte im Gegenteil, daß sein Bruder in Berücksichtigung der allgemeinen Notlage, in der sich die kölnischen Territorien befanden, nachgeben und die fraglichen Regimenter aus der Ligakasse besolden würde[3]).

Aber trotz aller Einwände ließ der bayrische Kurfürst von dem Guthaben der Ligakasse nichts nach. Er mahnte seinen Bruder wegen der rückständigen Quoten im Juni[4]) und verlangte sogar noch Proviantlieferungen für Anholt[5]). Nun blieb dem Erzbischof nichts übrig als den Standpunkt der unbedingten Zahlungsverweigerung aufzugeben. Um die Forderungen der Ligakasse wenigstens teilweise zu befriedigen, entschloß er sich, im Stift Münster einen Landtag zu berufen und hier die Gewährung der notwendigen Barmittel zu beantragen[6]). Der Graf von Wartenberg, der den Kurfürsten auf dem Landtage vertrat, bestimmte die Stände zur Bewilligung von 25000 Reichstalern, die Anholt zur Bezahlung seiner Söldner zugewiesen wurden, wobei sich dieser jedoch verpflichten mußte, dem Kontributionsunwesen in Zukunft zu steuern und bei seinen

[1]) Forst, Urk. 91.
[2]) Vgl. oben S. 32 f.
[3]) Forst, Urk. 91 und Weskamp, Heer der Liga, S. 256.
[4]) Weskamp, Heer der Liga, S. 248.
[5]) Götz, S. 203, Anm. 1, S. 205, Protokoll des Sekretärs König vom 13. Juni 1623 und die Antwort Richels.
[6]) Weskamp, Heer der Liga, S. 248ff.

Soldaten auf strengste Zucht zu halten[1]). So hatten die kurfürstlichen Untertanen in Münster für ihre Opferwilligkeit wenigstens Hoffnung auf Besserung ihrer Lage, und Ferdinand glaubte, daß sein Bruder jetzt in bezug auf die übrigen Rückstände etwas mehr Nachsicht üben würde[1]). Aber auch diesmal wurde er enttäuscht, denn Maximilian mahnte ihn am 12. Juli[2]) und 1. August[3]) aufs neue, obwohl er wußte, daß inzwischen auch spanisches Militär mit Quartieransprüchen aufgetreten war und im Herzogtum Westfalen Unterkommen verlangt hatte[1]). Dazu drängte auch der Kurfürst von Mainz als Direktor des rheinischen Ligakreises auf Tilgung der Schulden bei der Bundeskasse. Ihm antwortete Ferdinand, wahrscheinlich im Hinblick auf die Erfolge des Landtages in Münster etwas großsprecherisch, daß er innerhalb 14 Tagen „beinahe an die 50 000 Rt." zunächst in bar, den Rest in Munition und Waffen abliefern werde[4]), im übrigen aber lehnte er jede weitere Zahlung ab, weil er kaum selbst sein Auskommen hatte[5]). Natürlich weigerte er sich nach der Aufbringung der 25000 Reichstaler erst recht, die im Januar 1622 angeworbenen Truppen ferner zu unterhalten[1]). Er verhandelte mit seinem Bruder brieflich über die Angelegenheit[6]), gleichzeitig beauftragte er Wartenberg, sich mit Hohenzollern in derselben Sache ins Einvernehmen zu setzen[7]), und schließlich trat er persönlich mit dem bayrischen Obersthofmeister in Verbindung. Er deutete diesem an, daß solche Fürsten an der Deckung der Kriegskosten in höherem Maße beteiligt werden sollten, deren Gebiete durch den Krieg weniger gelitten hätten als die seinen[8]). Allem Anschein nach spielte er in diesem Zusammenhange auf Bayern an, das im ganzen Kriegsverlaufe unversehrt geblieben war. Aber auch das verfing nicht. Der Kurfürst hörte von der Ligaleitung nur Klagen über die drückende Finanznot, mit der Maximilian wegen

[1]) Forst, Urk. 95, Wartenberg an Hohenzollern, 2. Juli 1623.
[2]) Weskamp, Heer der Liga, S. 248.
[3]) Götz, S. 234, Anm. 1.
[4]) Götz, S. 237, Anm. 1, Kurköln an Kurmainz, 9. Juli 1623.
[5]) Götz, S. 303, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 6. August 1623.
[6]) Forst, Urk. 91.
[7]) Forst, Urk. 91, 95, 100.
[8]) Forst, Urk. 102, Johann von Hohenzollern an Kurköln, 2. Oktober 1623.

des Geizes der Ligamitglieder so sehr zu kämpfen hatte, daß er sich mit Abdankungsplänen trug[1]).

Wahrscheinlich war der Hinweis auf die Möglichkeit eines Rücktritts Maximilians als ein Einschüchterungsversuch gedacht, aber auch er war wirkungslos, denn Ferdinand stritt weiter um sein Recht. Seiner Meinung nach konnte es nur auf einem Mißverständnis beruhen, daß sein Bruder ihn noch fernerhin mit den fraglichen Regimentern belasten wollte[2]), und er ließ sich weder durch Tilly, der in September 1623 das Regiment Blanckart als nicht zur Liga gehörig bezeichnete[3]), noch durch Hohenzollern belehren, der sich im Oktober recht pessimistisch über die Aussichten der kurkölnischen Bestrebungen äußerte[1]). Dieser unerschütterlichen Beharrlichkeit gegenüber lenkte Maximilian endlich ein; im November 1623 übernahm er die Truppenteile von Nivenheim, Neersen und Blanckart in das Ligaheer und forderte zugleich eine Aufstellung über die Ausgaben ein, die der kurkölnischen Kammer durch den Unterhalt dieser Truppen entstanden waren[4]). Offenbar wollte er die Summe, die Ferdinand für jene Regimenter aufgewandt hatte, mit dem kölnischen Rückstand bei der Ligakasse ausgleichen; und wenn er auch später diese lästige Angelegenheit noch einmal berührte[5]), so scheint Ferdinand doch seinen Willen durchgesetzt zu haben, denn er lieferte im Jahre 1623 nur 2488 fl. an die Rechnungsstelle ab, während er in den Jahren 1624 und 1625 überhaupt keinen Beitrag bezahlte; und auch in den folgenden Jahren wies er keine Summen an, die zur Tilgung seiner hoch aufgelaufenen Schulden genügt hätten[6]).

Die Besetzung der Emslande durch Mansfeld, die ligistische und spanische Einquartierung in allen Stiftern und der Aufstand der Städte in Münster[7]) hatten im Herbst und Winter 1622/23

[1]) Götz, S. 235, Maximilians Instruktion für Dr. Leucker, 12. Juli 1623; Forst, Urk. 102.

[2]) Forst, Urk. 95.

[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 341, Anm. 3.

[4]) Weskamp, Heer der Liga, S. 341.

[5]) Vgl. unten S.

[6]) Götz, Forschungen zur Gesch. Bayerns XII, S. 109ff.

[7]) Weskamp, Heer der Liga, S. 183ff. und Forst, Urk. 93 und 94. Die rebellischen Städte verloren alle ihre politischen und religiösen Freiheiten.

das ihrige zur Zerrüttung der kurkölnischen Finanzen getan, und was diese Stürme überdauerte, das ging verloren bei den weiteren kriegerischen Ereignissen im Sommer und Winter 1623. In der bestimmten Erwartung der letzten Entscheidung gegen Mansfeld und den Halberstädter war der Kurfürst im Mai zu Aschaffenburg mit Tilly, Johann Schweikard und dem bayrischen Geheimen Rat Dr. Leucker zu einem Kriegsrat zusammengetroffen, bei dem er in Übereinstimmung mit Tilly und Kurmainz verlangte, daß das Ligaheer sofort an die Weser vorrücken sollte, um von dort Christian von Halberstadt sowohl nach Westfalen als auch nach der Oberpfalz den Weg zu verlegen[1]). Allerdings war Ferdinand, wenn er Tilly in seinen Plänen unterstützte, in Gegensatz zu Maximilian getreten, der durch Dr. Leucker und zwei Kuriere nach Aschaffenburg hatte melden lassen, daß Tilly seine Quartiere nicht eher aufgeben dürfe, als bis er vom Herzog Christian d. Ä. von Celle um Beistand gebeten würde[2]). Aber die Ungewißheit über die Ziele des Administrators hatte ihn veranlaßt, jeden Aufschub von Tillys Abmarsch aus der Wetterau zu bekämpfen, und es war ihm auch gelungen, die Bedenken, die sein Bruder wegen der Haltung des niedersächsischen Kreises hegte, zu zerstreuen; denn Maximilian erkannte nachträglich den in Aschaffenburg entworfenen Kriegsplan als zweckentsprechend an[3]).

Da der Halberstädter sein Heer unablässig verstärkte, war es Tillys Hauptstreben, während seines Vorrückens möglichst viel Truppen an sich zu ziehen. Hierbei wurde ihm von Ferdinand jeder gewünschte Vorschub geleistet. So gab der Kurfürst auf Verlangen Maximilians 1000 Reiter von seinen Stiftstruppen ab[4]). und ohne darauf zu achten, daß er sein Gebiet stark entblößte, hatte er auch gegen den Abzug Anholts aus Münster nichts einzuwenden, den Kurfürst Maximilian zuletzt sehr dringend for-

[1]) Götz, S. 155, Anm. 1, Tilly an Maximilian, 9. Mai 1623; S. 158f., Bericht über den Kriegsrat zu Aschaffenburg, 6. Mai 1623; S. 163, Kurköln an Maximilian, 14. Mai 1623; Schreiber, S. 301.

[2]) Götz, S. 147, Anm. 2, die bayrischen Kriegsräte an Maximilian, 5. Mai 1623. und S. 163

[3]) Götz, S. 163, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 15. Mai 1623.

[4]) Götz, S. 174, Anm. 1.

derte[1]). Von verschiedenen Seiten zwar war die Verwendung der Anholtschen Truppen im Heere Tillys widerraten worden[2]), aber da der Ligageneral Ferdinands Vertrauen unbedingt genoß, hatte er von dieser Seite keinen Widerstand zu gewärtigen.

Unterdessen war Ferdinand auch bei Spanien wegen eines Hilfsheeres vorstellig geworden. Bereits während seines Aufenthalts in Aschaffenburg hatte er sich mit Kurmainz an die Infantin gewandt, um bei ihr eine Unterstützung zu erlangen, und am 12. Mai war sein gerade in Brüssel anwesender Gesandter Arnold von Wachtendonk zum gleichen Zweck von ihm angewiesen worden, der Infantin den Inhalt der Aschaffenburger Beschlüsse zu übermitteln[3]). Ebenso hatte der „kurkölnische Stallmeister" Mitte Mai Cordova in derselben Sache angehen müssen, wobei er fürs erste eine zufriedenstellende Auskunft erhielt[4]). Als aber Ferdinand später auf Bitten Tillys einen neuen Gesandten an Cordova und die Infantin abfertigte, wollte der spanische Kommandant plötzlich ohne genaue Vorschriften aus Brüssel nichts Bestimmtes versprechen[5]). Auch die Infantin war schwankend geworden. Nachdem sie zuerst nicht abgeneigt gewesen war, Cordova mit dem Schutze der kurkölnischen Länder zu beauftragen, knüpfte sie ihre Einwilligung einige Zeit darauf an eine Reihe erschwerender Bedingungen, aus denen hervorging, daß sie das Heer Cordovas nicht ohne Not einem Kampfe aussetzen wollte[6]). Endlich aber willigte sie doch in den Wunsch ihrer Verbündeten ein und ließ Cordova einen Befehl zugehen, nach dem dieser die Verteidigung der kurkölnischen Länder zu übernehmen hatte[7]). Von dem Inhalt dieses Befehles wurde der Kurfürst in Kenntnis gesetzt, der seinerseits sofort Anholt davon benachrichtigte[7]), um so den Widerstand zu brechen, den dieser vorläufig noch gegen die Ausführung des Tillyschen Feldzugsplanes leitete[8]).

[1]) Götz, S. 199, Maximilian an Tilly, 2. Juni 1623; vgl. Weskamp, Heer der Liga, S. 277.
[2]) Götz, S. 199, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 4. Juni 1623.
[3]) Götz, S. 158, Anm. 2.
[4]) Götz, S. 184, Anm. 2, Tilly an Maximilian, 18. Mai 1623.
[5]) Götz, S. 184, Tilly an Kurköln, 30. Mai 1623.
[6]) Götz, S. 184, Anm. 2, S. 185.
[7]) Forst, Urk. 94, Anholt an Wartenberg, 1. Juli 1623.
[8]) Forst, Urk. 94 und Weskamp, Heer der Liga, S. 278.

Der bayrische Feldmarschall hatte dazu allerdings seine guten Gründe. Zunächst war sein Verhältnis zu Ferdinand überhaupt ein sehr gespanntes, seit dieser von Maximilian das Recht erhalten hatte, im Heere Anholts eine Art von Oberaufsicht zur Erreichung einer strengeren Manneszucht zu führen[1]). Eine solche Bevormundung war dem an selbständiges Handeln gewöhnten Kommandanten äußerst lästig, und da er ferner unter dem Soldmangel und der Proviant- und Munitionsnot zu leiden hatte[2]), zeigte er wenig Lust, die Wünsche der obersten Heeresleitung zu erfüllen; ja er war durch die Vorwürfe, die er immer wieder wegen der Zuchtlosigkeit seiner Truppen zu hören bekam, in seinem Ehrgeiz so tief gekränkt, daß er sein Abschiedsgesuch bei Maximilian einreichte[3]). Als der Kölner Kurfürst von den Rücktrittsabsichten Anholts hörte, führte er sie auf die übermäßige Empfindlichkeit des Grafen zurück und behauptete von ihm, er könne die Wahrheit nicht vertragen genau so wie Tilly, der auch durch seine — Ferdinands — Einmischung in Disziplinarangelegenheiten des Ligaheeres unangenehm berührt worden sei[4]). Mit solchen Reibereien war dem allgemeinen Wohle nicht gedient. Der verstimmte Anholt, der auf Betreiben des Kurfürsten Maximilian schließlich in seiner Stellung blieb[2]), wollte seine Quartiere auf keinen Fall eher verlassen, als ihm Geld und Waffen zugestellt waren[5]). Die Summe, die im Mai durch den Kriegskommissar von Burhus an ihn zur Auszahlung gelangte und auch die 25000 Reichstaler, die die Stände von Münster für sein Heer bewilligt hatten, waren gänzlich unzureichend, denn Anfang Juli litt das Heer in Münster wieder unter dem alten Übel des Soldmangels, was Ferdinand bestimmte, den münsterischen Ständen die gewährten 25000 Reichstaler später aus seiner Tasche zurückzuerstatten, weil Anholt die an ihre Auszahlung geknüpfte Bedingung der besseren Heereszucht nicht zu erfüllen in der Lage gewesen war[6]).

---

[1]) Götz, S. 135, Maximilian an Tilly, 25. April 1623.

[2]) Götz, S. 169, Anm. 2; Forst, Urk. 94.

[3]) Götz, S. 167, Nachschr. Maximilian an Tilly, 14. Mai 1623.

[4]) Götz, S. 167, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 13. Mai 1623. Auch im Tillyschen Heere, soweit es im kurkölnischen oder benachbarten Gebiet stationiert war, stand dem Kurfürsten Ferdinand ein gewisses Aufsichtsrecht zu.

[5]) Forst, Urk. 94.

[6]) Weskamp, Heer der Liga, S. 332

In Anbetracht dieser Mißstände zweifelte man im ligistischen und spanischen Lager überhaupt an der Verwendungsfähigkeit der Anholtschen Truppen, und es fehlte besonders unter den bayrischen Kriegsräten nicht an Männern, die eine Vereinigung der Anholtschen Armee mit dem ligistischen Hauptheere als unzweckmäßig bezeichneten, weil die kurkölnischen Territorien dadurch einem Überfall Mansfelds verteidigungslos preisgegeben würden[1]); aber sie kamen nicht zur Geltung, da Maximilian und Ferdinand alles dem Ermessen Tillys überließen[2]) und da dieser auf eine Vereinigung mit Anholt um so dringender bestand, je näher der Augenblick der Entscheidung rückte[3]). Gleichwohl blieb Anholt noch den ganzen Juli in seiner Stellung. Erst am 30. Juli zog er die Garnisonen der Städte um Warendorf zusammen[4]), so daß Tilly in große Besorgnis versetzt wurde, weil er befürchtete, daß die bayrische Armee aus Münster gar nicht oder zu spät zu ihm gelangen würde[5]).

Als Grund für die Verzögerung seines Aufbruches führte Anholt außer dem Mangel an allem Notwendigen die Vorbereitungen an, die Mansfeld dem Anschein nach zu einem Vorstoß nach Süden traf[6]). Offenbar dachte der feindliche Oberbefehlshaber jetzt ernsthaft an die Aufgabe seiner Quartiere. Nur wußte niemand, was er eigentlich im Schilde führte. Seine Söldner setzten sich sengend und brennend in Bewegung, wobei sie u. a. das dem Kurfürsten Ferdinand gehörige Schloß Kloppenburg in Asche legten[7]). Solche Ausschreitungen war man allerdings von den Mansfeldern gewöhnt, aber man hatte sie vielleicht jetzt weniger erwartet, weil der Graf ein Abkommen, über das er seit dem Frühjahr 1623 mit den Katholiken im Reiche verhandelte, zum Abschluß bringen

---

[1]) Götz, S. 203, Anm. 1, Protokoll vom 13. Juni 1623. Auch Spinola riet ab, S. 232f., Morraeus (kurkölnisch-bayrischer Agent in Brüssel) an Maximilian, 8. Juli 1623, ebenso Cordova, S. 199, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 4. Juni 1623.

[2]) Götz, S. 203, Anm. 1; Forst, Urk. 97, Anholt an Wartenberg, Mitte Juli 1623.

[3]) Götz, S. 230, Anm. 2, Tilly an Anholt, 8., 10., 12. Juli 1623.

[4]) Die Geschichtsquellen des Bistums Münster III, S. 251.

[5]) Götz, S. 240, Tilly an Maximilian, 15. Juli 1623.

[6]) Forst, Urk. 96, Anholt an Wartenberg, 13. Juli 1623.

[7]) Götz, S. 215, Anm. 2, Kurkölns Bericht vom 4. Juli 1623.

wollte[1]). Diese Bemühungen hingen mit dem Dienstvertrag zusammen, den er mit Frankreich, Venedig und Savoyen eingegangen war[2]). Auf Grund des Vertrages sollte er auf einem südlichen Kriegsschauplatz Verwendung finden, doch war es unmöglich, seine Truppen dorthin zu führen, wenn er vom Erzbischof Ferdinand nicht die Erlaubnis zum Marsch durch seine Stiftsgebiete erhielt[3]). Zu diesem Zwecke nahm er mit Anholt Fühlung[4]), der nun sofort an Ferdinand Bericht erstattete. Gleichzeitig benutzte Anholt die Gelegenheit, um von Mansfeld die Räumung Münsters zu fordern, weil eine solche in Kurköln die Erwägung der Mansfeldschen Pläne erleichtern werde[5]). Statt aller Antwort aber rüstete Mansfeld stark zum Aufbruch, weswegen sich Anholt genötigt sah, seine Vereinigung mit Tilly bis zum äußersten Termin aufzuschieben[5]). Erst als die häufigen Marschbefehle Tillys jedes fernere Verweilen absolut ausschlossen, bereitete Anholt seinen Stellungswechsel vor. Aber ehe es zum Aufbruch kam, hielt er es für seine Pflicht, bei Cordova darauf hinzuwirken, daß dieser Münster besetzte[6]); auch mahnte er den Kurfürsten Ferdinand sich um die Herbeiführung des spanischen Heeres zu bemühen[7]), weil er selbst nur eine Schutzmannschaft von 1000 Mann im Stift Münster zurücklassen konnte[8]).

Aus den Tatsachen, die Anholt über Mansfelds Vorhaben nach Kurköln mitgeteilt hatte, war zu entnehmen, daß der bayrische Kommandant die Ehrlichkeit des Söldnerführers sehr in Zweifel stellte. Auch Maximilian beurteilte die Angelegenheit ganz in diesem Sinne und war von der Notwendigkeit einer Verfolgung Mansfelds überzeugt[9]). Ebenso stand Ferdinand den Zumutungen sehr skeptisch gegenüber. In seiner Umgebung herrschte die Meinung, „es seint alles nur inventiones vom Mansfelder, die catho-

[1]) Götz, S. 153, Vaugy an Dr. Jocher, 3. Mai 1623.
[2]) Opel I, S. 489.
[3]) Forst, Urk. 95.
[4]) Forst, Urk. 96, Urk. 99, Anholt an Wartenberg, 27. Juli 1623.
[5]) Forst, Urk. 96.
[6]) Forst, Urk. 97, Urk. 99.
[7]) Forst, Urk. 97.
[8]) Forst, Urk. 94; nach Götz, S. 203, Anm. 1, S. 205, Maximilian an Tilly, 21. Juni 1623, sollte auf Maximilians Wunsch das Regiment Blanckart zurückbleiben.
[9]) Götz, S. 234, Maximilian an Kurköln, 11. Juli 1623.

lische unierte irr zu machen“[1]). Trotzdem wollte Ferdinand anfänglich die Angebote nicht ohne weiteres übergehen, denn er glaubte, auf dem König von Frankreich Rücksicht nehmen zu müssen, wenn sich Mansfeld in französischen Diensten befand. Aus diesem Grunde fragte er bei seinem Bruder an, erfuhr aber, daß der Angriff auf Mansfeld ebenso beschlossene Sache sei, wie der auf Christian von Halberstadt und daß Frankreichs Einwände dabei keine Rolle spielten, weil von dort eine Bestätigung der Angaben Mansfelds nicht eingelaufen wäre[2]). Da der Kurfürst außerdem noch hörte, daß Maximilian den König von Frankreich über seine Maßnahmen gegen Mansfeld unterrichtet hatte[2]), so gab er seine Bedenken auf und schloß sich der Ansicht seines Bruders an.

Inzwischen hatte Christian von Halberstadt die Feindseligkeiten gegen Tilly begonnen[3]). Gezwungen durch die Mehrheit der niedersächsischen Stände, die sich den Tillyschen Repressalien fügten, mußte er vom Kreisgebiet weichen. Am 23. Juli war er bereits im Osnabrückischen, von wo er seinen Weg in das Münsterland nahm, um hier zu Mansfeld zu stoßen. Dieser war am 26. Juli mit seinem Heere aufgebrochen. Da er jedoch bei Rheine im Stift Münster von Frankreich plötzlich den Befehl zur Einstellung seines Vormarsches erhielt, änderte auch Christian von Halberstadt seinen Plan, indem er nördlich an der Stadt Münster vorüber quer durch das Stiftsgebiet die holländische Grenze zu erreichen suchte. Aber Tilly war ihm mit geringem Abstand gefolgt, und nachdem er am 4. August Anholt mit seiner Armee bei Greven an sich gezogen hatte, holte er den eilig abrückenden Christian ein und schlug ihn am 6. bei Stadtlohn.

Durch diesen Erfolg wurden die Stifter des Kurfürsten Ferdinand vor den Drangsalen einer abermaligen feindlichen Okkupation bewahrt, aber die Entscheidung war auf münsterischem Gelände gefallen, was mit den ihr vorhergehenden Märschen der beteiligten Heere eine schwere Prüfung der berührten Gebiete be-

[1]) Forst, Urk. 95.

[2]) Götz, S. 234; vgl. S. 137, Anm. 1, Maximilian an Kurmainz, 26. April 1623; S. 227, Anm. 1, Maximilian an Kütner, 18. Juli 1623.

[3]) Götz, S. 239, Tilly an den Kaiser, 14. Juli 1623.

deutete. Dazu stand nach der Schlacht das gesamte Ligaheer vermischt mit kaiserlichen Truppen[1]) auf münsterischem Boden und mußte aus den Mitteln des Stiftes verpflegt werden, weil die Zufuhr von Süden teils durch den Landgrafen von Hessen-Kassel gesperrt wurde, teils infolge von Transporthindernissen nicht an ihren Bestimmungsort gelangen konnte[2]). Außerdem war auch Cordova in das Stift Münster eingerückt, ohne freilich auf dem Kampfplatz rechtzeitig zu erscheinen, er bezog aber doch Quartiere im Stift[3]), und wenn er sich auch nicht lange aufhielt, so vergrößerte er die Not der Stiftsuntertanen eine Zeitlang ganz erheblich. Auch nach seinem Abzug aus dem Stiftsgebiet blieben seine Söldner eine stete Gefahr für die kölnischen Untertanen in Münster, da sie in der Nähe des Stiftes einquartiert wurden und bei seinen Plünderungszügen häufig über die Grenze kamen[4]), während gleichzeitig im Süden das mit der Belagerung der Festung Lippstadt beschäftigte spanisch-neuburgische Kriegsvolk sich oft in derselben Weise verging[5]).

Tilly stand mit seinem Heere am 10. August noch in Stadtlohn und hatte große Not, seine Armee wegen der vollständigen Erschöpfung der Einwohner im Stiftsgebiete zu verproviantieren. Darum bat er Maximilian auch jetzt schon um eine Anweisung für die Winterquartiere und riet dabei, einen Teil des Ligaheeres in spanische Dienste treten zu lassen. Auch Verhaltungsmaßregeln gegen Mansfeld waren ihm erwünscht[6]). Ehe jedoch neue Anordnungen aus München eintrafen, rückte er auf Meppen vor, konnte hier, ohne vom Feind belästigt zu werden, einziehen und in Verfolgung des Feindes sogar noch in die Grafschaft Oldenburg vordringen[7]). Damit hatte er eine Basis zum Angriff auf Mansfeld in Ostfriesland gefunden, wo dieser, geschützt durch unwegsame Sümpfe und künstlich erzeugte Überschwemmungen, den einzigen

[1]) Khevenhüller X, S. 197.
[2]) Forst, Urk. 101; Weskamp, Heer der Liga, S. 306ff.
[3]) Weskamp, Heer der Liga, S. 295f.
[4]) Weskamp, Heer der Liga, S. 330.
[5]) Über die Beschwerden des Stiftes Münster durch Belagerung und Übergabe von Lippstadt vgl. Weskamp, Heer der Liga, S. 328ff.
[6]) Götz, S. 264f., Tilly an Maximilian, 10. August 1623.
[7]) Theatrum Europaeum S. 748.

Zugang von Oldenburg her bei Stickhausen und Leer besetzt hielt[1]).

Anholt hatte den Marsch nach Norden nur bis Kloppenburg mitgemacht; da hier beunruhigende Gerüchte bekannt wurden über eine in Holland bevorstehende Vereinigung Mansfelds mit den Resten des Heeres Christians von Halberstadt, so mußte er auf Befehl Tillys wieder zurückgehen. Am 27. August war er in Meppen und erwartete hier, stark unter den schlechten Verpflegungsverhältnissen leidend, weitere Anordnungen vom Oberstkommandierenden[2]). Dabei wurde das Elend der Bevölkerung von Tag zu Tag größer, und wie sehr auch der Landesherr wünschte, den Einwohnern seines bedrängten Bistums zu helfen, so mußten sich diese doch der bitteren Notwendigkeit fügen, solange Mansfeld nicht völlig unschädlich gemacht war. Freilich beschwerte sich Ferdinand, da von allen Seiten Verpflegungsmittel von ihm verlangt wurden, wiederholt bei seinem Bruder[3]), der ihn, wie schon berührt, zu allem Überfluß auch noch durch unablässige Geldforderungen in die Enge trieb. Auch verlangte der Kurfürst durch den bayrischen Geheimen Rat Johann Christoph von Tanner, der auf der Rückreise von Brüssel nach München Mitte September bei ihm weilte und sich mit eigenen Augen von dem traurigen Stande der Dinge überzeugen konnte, in München Abhilfe. Aber vorläufig trat keine nennenswerte Änderung ein; Maximilian versprach nur, die Einquartierung in den kölnischen Stiftern nach Möglichkeit zu beschränken[4]). Zuletzt kam die Auseinandersetzung zwischen den beiden Brüdern über die Verminderung der Besatzungstruppen im Stift auf die Regelung der Winterquartierfrage hinaus, die auch deswegen brennend wurde, weil Tilly infolge der Aussichtslosigkeit eines Angriffs auf Mansfeld Mitte September mit seinem Rückzug aus der Grafschaft Oldenburg begann[5]).

[1]) Götz, S. 327, Tilly an Maximilian, 20.—25. September 1623.

[2]) Forst, Urk. 101, Anholt an Wartenberg, 27. August 1623.

[3]) Götz, S. 303, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 9. u. 13. August 1623.

[4]) Ebenda, Kurköln an Maximilian, 18. September 1623, Maximilian an Kurköln, 26. September 1623; S. 350, Anm. 2, 19. September 1623; Weskamp, Heer der Liga, S. 318.

[5]) Götz, S. 298, Anm. 1, S. 327, S. 330, Anm. 2.

Nach Beendigung des Jahresfeldzugs war die weitere Verwendung und Unterbringung des Heeres immer ein Problem, das selten ohne Mühe gelöst wurde. Dies zeigte sich besonders im Herbst 1623. Um die Last der Erhaltung des gesamten Heeres für den Winter von der Liga abzuwälzen, beabsichtigte Maximilian einen Teil der Armee zeitweise an Spanien abzutreten. Er hatte zuerst vorgehabt, zur Erreichung seines Zweckes mit kaiserlicher Genehmigung als außerordentlichen Gesandten den Dompropst von Bocholtz nach Brüssel zu schicken[1]). Auch P. Hyacinth, der damals in den spanischen Niederlanden weilte, brachte unabhängig von Maximilian bei diesem und bei Ferdinand dieselbe Persönlichkeit in Vorschlag[2]). Schon war es soweit, daß Ferdinand die Instruktion für den Gesandten abfassen sollte[3]), da wurde das Projekt wieder aufgegeben, weil Maximilian vom Kaiser keine Antwort auf das Gesuch erhielt, in dem er um die Erlaubnis zur Absendung des Dompropstes gebeten hatte[4]). Die Reise des Gesandten war wohl auch nicht unbedingt notwendig gewesen, da bereits der schon oben erwähnte Johann Christoph von Tanner nach Brüssel unterwegs war[5]). Diesem hatte man allerdings, weil er vor der Schlacht bei Stadtlohn abgeschickt wurde, eine andere Aufgabe gestellt, aber er bekam jetzt neue Instruktionen, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trugen[6]). Danach sollte Cordova in Westfriesland dem Grafen von Mansfeld die Rückzugslinie nach Holland verlegen, während Spinola die Holländer zu beschäftigen hatte, damit sie Mansfeld nicht entlasteten; außerdem wurde eine Übernahme des Ligaheeres in die Dienste der Infantin beantragt. Zu dem letzten Punkte mußte Tanner bemerken, daß die Liga sonst zur Abdankung der Soldaten gezwungen wäre, wodurch sich die Holländer, wenn sie die entlassenen Söldner anwerben würden, sehr erheblich stärken könnten[7]). Als Tanner in Brüssel seine Vorschläge anbrachte, wandte Spinola dieselbe

[1]) Götz, S. 276, Maximilian an Donnersberg, 19. August 1623.
[2]) Götz, S. 276, Anm. 2, S. 277, P. Hyacinth an Maximilian, 19. August 1623.
[3]) Götz, S. 292, Anm. 3, S. 295, Gutachten Jochers, 28. August 1623.
[4]) Götz, S. 292, Maximilian an P. Hyacinth. 28. August 1623.
[5]) Götz, S. 283, Maximilian an Tilly, 21. August 1623.
[6]) Götz, S. 302, Anm. 1, Instruktionen vom 21. und 27. August 1623.
[7]) Götz, S. 283, Maximilian an Tilly, 21. August 1623.

Methode an, mit der er schon im Winter 1621/22 den Aufschub der Kriegshilfe in Kurköln erlangt hatte; er stellte Fragen, die Tanner selbständig nicht beantworten konnte[1]). Im übrigen riet der Spanier zur Verhinderung einer Vereinigung zwischen dem Halberstädter und Mansfeld in Holland, die Pässe gegen das Reich mit 5000 Mann zu Fuß und 1000 Reitern zu sperren und den größeren Teil des Ligaheeres am Rheine gegen Holland zu stationieren[2]). Mit dieser Auskunft kam Tanner zu Tilly und später zum Kurfürsten von Köln[3]). Der letztere war über die Haltung der Brüsseler Regierung höchst erbittert. Die Verhandlungen kamen ihm, je länger sie dauerten, um so verdächtiger vor. Empört protestierte er vor allen Dingen gegen Spinolas Vorschlag, die Hauptmasse des Ligaheeres am Rheine aufzustellen; der ganze Plan schien ihm nur darauf hinzuzielen, daß die Liga in einen Krieg mit Holland verwickelt werde. Nach seiner Meinung waren von den Spaniern weder Truppen noch Geld zu erwarten, und da bei einer Besetzung der Rheinlinie durch das Ligaheer vornehmlich seine Stiftsgebiete betroffen wurden, so verlangte er unwiderruflich von seinem Bruder, daß dem Ligaheere in anderen Territorien Quartiere beschafft werden sollten[4]).

Das Mißtrauen Ferdinands gegen Spanien steigerte sich infolge der neuen Verhandlungen wieder so sehr, daß er alle Maßnahmen, die von dort kamen, als Feindseligkeiten gegen sich auffaßte. Er durchschaute die spanischen Absichten und hatte ohne Zweifel recht, wenn er annahm, daß die Spanier das Ligaheer für ihre Zwecke gern in der Nähe haben wollten, ohne sich selbst damit zu belasten; denn stand das Ligaheer am Rhein, so konnte es bei einem holländischen Angriff auf die Niederlande immer noch zeitig genug in spanische Dienste genommen werden und mußte dazu durch seine bloße Gegenwart die Holländer schwer reizen, so daß offene Feindseligkeiten gegen die Ligamitglieder, in erster

[1]) Götz, S. 302f., Tanner an Maximilian, 2. September 1623.

[2]) Götz, S. 312, Maximilian an Tilly, 10. September 1623; S. 330, Anm. 2, die Infantin an Tilly, 10. September 1623.

[3]) Götz, S. 312, Anm. 2, Tilly an Maximilian, 9. September 1623; S. 303, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 18. September 1623.

[4]) Götz, S. 349, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 24. September 1623.

Linie natürlich gegen den Erzbischof von Köln, gar nicht ausbleiben konnten. Die Folge wäre dann ein Krieg zwischen der Liga und Holland gewesen, den man in Spanien längst wünschte und der aller Voraussicht nach auf kurkölnischem Gebiet zum Austrag hätte kommen müssen. An den Rhein durfte also vom Standpunkte Ferdinands aus gesehen das Ligaheer auf keinen Fall[1]).

Maximilian von Bayern hatte anfänglich große Neigung gehabt, dem Rate Spinolas zu folgen, da er immer noch hoffte, daß die Ligaarmee in spanischen Sold käme. Als sich aber Ferdinand so energisch gegen die Stationierung der Armee am Rheine verwahrte, erhielt Tilly Befehl, seinen Marsch nach dem Rhein nicht fortzusetzen[2]), obwohl in Brüssel vielsagende Versprechungen gemacht wurden, die sich gerade für die Sicherheit der kurkölnischen Stifter vor feindlichen Überfällen verbürgten[3]). Merkwürdigerweise übersandte Maximilian kurz darauf Tilly einen neuen Befehl, auf Grund dessen der schon nach Hessen vorrückende Feldherr wieder umkehren und seine Truppen ungefähr nach den Brüsseler Vorschlägen unterbringen sollte[4]). Er hob darin ausdrücklich hervor, daß die neuen Maßnahmen in der Hauptsache dem Schutze der kölnischen Stifter dienten und daß Ferdinand selbst nichts einzuwenden habe, wenn gute Zucht bei den einquartierten Kontingenten zugesichert würde. Mit der Behauptung vom Einverständnis Ferdinands jedoch war Maximilian zum mindesten etwas eigenmächtig gewesen, denn der Kölner Kurfürst hatte ihm gegenüber deutlich genug und wiederholt verlangt, daß die kölnischen Territorien mit Einquartierung für den kommenden Winter nicht belegt werden möchten. Nur in der äußersten Not hatte er sich zur Aufnahme einer kleinen Besatzung bereit erklärt, doch bedang er sich für diesen Fall „bessere ordinanz“ aus[5]), d. h. er wollte für den Winter eine gutdisziplinierte und wohlverpflegte Schutzmannschaft in seinen westfälischen

---

[1]) Götz, S. 349, Anm. 2, Kurkölns Mißtrauen in den Schreiben vom 7., 15., 25. Oktober und 5. November 1623.

[2]) Götz, S. 349, Maximilian an Kurköln, 3. Oktober 1623.

[3]) Götz, S. 342, Anm. 1, Morraeus an Maximilian, 30. September 1623.

[4]) Götz, S. 360, Maximilian an Tilly, 17. Oktober 1623.

[5]) Götz, S. 350, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 1. Oktober 1623.

Stiftern einquartieren, wenn sich überhaupt kein anderer Ausweg finden würde. Das war das einzige Zugeständnis, zu dem er sich herbeiließ. Mitte Oktober aber sollte plötzlich infolge des Rückmarschbefehls an Tilly mindestens die Hälfte des Ligaheeres im Westfälischen untergebracht werden, womit die geringe Konzession, die Ferdinand in der Quartierfrage gemacht hatte, ganz erheblich überschritten wurde. Sofort richtete daher Ferdinand an Tilly die Aufforderung, „mit der widerker einzuhalten", bis Kurfürst Maximilian andere Weisungen erteilt habe[1]), und zugleich sandte er einen geharnischten Protest nach München, in dem er die Notwendigkeit einer so starken Besatzung in Abrede stellte. Er beanspruchte im Gegenteil von neuem Quartierfreiheit für seine Stifter und war fest entschlossen, im Falle der Nichtgewährung sein Land zu verlassen und nach Bayern zurückzukehren, da ihm eine Behauptung seines Postens unter dem Druck einer so übermäßig umfangreichen Truppenbelastung unmöglich schien[1]). Diese Klagen und Drohungen des Kurfürsten verfehlten ihre Wirkung nicht. Zwar gab Maximilian seinem Bruder noch eine nachträgliche Erläuterung des Rückmarschbefehls[2]), aber schon am anderen Tage genehmigte er die Verteilung des Heeres endgültig, die Tilly bereits eingeleitet hatte[3]).

Ganz waren dabei die kölnischen Stifter freilich nicht verschont worden, doch kamen nicht entfernt soviel Truppen dort zur Einlagerung, wie nach den zuerst geäußerten Wünschen Maximilians hätten aufgenommen werden müssen. In dem Stift Münster bezogen die Reiter des Obersten Lindelo mit der Infanterie des Obersten Blanckart Quartier, an die sich einige Kompagnien vom Regiment Anholt und später die Truppen der Rittmeister Horion und Graf von Gronsfeld anschlossen. Im Bistum Paderborn wurde der ganze Artilleriepark und der Proviantstaat verteilt[4]). Obwohl dieser Bestand der Besatzungen im November auf ausdrücklichen Wunsch des Kurfürsten etwas verringert werden konnte[5]), blieb

[1]) Götz, S. 360, Anm. 1, S. 361, Kurköln an Maximilian, 25. Oktober 1623.

[2]) Ebenda, Maximilian an Kurköln, 30. Oktober 1623.

[3]) Götz, S. 359, Anm. 2, Maximilian an Tilly, 31. Oktober 1623.

[4]) Götz, S. 357f., Tilly an Maximilian, 16. Oktober 1623; vgl. Weskamp, Heer der Liga, S. 326ff.

[5]) Götz, S. 380, Anm. 2 (bei Götz verdruckt als Anm. 3), Anholt an Tilly, 5. November 1623; vgl. Weskamp, Heer der Liga, S. 341.

doch noch mehr Militär in den Stiftsgebieten zurück, als die Landschaft ohne Entbehrungen für die Untertanen zu ernähren in der Lage war. Glücklicherweise beschränkte sich die ligistische Einquartierung auf diese beiden Stifter Ferdinands, so daß die übrigen mit den Ligatruppen nicht in Berührung kamen. Hildesheim genoß hierbei den Vorteil seiner Lage im niedersächsischen Kreise, der ganz frei gehalten wurde, und das Erzstift wie das Bistum Lüttich hatten zwar spanische Abteilungen in ihren Landschaften, aber für das Ligaheer kamen sie als Quartiergebiet und als Proviantquelle so wenig in Betracht, daß die Stellung von 60 Fuhrwerken, die Maximilian vom Erzstift für den Transport von Verpflegungsmitteln im September verlangte, unter Hinweis auf 60 bereits von Münster gestellte Fuhren abgelehnt wurde[1]). Also waren es wieder die schon schwer geplagten Stifter Münster und Paderborn, in denen die ligistischen Söldner hausten und trotz Tillys strenger Gegenmaßregeln durch ihre Zügellosigkeiten und Roheiten die Bauern zur Verzweiflung brachten[2]). Immerhin waren die Opfer für Münster wenigstens nicht ganz zwecklos; das erfuhr Ferdinand in den letzten Dezembertagen des Jahres 1623, als Mansfeld vor seinem Rückzug aus Ostfriesland einen kühnen Vorstoß gegen das Stift wagte und von den Ligatruppen bei Friesoyte zurückgeworfen wurde.

Nach dem Abzug des Ligaheeres in die Winterquartiere war es die Hauptaufgabe der Ligaleitung, Geldmittel zur Bezahlung der auf die deutschen Landschaften verteilten Truppen flüssig zu machen. Kurfürst Maximilian war finanziell gänzlich erschöpft[3]) und konnte die berechtigten Ansprüche der Söldner nur erfüllen, wenn entweder von den Ligamitgliedern ganz außerordentliche Anstrengungen zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten gemacht wurden oder wenn Spanien, statt die Armee zeitweise in seinen Dienst zu stellen, eine Geldbeihilfe leistete. Da aber auf die Zahlungsbereitschaft der Ligastände nicht gerechnet werden konnte, so blieb bloß noch ein Versuch bei Spanien übrig. Schon Tanner hatte Anfang September nach seiner zweiten In-

[1]) Götz, S. 332, Maximilian an Tilly, 26. September 1623.

[2]) Nach einem Bericht Anholts vom 5. November 1623 (Götz, S. 380, Anm. 2) wurden täglich einige Söldner von den empörten Bauern erschlagen.

[3]) Forst, Urk. 102, Hohenzollern an Kurköln, 2. Oktober 1623.

struktion, als der Übertritt des Ligaheeres in spanischen Dienste erschwert wurde, in dieser Richtung die Unterhandlungen zu leiten begonnen. Aber man verlangte damals in Brüssel für eine dreimonatliche Geldbeihilfe die Abtretung der von den Ligisten besetzten Festungen Mannheim und Heidelberg[1]), während Maximilian auf gründliche Sicherstellung des gegebenenfalls zugebilligten Betrages bestand[2]). Über die beiderseitigen Ansprüche kam es im Oktober zu umständlichen Auseinandersetzungen, die keinen Erfolg hatten, wie auch die Sendung Tanners ohne annehmbares Ergebnis verlief. Daher wurde es notwendig, einen neuen Bevollmächtigten abzuordnen, den man aus der Reihe der kurkölnischen Diplomaten wählte. Erst war wieder der Dompropst von Bocholtz für die Aufgabe vorgesehen, aber an seiner Stelle ging der Lütticher Domdechant Wachtendonk[3]), der, da Kurfürst Ferdinand verhindert war, vom Grafen von Wartenberg seine Instruktion erhielt und alles weitere vom P. Hyacinth erfuhr[4]). An den Kapuziner, der auch mit Ferdinand in enger Verbindung stand[5]), hatte er auszurichten, daß zwischen dem Kurfürsten und seinem Bruder Maximilian in bezug auf die Basis der Verhandlung keine Meinungsverschiedenheit bestehe, und im übrigen mußte er sich, um seine eigentliche Mission, die Finanzierung der Liga, gegen die Öffentlichkeit zu decken, nach außen als Gesandten in kurkölnischen Angelegenheiten ausgeben.

Anfang November traf Wachtendonk in Brüssel ein und arbeitete hier zur vollsten Zufriedenheit Ferdinands[6]). Inzwischen hatte dieser von Maximilian erfahren, daß ein definitiver Abschluß des Vertrags nicht beschleunigt werden sollte, da Frankreich, das

[1]) Götz, S. 305, Anm. 1, P. Hyacinth an Maximilian, 3. September 1623.

[2]) Götz, S. 323, P. Hyacinth an Maximilian, 13. September 1623; S. 333ff., Hohenzollern an Maximilian, 26. September 1623; S. 356, Anm. 1, P. Hyacinth an Maximilian, 21. Oktober 1623.

[3]) Götz, S. 350, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 23. Oktober 1623.

[4]) Forst, Urk. 108, Kurköln an Wartenberg, undatiert, sie ist wohl auf Ende Oktober 1623 festzulegen; Götz, S. 350, Anm. 3.

[5]) P. Hyacinth sandte Berichte an Ferdinand, die dieser nach München weitergab, vgl. Götz, S. 268, Anm. 1, Berichte vom 20. Juli 14. und 15. August 1623. Er bat auch Ferdinand um Instruktionen, 15. August 1623.

[6]) Forst, Urk. 105, Kurköln an Wartenberg, 15. Dezember 1623; Götz, S. 374, Hyacinth an Maximilian, 4. November 1623.

aus Anlaß der Veltlinschen Streitsache in der Hoffnung auf Mansfeld zeitweilig eine unfreundliche Haltung gegen Bayern eingenommen hatte, wieder eine Annäherung vollzog, sobald die allmählich fortschreitende Auflösung der Mansfeldschen Armee bekannt wurde[1]). Der gleiche Grund war auch maßgebend für eine Änderung in den Absichten der Spanier, die über einen Vorschuß an die Ligakasse nur deswegen Unterhandlungen eingegangen waren, weil sie einen Angriff Mansfelds mit französischer Unterstützung gefürchtet hatten[2]). Jetzt aber, wo Mansfeld durch Krankheit und Verpflegungsmangel in seinem Heere große Verluste erlitt, hatte die Ligaarmee nur noch geringe Bedeutung für Spanien, weswegen eine Übernahme von Kosten als unnütze Bürde erschien und Wachtendonk nur wenig Entgegenkommen fand. Unter diesen Umständen reiste er bereits am 22. Dezember 1623 von Brüssel ab[3]), womit die langwierigen Verhandlungen mit Spanien das Ende fanden, das Kurfürst Ferdinand schon im September vorausgesehen hatte.

[1]) Götz, S. 374, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 24. Oktober 1623.
[2]) Götz, S. 361, Maximilian an Tilly, 17. Oktober 1623.
[3]) Götz, S. 444 Anm. 2, Morraeus an Maximilian, 22. Dezember 1623; P. Hyacinth verließ Brüssel erst im April 1624, a. a. O.

VIII. Die Mithilfe Ferdinands zur Anerkennung der bayrischen Kur im Reiche und im Ausland 1623 24. Der Augsburger Ligatag vom Jahre 1624 und die Verhandlungen mit Frankreich.

Die egoistische Ablehnung einer finanziellen Unterstützung der bedrängten Liga war im Jahre 1623 nicht der einzige Anlaß zur Mißstimmung gegen Spanien; die einflußreiche katholische Großmacht versagte auch noch auf einem anderen Gebiete, wo weniger ligistische als rein bayrische Interessen auf dem Spiele standen.

Nach dem Regensburger Fürstentag war es für Maximilian eine Frage von größter Wichtigkeit, ob die mühsam errungene Kur nach seinem Tode seinem Haus erhalten bleiben oder an die Pfälzer Erben zurückfallen sollte. Die Entscheidung darüber war im Abschied der Versammlung zu Regensburg einem künftigen Reichs- oder Kurfürstentag zugewiesen worden; daher hatte Maximilian sogleich eine rege Tätigkeit entwickelt, um sich der Mehrheit der Fürsten für dieses Schiedsgericht zu versichern. Sein Bruder Ferdinand war ihm auch hier ein treuer Helfer, der besonders für die Gewinnung Spaniens und Sachsens angelegentlich arbeitete. Er hatte sich damit zwei recht undankbaren Aufgaben zugewandt. Das trat zunächst im Hinblick auf Spanien deutlich hervor, denn die spanische Regierung trachtete nach einer Befriedigung der bayernfeindlichen Wünsche des Königs von England, was sich aus der spanisch-englischen Annäherung im Verlaufe des Jahres 1623 ganz zweifellos ergab. Die Verbindung zwischen den beiden außerdeutschen Staaten war für die bayrischen Bestrebungen von Anfang an gefährlich gewesen, weil sie vom Kaiser unterstützt und als Basis für den kommenden Frieden angesehen wurde. Im Anschluß an sie hatte der Kaiser einen Kurfürstentag zuerst nach Frankfurt und dann nach Köln ausgeschrieben, um dort über die Zukunft der Pfälzer Erben das Urteil zu fällen. Kurfürst Ferdinand erklärte sich auf eine Anfrage seines

Bruders Ende Mai zur Teilnahme an der Tagung bereit und gab auch dem Kaiser in diesem Sinne Nachricht[1]), obwohl er nur wenig Hoffnung in bezug auf das Zustandekommen und den Erfolg der Versammlung hatte; denn durch den Grafen von Schwarzenberg, der ihn in Bonn nach Abbruch der Brüsseler Friedenskonferenz auf der Rückreise nach Wien besuchte, hatte er erfahren, daß in Madrid sowohl wie in Brüssel eine starke Friedenssehnsucht bestand, die mit dem völligen Mangel an Kriegsmitteln, vor allem an Geld, zusammenhing[2]). Schon aus dieser Mitteilung hatte er den Schluß ziehen können, daß man von dort keine Förderung der dauernden Erhaltung der Kur bei Bayern auf einem Fürstentage zu erwarten habe, da solche Bemühungen aller Voraussicht nach zur Fortsetzung des Krieges führen mußten. Die Nachrichten Schwarzenbergs waren für Ferdinand nicht überraschend gewesen, da er schon in Aschaffenburg vom Kurfürsten von Mainz gehört hatte, mit was für unbequemen Plänen sich die Staatsmänner in Brüssel trugen[3]). Bereits im März war nämlich dort von dem Marchese Spinola und dem Cardinal de la Cueva verlangt worden, daß dem Pfalzgrafen nach seiner Abbitte und Unterwerfung die Pfalz wieder eingeräumt werde. Außerdem sollten seine Kinder nach dem Tode Maximilians von Bayern die Kur unter der Bedingung erhalten, daß der älteste Sohn am Hofe zu Wien erzogen und die vornehmsten Orte in der Pfalz mit einer kaiserlichen Garnison belegt würden. Dieser Vorschlag war durch einen Kurmainzer Agenten von Brüssel aus an Johann Schweikard mitgeteilt worden, worauf er sofort antwortete, daß nach dem Ergebnis des Regensburger Fürstentags für eine Rückkehr des Pfalzgrafen auf den Reichsboden keine Aussicht vorhanden sei[4]). Diese Stellungnahme des Mainzer Erzbischofs war dem Kurfürsten von Köln in Aschaffenburg bekannt geworden und hatte seine Billigung gefunden.

Überhaupt war es seine Aufgabe in Aschaffenburg ge

[1]) Götz, S. 163, Anm. 3; S. 206, Anm. 2.

[2]) Forst, Urk. 95; Götz, S. 164, Kurköln an Maximilian, 14. Mai und S. 165, Anm. 1, 13. Mai 1623.

[3]) Götz, S. 149, Anm. 3, Bericht des Mainzer Rates Johann Karl von Schönberg, 25. März 1623; S. 163, Kurköln an Maximilian, 14. Mai 1623.

[4]) Götz, S. 150, Anm. 1, Kurmainz an Schönberg, 14. April 1623.

wesen, sich mit seinem Kollegen über Spaniens Stellung genau zu orientieren und zu erwägen, wie in Brüssel und Madrid eine für Bayern günstigere Stimmung erzeugt werden könne. Dabei hatte sich Johann Schweikard, die kaiserliche Einwilligung vorausgesetzt, zu einer Reise nach Brüssel erboten mit dem unmittelbaren Zweck, die Infantin und ihre Minister besser zu informieren und festeres Vertrauen zwischen Spanien und der Liga zu stiften. Da sich Ferdinand von seiner solchen Mission des trotz seines hohen Alters noch so rührsamen Mainzer Kirchenfürsten Erfolg versprochen hatte, war er ein eifriger Förderer des Unternehmens geworden. Er empfahl es seinem Bruder und regte zugleich die Frage an, wie der Kaiser für den Plan zu gewinnen sei[1]). Maximilian jedoch hatte ebenso wie sein Obersthofmeister mancherlei Bedenken[2]). Offenbar traute er dem Erzbischof von Mainz nicht genügend Festigkeit zu, er fürchtete den spanischen Einfluß auf ihn und argwöhnte, daß er in Brüssel auf die Seite Spaniens gezogen würde. Doch überwand Maximilian schließlich sein Mißtrauen und ließ Johann Schweikard einige Vorschläge über die Gegenstände seiner Brüsseler Verhandlung zugehen, wobei er neben der Erledigung der Streitigkeiten um die Kur von ihm auch die spanische Kriegshilfe gegen Mansfeld betrieben wissen wollte[3]). Der Erzbischof von Mainz aber sah seine Hauptaufgabe „in der vertraulichen Verständigung mit der Infantin in Sachen des bevorstehenden Friedenskongresses“[4]). Als er sich Ende Juni zur Abreise rüstete, ersuchte ihn Kurfürst Ferdinand wiederholt, seinen Weg über Bonn zu nehmen. Er hatte dabei die Absicht, noch einmal ganz kurz vor Beginn der Verhandlungen auf seinen Kollegen einzuwirken, um ihn „nach notdurft zu disponieren“[5]). Da aber Johann Schweikard seinen Reiseplan schon so festgelegt hatte, daß er nicht über Bonn kam, lehnte er die kurkölnischen Einladungen ab[6]).

[1]) Götz, S. 164.

[2]) Götz, S. 164, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 22. Mai 1623; Forst, Urk. 95.

[3]) Götz, S. 248ff., Maximilian an Kurmainz, 1. August 1623.

[4]) Götz, S. 250, Anm. 1. Undatiertes Memorial.

[5]) Götz, S. 248, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 30. Juli und 9. August 1623.

[6]) Götz, S. 248, Anm. 2, Kurmainz an Kurköln, 3. August 1623.

Daß Ferdinand noch zuletzt so lebhaft eine Zusammenkunft mit dem Kurmainzer herbeizuführen wünschte, war erklärlich bei den Nachrichten, die neuerdings am Kurkölner Hofe über die Gesinnung Spaniens eingelaufen waren; danach glaubte man jetzt bestimmt annehmen zu müssen, daß die spanische Regierung eine vollständige Restitution des Pfalzgrafen anstrebe[1]). Man war daher in Kurköln auch bereits Anfang Juli 1623 von der Notwendigkeit gewisser Zugeständnisse überzeugt und trat jetzt schon dem Ausweg näher, der durch Abwechslung der Kur zwischen Pfalz und Bayern die bestehenden Gegensätze ausgleichen sollte[2]).

In der festen Annahme, daß sich Spaniens unmäßige Forderungen aus dem Freundschaftsverhältnis zu England ableiteten, widmete Ferdinand seine Aufmerksamkeit auch den Strömungen der englischen Politik, um hier, an der offenbaren Quelle der spanischen Opposition, eine Wendung zum Guten hervorzurufen und auf diese Art auch bei Spanien mehr Entgegenkommen zu erreichen. Deswegen nahm er nicht geringen Anteil an den Unterhandlungen, die der Kapuziner Alexander mit Jacob von England vom Herbst 1623 bis zum Frühjahr 1624 führte[3]). Der Pater war unter dem Pseudonym eines Kaufmanns Franzesco della Rota im September 1623 nach London gegangen, wo er unter Vorweisung der Vollmacht des Brüsseler Nuntius einen Ausgleich anbot, der in seiner letzten Form auf eine Restitution Friedrichs V. in die Unterpfalz und in die Oberpfalz bei Zahlung der bayrischen Kriegskosten hinausging. Hauptbedingung war, daß zwei Söhne des Pfalzgrafen am Hofe zu München erzogen und durch eine Heirat zwischen den beiden wittelsbachischen Linien der alte Zwiespalt überbrückt werden sollte. Dabei wurde eine 8. Kur für den Pfalzgrafen in Aussicht genommen[4]). Natürlich stand P. Alexander von Anfang an außer mit dem Brüsseler Nuntius auch mit dem in der Ausgleichsangelegenheit fortgesetzt tätigen P. Hyacinth in Verbindung[5]); auf des letzteren Veranlassung ging er nach

[1]) Forst, Urk. 95. Auch Maximilian nahm das an, Götz, S. 242, Maximilian an Khevenhüller, 17. Juli 1623.

[2]) Forst, Urk. 95.

[3]) Götz, S. 322, Anm. 1.

[4]) Gindely, Arch. f. österr. Gesch., 89, S. 94.

[5]) Götz, S. 321, P. Hyacinth an Maximilian, 14. September 1623.

dem Scheitern seines Unternehmens, das hauptsächlich auf den Widerstand König Jacobs gegen die Erziehung seiner Enkel am Hofe zu München zurückzuführen war, nach Bonn zum Kurfürsten Ferdinand, um hier wegen einer 2. Reise nach England ein Gutachten einzuholen. Dieser war mit einer Fortsetzung der Verhandlung allerdings einverstanden[1]), doch zeigte er sich sehr unzufrieden mit dem bisherigen negativen Resultat. Er maß die Schuld an dem Mißlingen der Sendung in erster Linie P. Hyacinth bei und kommentierte einen Bericht, den dieser über die Sachlage in London im Dezember 1623 an ihn schickte, in recht wenig schmeichelhafter Weise. Er nannte die Machenschaften Hyacinths in Sachen des englischen Ausgleichs „hilzene capucinerische anschleg" und fürchtete, der Pater „causiere mit seiner Englischen pratica noch große diffidenz zwischen Spania, dem khayser und unserm hauß"[2]). Die Angebote, die P. Alexander in London gemacht hatte, wurden insofern vom Kurfürsten von Köln als zweckdienlich anerkannt, als auch er für die Pfalz eine 8. Kur eingerichtet wissen wollte[3]). Er verfocht also durchaus den Grundsatz, daß sein Bruder den Besitz der Kur behaupten müsse, und zwar nahm er für ihn die Friedrich V. entzogene 7. Kur in Anspruch, unabhängig davon, ob die Schaffung einer neuen in Frage kam. Auch die Erziehung der zwei pfälzischen Prinzen an einem katholischen Hofe in Deutschland, vielleicht dem Wiener, hielt Ferdinand für unbedingt notwendig; aber gerade diese Forderung, die letzten Endes eine Katholisierung der Pfälzer Kur bezweckte, stieß auch bei dem zweiten Aufenthalt P. Alexanders in London auf so heftigen Widerspruch, daß dieser unverrichteter Dinge zurückkehren mußte[4]).

Während alle diese Bemühungen, mit Spanien und England das gewünschte Einvernehmen herzustellen, kein rechtes Ergebnis zeitigten, führte die Aktion zur Gewinnung Kursachsens unter der tatkräftigen Mitwirkung Ferdinands von Köln nach langer, mühevoller Arbeit zu einem wertvollen Erfolg. Schon in Regens-

[1]) Götz, S. 372, P. Hyacinth an Maximilian, 4. November 1623.

[2]) Forst, Urk. 105, Kurköln an Wartenberg, 15. Dezember 1623; zitiert bei Riezler, Geschichte Bayerns V, S. 256.

[3]) Götz, S. 390, Anm. 1, S. 391, Kurköln an Maximilian, 21. Januar 1624.

[4]) Götz, S. 445, Anm. 1.

burg war dem Erzbischof wie allen anderen katholischen Fürsten die Gefahr klar zum Bewußtsein gekommen, die für den Frieden in der feindseligen Haltung Kursachsens und Kurbrandenburgs zum Ausdruck kam. Als dann der Konvent nach Frankfurt und später nach Köln ausgeschrieben wurde, bezeichnete man es am Kurkölner Hofe als ein unüberwindliches Hindernis der geplanten Tagung, daß Johann Georg und Georg Wilhelm Bayerns Recht auf Sitz und Stimme im Kurkolleg bestreiten würden[1]). Doch glaubte man, diesen Einspruch damals noch nicht so hoch anschlagen zu müssen, da ja in jenen Tagen die Versuche zur Gewinnung Spaniens ihren Anfang nahmen. War Spanien einmal für die Erhaltung der bayrischen Kur gewonnen, so konnte bestimmt damit gerechnet werden, daß auch Jacob von England seinen Widerstand aufgeben würde, und hatte sich erst dieser zur Nachgiebigkeit entschlossen, „so hatt man auf Saxen und Brandenburg fileicht so hoch nit zuo sehen“[2]). Als sich aber immer deutlicher offenbarte, daß Spanien nach außen wohl für die Behauptung der bayrischen Kur eintrat, heimlich aber eine Restitution des Pfalzgrafen betrieb[3]), fiel die erste Voraussetzung, unter der der Widerstand der beiden weltlichen Kurfürsten weniger beachtenswert gewesen wäre, und die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit ihnen wurde eine unabweisbare Forderung, als auch die Übereinkunft mit England einen ungünstigen Fortgang nahm. Jetzt konnte nur mit Hilfe der Reichsfürsten ein dauernder Friede erlangt werden, aber auch bloß dann, wenn die Einigkeit unter ihnen hergestellt und besonders bei dem Kurfürsten von Sachsen die Verstimmung gegen Bayern behoben wurde, denn die Anerkennung der bayrischen Kur von seiten Sachsens war die erste Bedingung für den Zusammentritt eines Reichs- oder Kurfürstentages, auf dem der Friede geschlossen werden sollte.

Da aber Johann Georg im Widerspruch zu dem Regensburger Abschied in bezug auf das Erbrecht der Kinder Friedrichs V. und seiner Agnaten noch vor dem Beginn einer jeden neuen offiziellen Verhandlung vom Kaiser annehmbare Zuge-

[1]) Forst, Urk. 95.

[2]) Forst, Urk. 100, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, Juli 1623.

[3]) Götz, S. 425, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 27. Februar 1624.

ständnisse forderte[1]), mußte die Hoffnung auf ein günstiges Resultat immer geringer werden, denn Maximilian von Bayern wollte unter keinen Umständen vor dem Zusammentritt der vom Kaiser ausgeschriebenen Tagung Konzessionen nach irgendwelcher Richtung machen[2]), verlangte aber von Kursachsen die Anerkennung der bayrischen Kur noch vor der Eröffnung des geplanten Konventes und stellte dafür nicht mehr in Aussicht als das, was schon der Regensburger Abschied versprochen hatte, nämlich eine Prüfung der Ansprüche der Pfälzer Erben vor dem Forum der Kurfürsten.

Da bei dieser schroffen Haltung Maximilians das Zustandekommen der Versammlung mehr als zweifelhaft erschien, versuchte der Kaiser den bayrischen Kurfürsten umzustimmen, aber dieser ließ sich nicht auf weitere Erörterungen ein. Als er dann seinen Bruder über die Zumutungen des Kaisers unterrichtet hatte[3]), hörte er, daß Ferdinand hinsichtlich der Zugeständnisse vor der Tagung genau so dachte wie er[4]), daß er aber für diese selbst eine volle Behauptung des bayrischen Standpunktes nicht mehr für möglich hielt. Der einzige Gewinn, den Maximilian nach der Ansicht Ferdinands dort noch erringen konnte, bestand im Kurwechsel zwischen Pfalz und Bayern. Diese Auffassung machte er sich so sehr zu eigen, daß er keine Gegengründe gelten ließ. So hatte z. B. der Kaiser hervorgehoben, daß die Abwechslung der Kur mit der Goldenen Bulle nicht zu vereinen wäre[5]). Darauf erwiderte Ferdinand, daß der Kurwechsel wohl anfangs den Fürsten im Reiche befremdlich vorkommen werde, doch seien, um zum Frieden zu gelangen, außerordentliche Mittel notwendig. An einen dauernden Krieg zwischen Pfalz und Bayern glaube er nicht, da er annehme, daß sich beide Teile fügen müßten, wenn der Wechsel einmal beschlossen wäre. Er empfinde ihn allerdings als einen herben Verlust für die katholische Religion, aber es sei doch besser, von zwei Übeln das kleinere zu wählen[5]): mit anderen Worten:

[1]) Gindely, Arch. f. österr. Gesch. 89, S. 80.

[2]) Götz, S. 219, Bericht des Fürsten von Zollern an den Kaiser, 27. Juni 1623.

[3]) Götz, S. 234, Maximilian an Kurköln, 11. Juli 1623.

[4]) Götz, S. 234, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 23. Juli 1623.

[5]) Götz, S. 378, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 22. Oktober 1623.

er wollte lieber auf den Vorteil eines absoluten Machtzuwachses der katholischen Partei verzichten, als mit der Behauptung der erblichen Kur in Bayern einen unendlichen Krieg heraufbeschwören.

Wahrscheinlich hoffte Ferdinand mit dem geplanten Kurwechsel den Widerstand Johann Georgs zu brechen. Im November 1623 wenigstens sprach er sehr zuversichtlich von dem „neuen curfürstlichen convent", der sich auf Anerkennung Bayerns im Kurkollegium von seiten Sachsens begründen sollte[1]). Damals war er mit seinem Mainzer Kollegen einer Einladung des Landgrafen Ludwig nach Darmstadt gefolgt, wo eine Beratung über die Beseitigung der Schwierigkeiten bei der Ergänzung des Kurkolleges stattfand. Über die Resultate seines Aufenthaltes in Darmstadt, der in die zweite Hälfte des Monats November fiel, informierte Ferdinand seinen Bruder ausführlich[2]). Zuerst berichtete er über die vielsagenden Mitteilungen des hessischen Hofmeisters Schütz, der als Gesandter Ludwigs in Dresden gewesen war und Johann Georg in unerwartet versöhnlicher Stimmung vorgefunden hatte. Dann ging er kurz auf die Bedenken ein, von denen sich der sächsische Kurfürst bezüglich der Behandlung des pfalzgräflichen Hauses durch den Kaiser immer noch nicht lossagen konnte, und endlich gab er seinem Bruder die gefaßten Beschlüsse bekannt, die in den Hauptpunkten folgendes enthielten: Eine Zusammenkunft sollte sobald als möglich zwischen Kursachsen und Kurmainz unter Ausschluß Kurbrandenburgs entweder in Mühlhausen oder in Nürnberg stattfinden, wobei der Kaiser, Maximilian, Ferdinand selbst und auch der Kurfürst von Brandenburg in der Nähe zu weilen hatten, um bei der erhofften Aufnahme Maximilians in den Kurverein leicht erreichbar zu sein. Für den Fall, daß an der Verhandlung zwischen Mainz und Sachsen auch andere Kurfürsten und Fürsten teilnehmen würden, war eine kaiserliche Resolution einzuholen, die durch eine einfache Benachrichtigung an den Kaiser ersetzt werden sollte, wenn sich die Beratung nur auf die beiden zuerst genannten beschränken würde.

Diese Beschlüsse waren in der Voraussetzung der Einwilligung Kursachsens gefaßt worden, von dem jedoch Schwierigkeiten hin-

[1]) Götz, S. 384, Kurköln an Maximilian, 20. November 1623.

[2]) Götz, S. 385, Anm. 1, verdruckt als Anm. 3. Kurköln an Maximilian, 3. Dezember 1623.

sichtlich „der Fragen vom Rechte der Agnaten, dem Interesse der kurfürstlichen und fürstlichen Häuser und der Praeminenz des Kurkollegs“ zu erwarten waren[1]). Man hoffte jedoch auf bayrischer Seite trotz dieser Einwände mit Hilfe Johann Schweikards, der auf den Kurfürsten von Sachsen großen Einfluß besaß, zum Ziel zu gelangen, und Ferdinand übernahm es, zwischen ihm und Maximilian zu vermitteln. Er verfolgte ihn unablässig mit seinen Anträgen und spornte ihn hartnäckig zur größten Eile an[2]). Als im Reiche bekannt wurde, daß Spanien und England den Kurfürsten Maximilian mit der 8. Kur abspeisen wollten[3]), klärte Ferdinand den Mainzer im Auftrage seines Bruders über die Abneigung auf, die in München gegen eine derartige Regelung der Streitigkeiten bestand, damit er sich bei seiner Konferenz mit Sachsen nicht auf dieser Basis bewege[4]). Ebenso mußte er eingreifen, als der Kaiser dem Kurfürsten Johann Georg bestimmte Hoffnungen auf Erfüllung seiner Wünsche gemacht hatte[5]). Eine Bewilligung der Forderungen Johann Georgs von der Seite des Kaisers auf Kosten der bayrischen Ansprüche war von Ferdinand schon lange befürchtet worden; darum hatte er seinem Bruder auch geraten, darauf zu achten, daß der Kaiser Sachsen gegenüber nicht zu weit ginge[6]). Aber es war zu spät, denn Ferdinand II. hatte durch Vermittlung Johann Schweikards bereits Mitteilungen an den Kurfürsten von Sachsen gelangen lassen, die, wie der Erzbischof von Köln aus München erfuhr, bei Johann Georg die Zuversicht erwecken mußten, daß nach dem Tode Maximilians den pfälzischen Erben die Kur wieder zukommen könnte[7]). Damit hatte der Mainzer viel mehr versprochen, als Maximilian in Wirklichkeit zugestehen

[1]) Götz, a. a. O.

[2]) Ebenda, Maximilian an Kurköln, 12. Dezember; Maximilian an Kurköln, 19. Dezember 1623.

[3]) Götz, S. 389, Khevenhüller an den Kaiser, 23. November 1623; nach S. 390, Anm. 1 hatte Khevenhüller den Inhalt dieses Schreibens auch an Maximilian mitgeteilt, und dieser schickte die Nachrichten am 9. Januar 1624 an Kurköln.

[4]) Götz, S. 390, Anm. 1, S. 391, Maximilian an Kurköln, 30. Januar 1624.

[5]) Die Sendung des kaiserlichen Agenten Hegenmüller, von der Kurköln durch Maximilian unterrichtet wurde, vgl. Götz, S. 425, Anm. 1.

[6]) Götz, S. 413, Anm. 2, Kurköln an Maximilian, 16. Januar 1624.

[7]) Götz, a. a. O. Maximilian an Kurköln, 21. Januar 1624.

wollte, und Sache des Kurfürsten Ferdinand war es nun, seinen Kollegen darüber zu belehren. Er entledigte sich dieser Aufgabe, indem er seine Gesandten, die gerade zu dem im Frühjahr 1624 nach Augsburg berufenen Ligatage reisten, über Aschaffenburg gehen ließ, wo sie bei dem Kurfürsten von Mainz noch einmal in umfassender Weise die bayrischen Wünsche zur Förderung empfehlen sollten[1]). Um dabei ganz sicher zu verfahren, bat Ferdinand seinen Bruder, den Bevollmächtigten eine direkte Instruktion nach Aschaffenburg zu übermitteln[1]), aber Maximilian verzichtete darauf, da Ferdinand durch ihn in alles eingeweiht war. Die Gesandten bekamen daher aus München nur die selbstverständliche Mitteilung, daß sie der Zusammenkunft zwischen Kurmainz und Kursachsen Vorschub leisten und sich an die Vorschriften halten sollten, die ihnen der gut unterrichtete Kurfürst von Köln bei ihrer Abreise gegeben hatte[2]). Bezüglich des Erfolges dieser Gesandtschaft hatte Ferdinand die besten Hoffnungen, und tatsächlich erklärte auch Johann Schweikard den kölnischen Gesandten gegenüber, daß er die Wünsche der beiden bayrischen Brüder berücksichtigen und ohne ihr und des Kaisers Vorwissen kein Anerbieten an Kursachsen machen werde[3]). Inzwischen hatte auch Johann Georg die Bedingungen, unter denen er seinen Widerstand gegen die Aufnahme Maximilians in das Kurfürstenkolleg aufgeben wollte, nach drei Seiten hin genau formuliert: er verlangte erstens die Abführung der katholischen Bundestruppen aus den Territorien der protestantischen Fürsten, weiter forderte er, daß der Kaiser die Rechte der deutschen Fürstenhäuser für die Zukunft sicherstellen sollte, und schließlich drang er auf die von ihm schon immer verfolgte Anerkennung der Rechte der pfälzischen Agnaten[4]). Während nun die beiden ersten Bedingungen unter gewissen Voraussetzungen erfüllbar erschienen, stieß die dritte bei der Gegenpartei auf ganz entschiedenen Widerspruch, der immer wieder auf den Grundsatz hinauskam, daß in dieser Sache eine rechtliche

[1]) Götz, S. 436, Kurköln an Maximilian, 22. März 1624.

[2]) Götz, S. 436, Anm. 2, Maximilian an die Gesandten, 2. April 1624. Für den Kurfürsten Ferdinand hatte Maximilian in einem Schreiben vom 5. März 1624 seine Wünsche noch einmal zusammengefaßt.

[3]) Götz, a. a O. Bericht der kölnischen Gesandten, 29. April 1624.

[4]) Häberlin-Senkenberg XXV, S. 351f.

Entscheidung nur auf einem Kurfürstentag gefällt, vorher aber keine Abmachung getroffen werden sollte. Den letzten Protest, den Maximilian unter diesen Gesichtspunkten an den Kurfürsten von Mainz zur Orientierung für dessen Besprechung mit Johann Georg richtete, bekam auch Ferdinand von Köln abschriftlich überwiesen, und dieser schickte ihn seinen Gesandten nach Augsburg, damit sie sich danach richten konnten, wenn die Angelegenheit dort erörtert wurde[1]).

Wie es selbstverständlich war, gehörte die Versöhnung Sachsens zu den Punkten, über welche die Vertreter der Ligastände in Augsburg zu verhandeln hatten[2]), aber es gelangten natürlich auch eine ganze Reihe anderer Gegenstände auf die Tagesordnung, die mit der mainzisch-sächsischen Zusammenkunft nichts zu tun hatten, und es verstrich noch eine geraume Zeit nach dem Schlusse der Ligatagung, bis der Kurfürst von Mainz zur Reise nach Mühlhausen aufbrach.

Bei der Berufung des Ligatages hatte Maximilian von Bayern vorausgesehen, daß sich zwischen der Leitung und den Mitgliedern starke Meinungsverschiedenheiten geltend machen würden. Aber er war wenigstens der Ansicht gewesen, daß die bayrischen Vorschläge von den Vertretern Ferdinands, an deren Spitze Graf von Wartenberg stand, unterstützt werden würden[3]). Auch in Bonn hatte man sich in manchen Fragen für ein gemeinsames Wirken der kölnischen und bayrischen Abgeordneten entschlossen[4]), doch gab es unter den Beratungsgegenständen einen, bei dem ein Zusammengehen mit Bayern für Kurköln nicht wünschenswert war. Das kam gleich nach Verlesung der Proposition sehr deutlich zum Ausdruck, als die Debatte über die Abrechnung mit der Ligakasse eröffnet wurde. Hierbei trat ein scharfer Gegensatz zwischen dem oberländischen und dem rheinländischen Direktorium hervor, weil die durch den Krieg schwer geschädigten Rheinländer den

[1]) Forst, Urk. 116, Kurköln an Wartenberg, 26. Mai 1624, Beilage a, Maximilian an Kurmainz, 2. Mai 1624.

[2]) Götz, S. 503, der Abschied des Ligatages.

[3]) Forst, Urk. 114, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 13. Mai 1624; Urk. 115, S. 86, 22. Mai 1624.

[4]) Forst, Urk. 90, Kurköln an Wartenberg, 6. April 1624, bei Forst irrtümlich auf 1623 datiert (vgl. Götz, S. 455, Anm. 1); und Urk. 117, S. 91, Kurköln an seine Vertreter in Augsburg, 26. Mai 1624.

anderen Ständen den Hauptanteil an den Kosten zuschieben wollten, während diese versuchten, dem Direktorium am Rheine die größere Last aufzubürden, da das Ligaheer hauptsächlich zur Verteidigung der nordwestdeutschen Stifter verwendet worden war[1]).

Die Rechnungslegung bezog sich auf das Jahr 1623 und die ersten 4 Monate von 1624. Sie wurde von Bayern den anwesenden Gesandten unterbreitet und mit einer kurzen Begründung für die im Widerspruch mit dem Regensburger Abschied stehenden Mehrausgaben versehen. Bei den Beratungen, die für die gesamte Dauer der Tagung von beiden Direktorien gesondert geführt wurden[2]), erklärten die Vertreter des Kurfürsten Ferdinand, daß als Grundlage der Abrechnung der Abschied der letzten Ligaversammlung in Regensburg zu gelten habe, nach dem sich die rheinischen Stände zu einer monatlichen Beitragsleistung von 70000 fl. unter der Bedingung verpflichtet hatten, daß die Armee 4 Monate nach dem Abschied bis auf 15000 Mann abgedankt würde. Da aber diese Verminderung des Heeres nach der vorgeschriebenen Frist nicht erfolgt war, sollten nun die Rheinländer auf Wunsch Bayerns an der Tilgung der Mehrkosten teilnehmen und zu diesem Zwecke einen größeren Betrag als den zu Regensburg bewilligten zur Ligakasse beisteuern[3]). Doch erregten sie hiermit bei den Rheinländern eine heftige Opposition, denn diese setzten ebenso wie die kölnischen Abgeordneten voraus, daß der Regensburger Abschied für die Höhe der neu zu bewilligenden Beiträge maßgebend sei, und ein Teil von ihnen meldete auch noch Ersatzansprüche für die durch Einquartierung angerichteten Schäden an, ein Verfahren, dem sich auch die kölnischen Gesandten anschlossen[3]). Zuletzt standen sich die zwiespältigen Anschauungen in der Art gegenüber, daß die Oberländer den Würzburger Abschied von 1619, nach dem das rheinische Direktorium monatlich 100000 fl. zahlte, zur Norm für die Abrechnung machen wollten, während die Rheinländer auf der Einhaltung der Regensburger Beschlüsse fußten[4]). Eine Aussicht auf Vereinigung der beiden Parteien war zunächst nicht

[1]) Götz, S. 452ff., Ligatag zu Augsburg.
[2]) Götz, S. 453, Anm. 2.
[3]) Götz, Ligatag, 27. April.
[4]) Götz, Ligatag, 15. u. 17. Mai.

vorhanden, ja es kam sogar soweit, daß die rheinischen Stände Augsburg verlassen wollten[1]). Wenn sie ihre Drohung wahr gemacht hätten, wäre der Bund ernstlich gefährdet gewesen. Um diese äußerste Konsequenz zu vermeiden, gab Maximilian seinem Obersthofmeister die Weisung, zusammen mit dem Grafen von Wartenberg einen Aufbruch ohne positives Ergebnis zu verhüten. Sofort unterzog sich Hohenzollern seiner Aufgabe; er ergriff Wartenberg gegenüber die Partei der Oberländer und übte einen kräftigen Druck auf ihn aus, indem er mit dem Rücktritt Maximilians von der Ligaleitung drohte[2]). Die kölnischen Gesandten also, die andauernd die vollkommene Zahlungsunfähigkeit ihres Herrn hervorhoben, sollten im rheinischen Direktorium dahin wirken, daß die Wünsche der Oberländer nicht einfach abgewiesen wurden. Obwohl sie von der Nutzlosigkeit eines solchen Bemühens überzeugt waren[3]), versuchten sie doch in ihrem Kreise für die Ansprüche des anderen Direktoriums zu werben, indem sie die Forderungen der Oberländischen plötzlich als berechtigt anerkannten und sich bereit erklärten, nach Möglichkeit an den höheren Beiträgen zu partizipieren[4]). Auch in der Frage der Mehrkosten gaben sie jetzt ihre ablehnende Haltung auf und unterstützten deren Tilgung wenigstens für das Jahr 1623. Doch machte diese unerwartete Schwenkung der kölnischen Abgeordneten im rheinischen Direktorium keinen Eindruck; die Stände blieben fest, und Maximilian mußte sich für das Jahr 1623 und die ersten 4 Monate von 1624 mit einer rheinischen Quote von 70000 fl. begnügen[5]), ebensoviel sollten auch für die nächsten 6 Monate von April bis Oktober 1624 monatlich von den Rheinländischen gezahlt werden, denn es war unter Zustimmung der kölnischen Räte der Beschluß gefaßt worden, daß Abdankungen vorläufig nicht stattfinden dürften und daß das Heer mindestens bis zum Herbst im Dienst behalten werden müsse[6]).

[1]) Götz, S. 485, Anm. 2, die bayrischen Gesandten an Maximilian, 20. Mai 1624.

[2]) Forst, Urk. 115, S. 84ff., Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 22. Mai 1624.

[3]) Götz, S. 485, Anm. 1.

[4]) Götz, Ligatag, 24. Mai 1624.

[5]) Götz, S. 485, Anm. 2, S. 486, Maximilian an seine Gesandten, 26. Mai 1624; S. 498, Abschied des Ligatages.

[6]) Götz, S. 506, Abschied des Ligatages und Ligatag, 7. Mai 1624.

An eine Regelung der hier eingegangenen Verbindlichkeiten konnte Ferdinand freilich nicht denken, denn er sah weder für seine Schulden noch für die neuübernommenen Verpflichtungen irgendeine Zahlungsmöglichkeit vor sich. Das Eintreten seiner Gesandten für Erhöhung der Beiträge zugunsten der oberländischen Stände war also lediglich Formsache gewesen und hatte nur den einzigen Zweck gehabt, die bayrischen Interessen zu fördern. In Wirklichkeit waren die Gesandten auf Grund ihrer Instruktion zu nichts weiter ermächtigt, als zur Anerkennung der in Regensburg festgelegten Zahlungssätze, und auch das war ein Zugeständnis, das ausschließlich für die offiziellen Sitzungen des rheinischen Ligakreises bestimmt war, denn tatsächlich fühlte sich Kurfürst Ferdinand an die in Augsburg von seinen Gesandten öffentlich abgegebenen Versicherungen nicht gebunden, er verlangte vielmehr für sich den weitgehendsten Nachlaß. Dies letztere mußte natürlich vor den Mitständen geheimgehalten werden, und es war dem Kurfürsten infolgedessen sehr unbequem, daß die Abrechnung vor Johann Schweikard von Mainz stattfinden sollte[1]). Er setzte sich daher über die bestehende Kassenordnung unbedenklich hinweg und ließ seine Gesandten wohl bei der Abrechnung im rheinischen Direktorium für gewisse Verpflichtungen eintreten, im geheimen aber hatten sie den Auftrag, sich mit den bayrischen Abgeordneten in privater Verhandlung über die Kassenregelung zu einigen[2]). was durchaus im Gegensatz zur Ligakassenordnung stand[3]). Für diese Sonderabrechnung veranschlagte Ferdinand die Quartierlasten in seinen Stiftern höher als den Sold, der den dort eingelagerten Truppen eigentlich hätte gezahlt werden müssen[1]). Im ganzen berechnete er seine Auslagen für Verpflegung auf 1 340 231 Reichstaler und verlangte, daß diese Summe auf seine Schulden bei der Ligakasse verrechnet werden sollte[2]). Zur Begründung seiner Ansprüche ließ er in Augsburg die bayrischen Räte wissen, daß kein Ligastand so hart mitgenommen wäre wie er und daß infolgedessen aus einer speziellen Nachgiebigkeit ihm gegenüber für die anderen Stände kein Präzedenzfall konstruiert

[1]) Forst, Urk. 117, S. 90.

[2]) Götz, S. 489, Anm. 4, die bayrischen Gesandten an Maximilian, 29. Mai 1624.

[3]) Götz, Ligatag 14. Mai.

werden könnte[1]). Nun war zwar in Augsburg eine Verrechnung der erlittenen Schäden verworfen worden[2]), aber trotzdem würdigten die bayrischen Räte, die von Köln an sich nichts erwartet hatten[3]), die schwierige Lage des Erzbischofs und erklärten, daß Ferdinand mit seiner starken Quote einiges Entgegenkommen verdiente[4]). Allem Anschein nach entschied sich der Kurfürst von Bayern für eine mildere Behandlung seines Bruders, denn Ferdinand genoß für die Jahre 1623—1625 eine ganz auffällige Zahlungserleichterung[5]). Nur hinsichtlich der Ehrengabe, die Tilly schon in Regensburg in der Höhe von 20000 fl. zugesichert, aber bisher noch nicht gezahlt worden war, schien Ferdinand eine Ausnahme machen zu wollen; wenigstens hatte er die Absicht, bis Johannis 1624 seinen Anteil dazu aufzubringen und sich im übrigen in bezug auf die in Augsburg von Tilly neuerdings geforderten 100000 fl. dem Mehrheitsbeschlusse zu fügen[6]).

Unter den weiteren Punkten, die auf dem Augsburger Ligatag noch zur Verhandlung kamen, war für Ferdinand besonders ein kaiserlicher Antrag wichtig, in dem von der Liga die Vertreibung der Holländer aus Ostfriesland verlangt wurde, wo sie nach dem Abzug Mansfelds einige Städte besetzt hatten[7]). Schon im April war zur größten Beunruhigung des Erzbischofs in Holland das Gerücht verbreitet gewesen, daß Anholt Befehl bekommen habe, sich an dem Einfall der Spanier in Ostfriesland zu beteiligen. Wie immer hatte Ferdinand auch damals vor jeder Einmischung in die Kämpfe zwischen Spaniern und Holländern gewarnt, weil er einen holländischen Angriff auf seine Stifter fürchtete[8]), und aus dem gleichen Grunde hatte er seinen Gesandten für den Ligatag aufgetragen, daß sie einem Eingreifen der Liga zur Befreiung Ostfrieslands widersprechen und die Angelegenheit als Sache eines Reichs-

[1]) Forst, Urk. 117, S. 91.

[2]) Götz, Ligatag, 25. Mai.

[3]) Götz, S. 481, Anm. 3, die bayrischen Gesandten an Maximilian, 14. Mai 1624.

[4]) Götz, S. 489, Anm. 4, die bayrischen Gesandten an Maximilian, 29. Mai 1624.

[5]) Vgl. oben S. 58.

[6]) Forst, Urk. 117, S. 91; Götz, S. 468, Anm. 2, Tilly an die Ligastände, 3. April 1624; Ligatag, 7. und 23. Mai.

[7]) Götz, Ligatag, 30. April, 4. Mai, 24. Mai.

[8]) Götz, S. 447, Anm. 3, Kurköln an Maximilian, 19. April 1624.

tags hinstellen sollten[1]). Der Kurfürst selbst entwickelte seine Ansicht über diese Frage eingehend, als Maximilian sein Urteil zu hören wünschte[2]). Er meinte, wenn Tilly schon gegen Mansfeld 1623 nichts habe ausrichten können, so sei jetzt erst recht kein Erfolg in Ostfriesland zu erwarten, da die Holländer stärker seien als das 1623 ganz zerrüttete Heer Mansfelds. Auch wären die Proviantquellen für einen neuen Feldzug im Nordwesten des Reiches sehr beschränkt, weil auf das Erzbistum Köln und den westfälischen Kreis nicht gerechnet werden könne; für die Zufuhr käme daher bloß der niedersächsische Kreis in Frage, von dem aber nur etwas gegen bares Geld zu erhalten wäre, und im übrigen wolle Spanien die Gelegenheit nur benutzen, um die Liga in einen Krieg mit Holland zu verwickeln. Zu berücksichtigen wäre auch, daß Frankreich eine derartige enge Verbindung der Liga mit Spanien ungern sehen würde. Nur dem Kaiser an der Spitze der Reichsstände stehe hier das Recht zum Einschreiten zu[3]).

Zur gleichen Zeit, als Ferdinand einer ligistischen Hilfeleistung für Spanien auf das entschiedenste widerriet, mahnte er auch zur Vorsicht bei der Absendung einer Gesandtschaft nach Spanien, die Maximilian schon wieder plante, um dort ein besseres Zusammenarbeiten der ligistischen und spanischen Streitkräfte anzubahnen[4]). Für Ferdinand stand es fest, daß die Madrider Regierung für ihre Hilfe eine gleichwertige Gegenleistung fordern würde[4]), wie sie es früher schon getan hatte, als sie Mannheim und Heidelberg als Entschädigung für die Gewährung einer militärischen Unterstützung beanspruchte. Auch jetzt protestierte er gegen die Überlieferung der beiden Plätze, wenn sie von der Madrider Regierung verlangt werden sollte, und regte sogar noch die Übergabe der Festung Frankenthal an den Kaiser an, um den Spaniern diesen wertvollen Stützpunkt der linksrheinischen Unterpfalz zu entziehen[5]).

Wie ungern Ferdinand die Festsetzung der Spanier am linken

[1]) Götz, Ligatag, 24. Mai.
[2]) Forst, Urk. 117, S. 92, Beilagen b und c.
[3]) Beilage c, Kurköln an Maximilian, 26. Mai 1624.
[4]) Beilage b. Extrakt usw. 26. Mai 1624.
[5]) Götz, Ligatag, 24. Mai.

Rheinufer gesehen hatte, zeigte sich anläßlich einer französischen Gesandtschaft, die bei der Augsburger Ligatagung in Sonderkonferenzen der kurfürstlichen Abgeordneten lebhaft diskutiert wurde. Der Zweck der Gesandtschaft Ludwigs XIII. war das Anerbieten einer Friedensvermittlung im Reich unter besonderer Versicherung der kurfürstlichen Rechte und der deutschen Selbständigkeit gegenüber dem Ausland, in erster Linie gegen Spanien. Als Vertreter des Königs von Frankreich erschien Anfang April ein Herr von Vaubecourt bei den Kurfürsten von Trier und Mainz. An der Reise nach Lüttich, wo Ferdinand im März und April 1624 weilte, war Vaubecourt jedoch durch eine plötzliche Erkrankung gehindert, so daß er seinen Sohn mit der Übermittlung der französischen Anträge bei der Kurkölner Regierung hatte betrauen müssen[1]). Das war für Ferdinand ein höchst unangenehmer Zwischenfall, denn er hatte gehofft, vom älteren Vaubecourt Näheres über die französischen Absichten zu erfahren[2]). So aber mußte er sich mit dem begnügen, was der nicht über alle Einzelheiten unterrichtete Stellvertreter des ursprünglich beauftragten Gesandten mitteilen konnte. Demgemäß war auch die Antwort, die der Kurfürst dem jungen Vaubecourt zukommen ließ, in einem durchaus unverbindlichen und zu nichts verpflichtenden Wortlaut gehalten, der nur insofern aus dem Rahmen der allgemeinen Wendungen heraustrat, als er von Ludwig XIII. eine Sicherstellung der katholischen Fürsten gegen die damals gerade überall Aufsehen erregenden dänischen und schwedischen Werbungen verlangte[3]).

Wenn der Erzbischof in der Beantwortung des französischen Anerbietens so vorsichtig war, so hatte das seinen Grund auch darin, daß es ihm zunächst „nit wenich suspekt“ vorkam[4]), aber trotzdem stand er doch zuletzt der Vermittlung nicht direkt ablehnend gegenüber; er versprach sich im Gegenteil Erfolg von der Einwirkung des Königs von Frankreich auf Friedrich V. und glaubte, daß mit französischer Hilfe unter Zulassung der pfalzgräflichen Kinder in einen Teil der Unterpfalz die Wirren gelöst

[1]) Götz, S. 455, Anm. 1.

[2]) Götz, S. 455, Anm. 1, S. 456, Kurköln an Maximilian, 3. Mai 1624.

[3]) Ebenda, Kurkölns Antwort auf die französische Gesandtschaft. 2. Mai 1624.

[4]) Forst, Urk. 90.

werden könnten. Bei den territorialen Zugeständnissen an die pfälzischen Erben dachte Ferdinand ausschließlich an die linksrheinischen Teile der unteren Pfalz, die von den Spaniern besetzt waren. Wohl rechnete er dabei mit dem Widerspruch Spaniens, aber er meinte, daß dieser durch Frankreich mit Waffengewalt beseitigt werden müßte, und bestritt für einen spanisch-französischen Krieg die Notwendigkeit einer Einmischung des Reichs zugunsten Spaniens, da es sich hier lediglich um spanische Interessen handelte, denen das Reich nicht förderlich zu sein brauchte[1]).

Mit Recht sah Kurfürst Ferdinand in der französischen Friedensvermittlung einen gegen Spanien gerichteten feindlichen Akt, den er innerlich nicht verurteilte, obwohl er öffentlich stets einem guten Einvernehmen mit dem mächtigen Großstaat das Wort redete. Seine nach außen sorgsam verhehlte Mißstimmung gegen die Madrider Regierung war jetzt nicht nur auf das wenig bundestreue Verhalten zurückzuführen, das diese während der ganzen Dauer des Krieges an den Tag gelegt hatte, sondern neuerdings wohl auch auf die unerträglichen Zustände, die durch spanische Truppen im Erzstift, dem Vest Recklinghausen und im Bistum Münster trotz wiederholten Protestes fortwährend verursacht wurden[2]). Dann aber war für Ferdinand noch eine andere Veranlassung vorhanden, dem französischen Vermittlungsplan näher zu treten. Er fürchtete nämlich, daß Frankreich bei England Anschluß finden könnte, was damals, wo der Abbruch der spanisch-englischen Heiratsverhandlung und die damit zusammenhängende Abkühlung der Freundschaft zwischen den beiden Staaten schon lange kein Geheimnis mehr war, nicht außer dem Bereich der Möglichkeiten lag[1]). Gerade ein französisch-englisches Bündnis aber mußte im Interesse eines baldigen Friedens vermieden werden. Darum empfahl er dem Grafen von Wartenberg in Augsburg den französischen Vermittlungsvorschlag zur Beratung mit seinen ebenfalls dort weilenden kurkölnischen Kollegen und beauftragte ihn, sich auch mit den bayrischen Gesandten darüber zu einigen.

[1]) Forst, a. a. O.

[2]) Götz, S. 446, Maximilian an Kurköln, 14. April 1624, S. 473f., die Räte Kurkölns auf dem Ligatag, 13. Mai, S. 486, 20. Mai 1624; Forst, Urk. 119, Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 21. Juli 1624;

ob Ludwig XIII. eine Anregung zur Eröffnung der Verhandlungen mit Friedrich V. zu geben sei[1]). Diese Anweisungen waren lediglich für die Beratungen der kurkölnischen Gesandten mit den bayrischen bestimmt, denn bei den offiziellen Sitzungen der kurfürstlichen Vertreter, die in der Frage der französischen Vermittlung stattfanden, versicherten Ferdinands Leute, daß sie von ihrem Herrn nichts über den Fall gehört hätten, doch hielten sie es für angebracht, Spanien von dem französischen Anerbieten zu benachrichtigen, wie sie überhaupt bei jeder Gelegenheit vor einer Reibung mit Spanien warnten[2]). Sie hatten natürlich von ihrem Auftraggeber außer der geheimen Instruktion für ihre internen Angelegenheiten noch eine andere bekommen, die ihnen als Richtschnur für die Öffentlichkeit diente, und darin waren sie angewiesen worden, offiziell für den Bestand eines guten Verhältnisses zu Spanien zu wirken.

Im Verlaufe der Sonderverhandlungen der kurfürstlichen Gesandten warf Kurmainz die Frage auf, ob man einen weiteren Agenten aus Frankreich in Augsburg erwarten sollte, dessen Erscheinen Vaubecourt in Aussicht gestellt hatte. Darauf äußerten die kölnischen Räte, daß einer sofortigen Eröffnung der Debatte nichts im Wege stehe; zugleich befürworteten sie die Annahme der Vermittlung Ludwigs XIII. in einer Form, durch die Spanien nicht gereizt werden konnte. Sie waren auch für eine Benachrichtigung des Kaisers und regten am Schluß des ersten Verhandlungstages an, daß ein tüchtiger Diplomat vom bayrischen Hofe nach Frankreich geschickt werden sollte[2]).

Am nächsten Tage beschäftigten sich die kurfürstlichen Vertreter mit der Instruktion für den Gesandten. Hierbei rieten die kölnischen Geschäftsträger, obwohl sie in diesem Punkte keinerlei Vorschriften zu haben vergaben, „per modum discursus", Ludwig XIII. zu danken und mitzuteilen, daß die katholischen Fürsten zu einem Frieden bereit wären, wenn dieser ohne Schädigung des kaiserlichen Ansehens und ohne Beschränkung des kurfürstlichen Einflusses bei Sicherheit der katholischen Religion ge-

[1]) Forst, Urk. 90.

[2]) Götz, S. 455ff., Sondersitzung der kurfürstlichen Gesandten, 26. April 1624.

schlossen werden könnte. Der Gesandte sollte dann, wie die kurkölnischen Räte weiter ausführten, die Vorschläge des französischen Königs anhören, um über sie, wenn sie annehmbar waren, nach Hause zu berichten. Für den Fall, daß die Pläne Ludwigs XIII. mit denen der katholischen Fürsten nicht in Einklang gebracht würden, sollte er den Versuch machen, durch weitere Verhandlungen günstigere Bedingungen zu erzielen.

Nachdem die Vertreter Ferdinands noch hervorgehoben hatten, daß ein Friede in Deutschland nur möglich sei, wenn die Generalstaaten zur Ruhe gezwungen würden, ergriff im Auftrage Bayerns Dr. Jocher das Wort und schlug eine Instruktion vor, die sich an Vaubecourts Proposition angliederte und unter Zustimmung der Kurmainzer im wesentlichen die von kölnischer Seite gegebenen Leitsätze mit einigen Ergänzungen beibehielt[1]).

Nun erstatteten die kurfürstlichen Geschäftsträger über das Ergebnis der Beratungen Bericht an ihre Auftraggeber, worauf erst nach dem Eintreffen der Antworten die Debatte wieder aufgenommen wurde. Inzwischen hatte der Erzbischof von Köln seinen Räten nochmals eingeschärft, daß von dem Anerbieten des Königs von Frankreich auf irgendeine Weise Gebrauch zu machen sei[2]); doch war er, als er den Bericht seiner Gesandten eingesehen hatte, mit der Fassung der geplanten Instruktion nicht ganz zufrieden. Darum schickte er sofort einen Eilboten nach Augsburg, der seinen Vertretern die Angaben über die gewünschten Abänderungen übermittelte[3]), und gleichzeitig wandte sich Ferdinand an seinen Bruder Maximilian, um diesen davon zu überzeugen, daß die Instruktion modifiziert werden müsse[4]).

Der Einspruch des Kurfürsten gegen die Augsburger Instruktion stützte sich auf Gesichtspunkte, deren Bedeutung Ferdinand erkannt hatte, als er während der ersten Hälfte des Monats Mai mit einem französischen Spezialagenten in Lüttich verhandelte[5]).

[1]) Götz, S. 459f., Sonderverhandlungen der kurfürstlichen Räte, 27. April 1624 und S. 459, Anm. 1.

[2]) Götz, S. 494, Anm. 1, Kurköln an seine Räte in Augsburg, 3. Mai 1624.

[3]) Forst, Urk. 116, S. 87, Kurköln an Wartenberg, 26. Mai 1624; Götz, S. 516 ff., Kurköln an Maximilian, 15. Mai 1624.

[4]) Götz, a. a. O.

[5]) Die Beilagen zu Kurkölns Schreiben vom 15. Mai 1624 an Maximilian geben Auskunft über den Gang der Verhandlung.

Fancan — so hieß der neue Gesandte, der, wie der Kurfürst glaubte, von Ludwig XIII. kam — hatte angefragt, ob Bayern mit Spanien verbündet wäre und wie sich Maximilian zu einer Vertreibung der Spanier aus der Unterpfalz und Jülich stellen würde. In Beantwortung der ersten Frage war von Ferdinand das Bestehen eines spanisch-bayrischen Bündnisses rundweg in Abrede gestellt worden, und hinsichtlich der zweiten Frage hatte er angegeben, ohne vorherige Korrespondenz mit seinem Bruder nichts erklären zu können, doch war von ihm angedeutet worden, daß hierfür der Kaiser, in dessen Auftrag das Vorgehen der Spanier erfolgt sei, die letzte Instanz wäre. Hierbei scheint ihm der Mangel zum Bewußtsein gekommen zu sein, den die Instruktion der Gesandtschaft nach Frankreich ganz offenbar enthielt, da in ihr der Kaiser seiner Stellung nach als Reichsoberhaupt nicht genügend Respektierung fand. Zwar war es vorgesehen, daß der Kaiser von der Gesandtschaft unterrichtet und daß ein definitiver Beschluß, nachdem der kurfürstliche Gesandte die speziellen Bedingungen des französischen Königs angehört hatte, nur mit seinem Vorwissen gefaßt werden sollte[1]), aber damit war ihm eine lediglich passive Rolle zugedacht, die ein selbständiges Entscheidungsrecht in der ganzen Angelegenheit unterband. Dieses Recht nun wünschte der Erzbischof jetzt formell erwähnt und auch vom französischen König anerkannt zu sehen. Deswegen riet er, in die Instruktion einen Passus aufzunehmen, nach dem für einen mit Frankreich abzuschließenden Vertrag die Einwilligung des Kaisers vorausgesetzt wurde[2]). Möglicherweise waren die plötzlichen Bedenken des Kurfürsten auch durch die Befürchtungen hervorgerufen worden, denen der Kaiser wegen der Anträge Vaubecourts Ausdruck gab[3]), denn Ferdinand teilte erst jetzt dem Kaiser die Antwort mit, die er dem Sohne Vaubecourts hatte zugehen lassen, ohne allerdings dabei seine Beratungen mit Fancan zu berühren, von denen er annahm, daß sie nur ihn selbst und seinen Bruder angingen[4]). Im letzten Grunde entsprang sein

[1]) Götz, S. 460, Anm. 2, Jochers Instruktion.

[2]) Götz, S. 521, Kurköln an Maximilian, 15. Mai 1624.

[3]) Forst, Urk. 117, S. 95, Beilage g, der Kaiser an Kurköln, 2. Mai 1624.

[4]) Forst, a. a. O., Kurköln an den Kaiser, 26. Mai 1624. Kurmainz und Kurtrier hatten den Kaiser schon im April benachrichtigt, Götz, S. 455, Anm. 1, S. 456.

Änderungsvorschlag ohne jeden Zweifel der Sorge vor dem Vorwurf, daß die geistlichen Kurfürsten, wenn sie bei ihren Verhandlungen mit Frankreich vollkommen autonom verfahren wären und den Kaiser bloß von dem Ergebnis ihrer Unternehmung in Kenntnis gesetzt hätten, gegen die Reichsgesetze verstoßen haben würden. Darum suchte er dem Kaiser die letzte Entscheidung für das Zustandekommen eines Vertrages mit Frankreich zu sichern, obwohl er eine absolute kaiserliche Selbständigkeit so weit nicht zugestehen wollte, daß der französische Vorschlag, wie es Johann Schweikard wünschte[1]), überhaupt von Wien aus erledigt wurde. Er verlangte für die geistlichen Kurfürsten vielmehr das Recht der Verhandlung mit Frankreich und instruierte daher jetzt auch seine Gesandten in Augsburg so, daß diese für eine Schickung der drei Erzbischöfe an Ludwig XIII. stimmten[2]).

Ferdinand war in dieser Hinsicht mit seinem Bruder ganz einer Meinung, denn auch Maximilian betrieb eine Gegengesandtschaft der geistlichen Kurfürsten sehr energisch, da die Sache eilte und die Geschäfte am kaiserlichen Hofe bekanntermaßen sehr langsam geführt wurden[3]). Aber die Schwierigkeit lag nach wie vor bei dem Kurfürsten von Mainz[4]), der seine Auffassung auch nicht änderte, als der von Augsburg zurückkehrende Kurkölner Rat von der Reck im Auftrag Maximilians bei ihm in Aschaffenburg vorsprach und erklärte, daß wegen des Umschwungs in der englischen Politik Eile notwendig wäre, der Kaiser habe gegen ähnliche Gesandtschaften früher nichts eingewendet, und eine Übertretung der Reichsgesetze liege schon darum nicht vor, da ja alles auf die Wiederherstellung des Friedens gehe[3]). Maximilian wollte also den Kaiser unbedingt bei der Beantwortung der französischen Anträge ausschalten, doch entmutigte ihn der Widerstand Johann Schweikards, dem auch Ferdinand nicht jede Berechtigung absprach, so sehr, daß er beschloß, den Plan

[1]) Götz, S. 493, Anm. 4, Kurmainz an Maximilian, 20. Mai; an den Kaiser, 16. Mai 1624; vgl. S. 527, Anm. 1.

[2]) Götz, S. 494, Sonderverhandlungen der kurfürstlichen Abgesandten, 27. Mai 1624.

[3]) Götz, S. 526, Memorial für Dietrich von der Reck, 26. Mai 1624.

[4]) Gindely, Arch. 89, S. 38ff.

der französischen Vermittlung ganz fallen zu lassen[1]). Dennoch trennte er sich nicht so leicht von einem Projekt, auf das er so große Hoffnungen gesetzt hatte, denn er fragte bei seinem Bruder Ferdinand an, ob er nicht allein die Gesandtschaft nach Frankreich übernehmen wolle[2]); wie vorauszusehen war, lehnte dieser ab[3]). Wahrscheinlich war er auch wieder etwas mißtrauisch gegen die Ehrlichkeit der französischen Absichten geworden, seitdem er darüber Aufklärung erhalten hatte, daß er bei seinen Verhandlungen mit Fancan stark düpiert worden war; jenem nämlich war es viel weniger darauf angekommen, für ein französisch-bayrisches Bündnis tätig zu sein, als im geheimen festzustellen, ob die Pariser Gerüchte auf Wahrheit beruhten, daß Ferdinand heiraten und das Bistum Lüttich an Spanien verkaufen wolle, ein Gerede, gegen das Ferdinand sofort in der französischen Hauptstadt protestierte[4]).

Vielleicht wäre nun aus diesen langwierigen Auseinandersetzungen noch ein offener Bruch zwischen Frankreich und der Liga hervorgegangen, wenn nicht Kurfürst Ferdinand gleich nach seiner Unterhandlung mit Fancan den Kapuziner P. Hyacinth für die Angelegenheit interessiert hätte. Dieser hatte von neuem in Brüssel Aufenthalt genommen und stellte sich gern wieder zur Verfügung der bayrischen Fürsten[5]). Es gelang dem gewandten Kapuziner, am Brüsseler Hofe den Plan einer Gesandtschaft der geistlichen Kurfürsten nach Frankreich so darzustellen, als ob diese nur eine notwendige Form der Höflichkeit wäre. Er beseitigte damit den Widerstand Spaniens und bewirkte zugleich, daß teilweise auch der Opposition Johann Schweikards die Grundlage genommen wurde, denn dieser hatte abgesehen von seiner Verwendung für die Geltung des kaiserlichen Entscheidungsrechts seinen Protest gegen die Einmischung Frankreichs in die Reichsangelegenheiten auch mit der Rücksichtnahme auf Spanien be-

[1]) Götz, S. 527, Anm. 1, S. 531, Maximilian an Kurmainz, 25. Juni, an Kurtrier, 24. Juni 1624.

[2]) Götz, S. 547, Anm. 1, S. 548, Maximilian an Kurköln, 17. Juli 1624.

[3]) Götz, ebenda, Kurköln an Maximilian, 28. Juli 1624.

[4]) Götz, S. 528ff., Maximilian an Kurköln, 26. Mai; S. 538, Anm. 1, S. 539, Brief Kütners, 15. Juni; Kurköln an Kütner in Paris, 8. Juli 1624.

[5]) Götz, S. 521, Kurköln an Maximilian, 15. Mai 1624.

gründet. Jetzt aber, wo dank der Tätigkeit Hyacinths Spanien keinen Einspruch mehr erhob, fand sich der Kurfürst von Mainz zur Absendung eines Schriftstücks bereit, in dem er zugleich im Namen seiner Kollegen dem König Ludwig XIII. für die Sendung Vaubecourts dankte und bedauerte, daß man sich über sie nicht habe verständigen können, da die vom König in Aussicht gestellte Sondergesandtschaft nach Augsburg und an den Kaiser unterblieben wäre. Er schloß sein Schreiben mit allgemeinen Versicherungen, die den König im Wohlwollen gegen sie katholischen Fürsten erhalten sollten[1]). Allerdings war auf diese Art und Weise der Zweck der Kurfürsten von Köln und Bayern, die eine Regelung der deutschen Wirren unter französischer Vermittlung angestrebt hatten, nicht erreicht, aber man hatte wenigstens durch den in Ferdinands Auftrag arbeitenden P. Hyacinth soviel gewonnen, daß Ludwig XIII. durch eine offene Ablehnung nicht beleidigt wurde.

IX. Der Tag zu Schleusingen. Die Zustände in den kölnischen Stiftern im Jahre 1624. Rückblick.

Mit diesem geringen Erfolge des französischen Vermittlungsplanes gaben sich die beiden Wittelsbacher zufrieden; sie konnten es um so eher, als Maximilian das Unternehmen nur als Notbehelf betrachtet hatte für den Fall, daß die seit langem vorbereitete Aussöhnung mit Johann Georg von Sachsen nicht gelingen sollte[2]).

[1]) Götz, S. 553, Anm. 1, Hyacinth an Kurmainz, 9. August, Kurmainz an seinen Kanzler Gereon, 19. August, Kurmainz an Ludwig XIII., 24. August 1624.

[2]) Götz, S. 547, Anm. 1, S. 548, Maximilian an den Kaiser, 3. Juli 1624.

Nun war aber gerade diese Angelegenheit einem günstigen Abschluß nahe. Durch seinen Bruder Herzog Albrecht hatte Erzbischof Ferdinand erfahren, daß eine Versammlung für Anfang Juli einberufen würde, die der Kaiser und die drei geistlichen Kurfürsten neben denen von Sachsen und Bayern besuchen sollten[1]). Allem Anschein nach war aber bei diesem Konvent, auf den sich Herzog Albrecht bezog, schon die Aufnahme Bayerns ins Kurkollegium beabsichtigt. Da aber damals die französische Vermittlungsangelegenheit noch nicht entschieden war, hielt Ferdinand dafür, daß der Zeitpunkt für diese Verhandlung zu früh angesetzt sei, weil erst Klarheit über die Stellung Frankreichs geschafft und auch die Infantin zu der Frage gehört werden müsse; doch dürfe man die vorbereitende Konferenz zwischen Kurmainz und Kursachsen nicht aus den Augen lassen. Er selbst wollte allerdings davon fernbleiben, angeblich weil er nur ungenügend informiert war und als Bruder Maximilians keinen Verdacht bei Johann Georg erregen wollte. Auch an der Kurfürstenversammlung, welche über die Aufnahme Maximilians in das Kurkolleg zu beschließen hatte, wollte er sich nicht persönlich beteiligen. Drei Gründe bestimmten ihn dazu: Einmal sagte er sich mit Recht, daß bei einer so starken Beteiligung, wie sie nach den Angaben des Herzogs Albrecht vorgeschlagen war, der Kurfürst von Brandenburg nicht gut umgangen werden konnte; ob aber dessen Gegenwart dem Werke dienlich sei, bezweifelte Ferdinand ganz unbedingt. Deshalb wollte er mit dem Kurfürsten von Trier fern bleiben, damit der Ausschluß Kurbrandenburgs nicht allzu auffällig erschien. Dazu kam, daß Ferdinand nicht glaubte, sein Land gerade im Sommer 1624 sich selbst überlassen zu können, da er nicht wußte, was die Feinde für die nächste Zeit vorhatten, und schließlich war ihm die Reise zu kostspielig, denn er rechnete damit, daß früher oder später der schon seit 1623 geplante Reichs- oder Kurfürstentag kommen würde, bei dem er ohnedies zugegen sein mußte[1]).

Die Gründe teilte Ferdinand seinem noch in Augsburg weilenden Obersthofmeister mit, damit dieser, wenn er, wie es schon be-

[1]) Forst, Urk. 116, S. 88; vgl. Götz, S. 384, Kurköln an Maximilian, 20. November 1623. P. S.

stimmt war, auf der Rückreise von Augsburg einige Zeit in München zubrachte[1]), das Fehlen seines Herrn bei den wichtigen Zusammenkünften entschuldigen konnte[2]).

Im übrigen hatte Ferdinand auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit weniger Einfluß. Auf eine Anfrage seines Bruders empfahl er noch einmal, auf den Wechsel der Kur zwischen Pfalz und Bayern, wenn er als Friedensmittel bei der Zusammenkunft zwischen Kurmainz und Kursachsen erwogen wurde, einzugehen, weil dieses Mittel von den Staatsmännern der pfälzischen Partei als Ausgleichsgrundlage nicht abgewiesen werden würde. Doch sollte sich Maximilian darauf nicht bedingungslos einlassen, sondern den Versuch machen, sich einige Einwirkung auf die Erziehung der pfalzgräflichen Kinder zu sichern[3]). Dieser Ratschlag war scheinbar das Letzte, wodurch Ferdinand von Köln sich an den Verhandlungen mit Johann Georg beteiligte. Die Sache ging jetzt rasch einem für Maximilian sehr glücklichen Ende entgegen. In Schleusingen, wo der Erzbischof von Mainz mit dem Kurfürsten Johann Georg im Juli zusammenkam, gab dieser seinen Widerstand gegen die bayrische Kur auf,[4]) und sofort vollzog dann Johann Schweikard in Nürnberg die Aufnahme Maximilians in das Kurkolleg.

Damit war die Schranke gefallen, die bisher eine Friedensverhandlung im Reiche unmöglich gemacht hatte. Jetzt, wo der einflußreiche Kurfürst von Sachsen die bayrische Kur anerkannt hatte, erübrigte sich die Rücksicht auf Georg Wilhelm von Brandenburg. Die Vorbedingungen für einen Reichs- oder Kurfürstentag waren gegeben, und die Hoffnung auf die langersehnte Ruhe im Reiche hatte sich ihrer Erfüllung wesentlich genähert.

Kaum ein deutscher Fürst bedurfte des Friedens mehr als Ferdinand, in dessen Ländern der Krieg furchtbare Spuren hinterlassen hatte[5]). Zwar war die Einquartierung der ligistischen Truppen in Münster stark beschränkt worden, aber auch in dieser

[1]) Forst, Urk. 115, S. 84, Johann von Hohenzollern an Wartenberg, 22. Mai 1624.

[2]) Forst, Urk. 116, S. 89.

[3]) Götz, S. 541, Kurköln an Maximilian, 2. Juni 1624.

[4]) Götz, S. 557ff., die Tagung zu Schleusingen, 10.—22. Juli 1624.

[5]) Götz, S. 580, Anm. 1. Kurköln an Maximilian, 18. August 1624.

geringen Anzahl stellten die Söldner des Ligaheeres eine schwere Belastung der ausgesogenen Stiftsbevölkerung dar, weil außer ihnen im Juli auch spanische Abteilungen dort eindrangen und das Gebiet in seiner ganzen Breite durchzogen, um die Holländer in Ostfriesland zu bedrohen[1]). Dazu dienten das Erzstift sowohl wie das Vest Recklinghausen dem spanischen Heere als Sammel- und Vorratsplätze[1]), und auch das Bistum Lüttich mußte wieder längere Zeit spanische Einquartierung dulden[2]) trotz des Protestes, der gegen die Niederlassung spanischer Truppen innerhalb der deutschen Grenzen immer wieder eingelegt wurde[3]). Maximilian von Bayern, der Kaiser, der Kurfürst von Mainz hatten bei der Infantin darüber Beschwerde geführt, ohne in Brüssel mehr als leere Versicherungen zu erreichen, denn in Wahrheit wurden die spanischen Truppen nicht nur nicht entfernt, sondern die Bestände vergrößerten sich auch noch[3]). Infolgedessen hatte der Erzbischof den Plan einer Klage bei dem König von Spanien erwogen[4]) und selbstverständlich dafür Sorge getragen, daß seine Vertreter in Augsburg Maßregeln gegen die spanischen Übergriffe forderten[5]); aber auch die Klageschriften, die von dort an den Kaiser, den König von Spanien und an die Infantin im Namen der Liga gerichtet wurden[6]), waren ergebnislos; die Truppen wurden jetzt entweder nur soweit zurückgezogen, daß sie täglich in ihre früheren Quartiere zurücklaufen konnten, oder es rückten nach Abzug der alten sofort wieder neue Abteilungen nach, so daß Ferdinand von Köln keineswegs gebessert war[7]).

Um die Untertanen des Kurfürsten zu entlasten, entschloß sich Maximilian, die ligistischen Regimenter aus Münster auf dem Wege der Abdankung zu beseitigen, doch stellte sich dieser Plan

[1]) Forst, Urk. 119, S. 97, Wartenberg an Johann von Hohenzollern, 21. Juli 1624.

[2]) Götz, S. 409, Anm. 3, S. 411, Maxiiliamn an die Infantin, 6. Februar, deren Antwort 6. März 1624.

[3]) Götz, ebenda, Maximilian an die Infantin, 20. Februar 1624.

[4]) Götz, S. 446, Maximilian an Kurköln, 14. April 1624.

[5]) Klagen über spanische Einquartierung auf dem Ligatag zu Augsburg, Götz, S. 473, 486.

[6]) Götz, S. 495.

[7]) Götz, S. 539, Anm. 1, Kurköln an Maximilian, 18. August 1624; Forst, Urk. 119, S. 97.

für Ferdinand als höchst zweifelhaft heraus, denn es handelte sich dabei um die Abteilungen von Nivenheim, Neersen und Blanckart, deren Zugehörigkeit zur Liga Maximilian früher so energisch bestritten hatte; auch jetzt verlangte er von seinem Bruder einen Beitrag zu der Abdankungssumme[1]), d. h. er wollte Ferdinand die Quartierlast abnehmen, aber nur wenn dieser einen Teil der Kosten trug. Der Erzbischof hatte jedoch schon durch Wartenberg in München andeuten lassen, daß er keine Geldbeihilfe zu diesem Zwecke schaffen könne, da er, abgesehen von seiner Armut, immer noch die Rache der Holländer fürchtete[2]). Trotzdem schickte Maximilian seinen Kriegskommissar Lerchenfeld mit ungenügenden Mitteln nach Bonn[3]) und forderte seinen Bruder und die Münsterer Stände zur Übernahme der verbleibenden Restzettel auf, was von Ferdinand jedoch mit dem Bemerken abgelehnt wurde, daß er bei den drei Regimentern bereits eine halbe Million zugunsten der Ligakasse abgehandelt habe[4]). Auch gegen die von der Infantin gewünschte und von Maximilian unterstützte Abtretung des Regiments Blanckart an die spanischen Niederlande sträubte sich Ferdinand aus Angst vor einem Neutralitätsbruch gegen Holland[5]). Er bat vielmehr, die einmal eingeleitete Abdankung zu Ende zu bringen und es den Spaniern anheimzustellen, das Volk zu „erhandeln", womit Maximilian schließlich einverstanden war[6]).

So sehr aber auch eine Verminderung der Truppen in den bedrückten Ländern des Erzbischofs erwünscht war, so ergab sich doch im Hinblick auf die fortwährenden Werbungen Mansfelds und Christians von Halberstadt[7]) die Notwendigkeit, mit der Abdankung zu warten und damit auch von dem Plan einer Ab-

---

[1]) Götz, S. 549, Tilly an Maximilian, 28. Juni 1624; S. 550, Anm. 2, Maximilian an Kurköln, 2. Juli 1624.

[2]) Forst, Urk. 119.

[3]) Götz, S. 580, Kurköln an Maximilian, 22. September 1624.

[4]) Götz, S. 580, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 1. Oktober; Kurköln an Maximilian, 10. November 1624.

[5]) Götz, S. 580, Kurköln an Maximilian, 22. September, S. 581, Anm. 1, 6. Oktober 1624.

[6]) Götz, S. 581, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 15. Oktober 1624.

[7]) Götz, S. 613, Maximilian an den Kaiser, 12. November 1624; S. 616, Tilly an Maximilian, 14. November 1624.

tretung des Regiments Blanckart an die Infantin abzusehen[1]). Überhaupt bemerkte man in der zweiten Hälfte des Jahres 1624, wo doch die katholische Partei nach der Gewinnung Johann Georgs auf eine friedliche Lösung aller Streitigkeiten gerechnet hatte, überall höchst unerwünschte Erscheinungen, die das Ende des Krieges in weite Ferne rückten. Es regte sich in Dänemark und Schweden, die gefährliche französisch-englische Verbindung nahm durch den im November unterzeichneten Ehevertrag zwischen dem Prinzen von Wales und der Prinzessin von Frankreich festere Formen an, die Haltung des niedersächsischen Kreises war unsicher, Georg Wilhelm von Brandenburg suchte Anschluß bei den Feinden[2]), und auch Johann Georg von Sachsen machte unvermutet Schwierigkeiten, indem er dem von Bayern geforderten Kurfürstentag entgegenarbeitete und einen Reichstag an seiner Stelle berufen wissen wollte[3]), der mit seinem umständlichen Apparat schon wegen der langen, gesetzmäßig vorgeschriebenen Einberufungsfrist nicht in das auf einen schnellen Friedensschluß gerichtete Programm der Ligafürsten paßte[4]). Dazu kamen die Werbungen, die Ernst von Mansfeld mit englischer und holländischer Unterstützung ganz offen betrieb; sogar in den Stiftern Lüttich und Paderborn hatte er seine Musterplätze errichtet, ohne daß es der ohnmächtige Erzbischof vereiteln konnte[5]). Es spielten sich also die Vorbereitungen für die kommenden unheilvollen Ereignisse fast unmittelbar vor seinen Augen ab. Seine Finanznot hatte ihren Höhepunkt erreicht, denn zu seinen Kriegsverlusten gesellte sich noch ein Ausfall, der ihn in schlimme Verlegenheit brachte. Infolge der Zahlungsunfähigkeit König Philipps IV. nämlich konnte er das spanische Jahrgeld für 1624 nicht in Empfang nehmen. Dadurch geriet er in große Bedrängnis, da er in Wien mit den Regalien aller kölnischen Stifter belehnt werden sollte und zu diesem Zweck die

[1]) Götz, S. 616, Anm. 1, Tilly an Maximilian, 8. November 1624; S. 631, Maximilian an Tilly, 2. Dezember 1624; vgl. dazu S. 623f, 627, 577, Anm. 1.

[2]) Götz, S. 624, Anm. 2, S. 625, Tilly an Maximilian, 1. Dezember 1624.

[3]) Götz, S. 651, Kursachsen an Maximilian, 24. Dezember 1624.

[4]) Götz, S. 612, Maximilian an Kurmainz, 12. November 1624.

[5]) Götz, S. 645, Anm. 1, Maximilian an Kurköln, 24. Dezember 1624.

Summe von 7000 Goldgulden zu erlegen hatte, die er durch die spanische Pension hatte decken wollen[1]).

So war am Ausgang des Jahres 1624 die Lage des Kurfürsten Ferdinand trauriger als je zuvor. Schuld daran war außer den gegnerischen Anschlägen die Einquartierung der verbündeten Truppen aus dem ligistischen und spanischen Heere. Ohne Unterlaß hatte sich der Erzbischof bemüht, dieses Unglück abzuwenden, aber seine Proteste waren wirkungslos verhallt, weil ihm die Macht fehlte, seinen Ansprüchen Geltung zu verschaffen; denn militärisch war er durchaus abhängig von seinem Bruder und von Spanien. Zwar hatte er häufig den Versuch gemacht, in seinen westfälischen Besitzungen eigne Landesheere aufzubringen, da aber diese Unternehmungen zuerst immer an dem Geiz, zuletzt aber an dem Unvermögen der Landstände scheiterten, so konnten Bayern und Spanien die militärische Inferiorität Ferdinands in ihrem Interesse ausnutzen, indem sie seine Stifter nach Belieben als Quartier-, Proviant- und Durchzugsplätze fungieren ließen. Darum aber war es Ferdinand auch nicht zu verübeln, daß er seine Verpflichtungen an die Liga stark vernachlässigte und daß er insgeheim der spanischen Politik entgegenarbeitete, soweit es ohne Gefahr nur immer anging. Seine antispanische Gesinnung rührte nicht nur von den unaufhörlichen Übergriffen der Armee her, sondern auch von dem Streben der Regierungen in Madrid und Brüssel, die Liga zum Kriege mit Holland zu treiben. Die Teilnahme der Liga an dem spanisch-holländischen Konflikt hätte natürlich sofort einen holländischen Handstreich auf die leicht erreichbaren kölnischen Stifter nach sich gezogen. Darum war es einer der obersten Grundsätze in der Kriegspolitik Ferdinands, einen offenen Bruch mit Holland zu vermeiden und wenigstens äußerlich die Neutralität gegen die Staaten zu wahren, wenn er auch in Praxis öfter darüber hinwegsah und seinen vertragsbrüchigen Nachbarn mit gleicher Münze zahlte. Mit seiner Gereiztheit gegen Spanien hing es auch zusammen, daß er dem Spanien eng verbundenen Kaiser gegenüber nicht immer ganz offen war und im Auslande dort anzuknüpfen suchte, wo er ein Gegengewicht gegen die spanische Politik zu finden hoffte. Daher seine Hinneigung zu Frankreich, in der

[1]) Götz, S. 590ff., Kurköln an Maximilian, 6. Oktober 1624; S. 593, Anm. 1, Beilage zum Schreiben vom 6. Oktober.

er mit seinem Bruder übereinstimmte. Mit Maximilian war Ferdinand in allen politischen und kirchlichen Fragen, so z. B. in der Stellungnahme zu Friedrich V. und seiner Partei und in der Kurangelegenheit soweit einig, daß er sich zum überzeugten Vorkämpfer der bayrischen Politik machte, wenn er auch manchmal in Rücksicht auf die verwickelte Lage die Forderungen seines Bruders geschickt in gemäßigtere Formen zu bringen suchte, wie sein Verhalten auf der Mühlhäuser Tagung und sein Eintreten für den Kurwechsel beweisen.

Nie vergaß er, daß er ein Wittelsbacher war, im Kampfe für die Größe Bayerns stand er stets an der Seite Maximilians. Er lieh ihm seine Unterstützung um so bereitwilliger, als sie meist diplomatischer Natur war und keine finanziellen oder militärischen Anforderungen stellte. Gewissenhaft richtete er sich dabei nach den Münchner Instruktionen, die ihm die Grundzüge seines Handelns vorschrieben. Über die Führung der Geschäfte im einzelnen und über die Formen, die beim Auftauchen eines unvorhergesehenen Zwischenfalls anzuwenden waren, konnten natürlich nicht immer Anleitungen gegeben werden; aber das war auch gar nicht nötig, denn Ferdinand ging, wenn ihm einmal eine Aufgabe gestellt war, ganz in dieser auf und entwickelte eine erstaunliche Gewandtheit und Ausdauer. Demnach charakterisierte sich das Verhältnis zwischen den beiden Brüdern in den ersten Kriegsjahren so, daß Ferdinand in der rein bayrischen Politik zunächst als ausführendes Organ Maximilians tätig war. Doch gab er auch selbständige Anregungen und machte in München Vorschläge, die von tiefem Einblick in die politische Lage zeugten. Wurden diese nicht beachtet, dann kam es nie zu ernsten Differenzen, und Ferdinand fügte sich ohne Widerspruch der größeren Staatskunst seines Bruders.

Anders lag freilich die Sache, wenn Maximilian von ihm Geld, Truppen oder Zufuhr verlangte. In diesem Falle trieb Ferdinand durchaus Territorialpolitik und vertrat sein eignes Interesse und das seiner Stifter aufs entschiedenste. Drohten neue Kriegslasten, so schreckte er zu ihrer Verhütung vor keiner Maßregel zurück, und stellte sich dabei oft in einen ausgesprochenen Gegensatz zu seinem Bruder.

Nach den eben erörterten Gesichtspunkten hatte Kurfürst

Ferdinand seine Politik bis in das Jahr 1624 im ganzen einheitlich orientieren können, weil sich die Interessengruppen im Laufe der sechs ersten Kriegsjahre nicht wesentlich verschoben. Doch trat nunmehr eine völlige Wandlung ein; denn mit dem Übergang Frankreichs auf die Seite der Gegner, mit dem Eingreifen Dänemarks und Niedersachsens und mit der Schaffung eines aktionsfähigen kaiserlichen Heeres unter Wallensteins Führung gewannen im kommenden Jahre Faktoren Einfluß, die ihn notgedrungen veranlassen mußten, seine Politik den Anforderungen anzupassen, welche die neuen Verwicklungen stellten.

Literatur.

I. Quellen.

1. Cürieuser Geschichts-Calender, darinnen die vornehmsten Taten und Geschichten der Hochwürdigsten Churfürsten und Ertzbischöfe zu Cölln nach den Tagen und Monaten vom Jahre 1601—1698 in beliebter Kürtze vorgestellt werden, 1698.
2. Forst, Politische Correspondenz des Grafen Franz Wilhelm von Wartenberg, Bischofs von Osnabrück. Publ. a. d. K. Preuß. Staatsarchiven, Bd. 68, 1897. (Als „Forst" zitiert.)
3. Forst, Urkundliche Beiträge zur Lebensgeschichte des Cardinals Eitel Friedrich von Hohenzollern-Sigmaringen, Fürstbischofs von Osnabrück. Mitt. d. hist. Ver. zu Osnabrück XIX, 1894.
4. Geschichtsquellen des Bistums Münster. Herausgeg. v. d. Freunden d. vaterl. Gesch. III, 1856.
5. Götz, Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges, N. F. Die Politik Maximilians I., 1907. (Als „Götz" zitiert.)
6. Götz, Die Kriegskosten Bayerns und der Ligastände im dreißigjährigen Kriege. Forsch. z. Gesch. Bayerns XII, S. 109ff.
7. Khevenhüller, Annales IX u. X, 1724.
8. Lundorp, Acta publica, 1668.
9. Lundorp, Bellum sexennale civile Germanicum, 1622.
10. Seibertz, Quellen der westfälischen Geschichte I, 1857. Chronik der Stadt Werl von Herm. Brandis.
11. M. Strunck, Annalium Paderbornensium Pars III, 1741.
12. Theatrum Europaeum 1617—1629, 1643.

II. Darstellungen.

1. v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse seit dem Anfange des 16. Jahrhunderts, 1839.
2. v. Aretin, Geschichte des bayrischen Herzogs und Kurfürsten Maximilian I. 1842.
3. Baur, Philipp von Sötern, geistlicher Kurfürst von Trier, 1897.
4. Bessen, Geschichte des Bistums Paderborn II, 1820.
5. Binterim und Mooren, Erzdiözese Köln, 1892.
6. Ennen, Frankreich und der Niederrhein oder Geschichte von Stadt und Kurstaat Köln seit dem dreißigjährigen Kriege bis zur französischen Okkupation I, 1855.
7. Ennen, Geschichte der Stadt Köln V, 1880.
8. Forst, Die Spanier am Rhein im dreißigjährigen Kriege. Westd. Zeitschr. XVIII, 1899.
9. Forst, Kardinal Eitel Friedrich von Hohenzollern, Bischof von Osnabrück. Mitt. d. Ver. f. Gesch. u. Altertumskd. in Hohenzollern, XXVII. Jahrgang, 1893/94.

10. Gfrörer, Gustav Adolf, König von Schweden, und seine Zeit, 1845.
11. Gindely, Beiträge zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges. Aus den nachgelassenen Schriften Anton Gindelys herausgeg. von J. Hirn. Archiv für Österr. Gesch., 89. Bd., 1901.
12. Gindely, Geschichte des dreißigjährigen Krieges IV, 1880.
13. Häberlin-Senkenberg, Neuere teutsche Reichs-Geschichte XXIV, 1793; XXV, 1794.
14. Hansen, Nuntiaturberichte aus Deutschland 1572—1585, Einleitung, 1892.
15. Historisch-geographische Beschreibung des Erzstiftes Köln, 1783.
16. Hurter, Geschichte Ferdinands II. IX, 1858.
17. Klopp, Tilly im dreißigjährigen Kriege I, 1861.
28. Löher, Geschichte des Kampfes um Paderborn 1597—1604, 1874.
29. Lossen, Der Kölnische Krieg I, 1882; II, 1897.
20. Mittendorf, Herzog Christians von Braunschweig, postulierten Bischofs zu Halberstadt, Wirksamkeit während des dreißigjährigen Krieges. Archiv des hist. Ver. f. Niedersachsen, N. F., 1845.
21. Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg I, 1872.
22. Riezler, Geschichte Bayerns V, 1903.
23. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges II, 1895; III, 1908.
24. Ritter, Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und der Anfänge des Kaisers Matthias. Abh. d. hist. Kl.. d. K. Bayr. Akad. d. Wissensch. XV, 1880.
25. Schneider, Stadt und Vest Recklinghausen während des dreißigjährigen Krieges. Zeitschr. f. vaterl. Gesch. u. Altertumskd., III. Folge, 2. Bd., 1862.
26. Schreiber, Maximilian I., der Katholische, und der dreißigjährige Krieg, 1868.
27. v. Stramberg, Rheinischer Antiquarius II, 7, 1858.
28. Stumpf, Diplomatische Geschichte der Liga, 1800.
29. Tophoff, Christian von Braunschweig und J. J. Graf von Anholt. Die Verwüstungen der Stifter Paderborn und Münster 1622—23. Zeitschr. für vaterl. Gesch. u. Altertumskd., N. F. III, 1852; IV, 1853.
30. Unkel, Die Coadjutorie des Herzogs Ferdinand von Bayern im Erzstift Köln. Hist. Jahrb. VIII.
31. Weskamp, Das Heer der Liga in Westfalen zur Abwehr des Grafen von Mansfeld und des Herzogs Christian von Braunschweig 1622—23, 1891.
32. Weskamp, Die Stadt Warendorf im Kampfe gegen Landesherrn und Kaiser. Zeitschr. f. vaterl. Gesch. u. Altertumskd. 47. Bd. 1889.
33. Weskamp, Herzog Christian von Braunschweig und die Stifter Münster und Paderborn im Beginne des dreißigjährigen Krieges. Münsterische Beiträge VI, 1884.
34. Weskamp, Herzog Christian v. Braunschweig u. d. Stifter Münster u. Paderborn im Beginne des dreißigjährigen Krieges 1618—22, Diss. 1884.
35. Westenrieder, Beiträge zur vaterländischen Historie usw., 1788ff.
36. Winter, Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, 1893.
37. Wolf-Breyer, Gesch. Maximilians I. und seiner Zeit IV, 1811.

Lebenslauf.

Als Sohn des Buchdruckereibesitzers Carl Lippert und seiner Ehefrau Emma geb. Rothe wurde ich, Franz August Walter Lippert, evangelischen Bekenntnisses, am 25. Februar 1887 zu Leipzig geboren. Ich besuchte zuerst die Vorschule und dann das Domgymnasium zu Naumburg an der Saale. Die Reifeprüfung bestand ich Ostern 1906. Ich studierte in München und Leipzig bis zum Wintersemester 1910/11 und legte am 12. Juli 1911 die Prüfung für das höhere Lehramt in Leipzig ab.

Meinen verehrten Lehrern spreche ich hier meinen gehorsamsten Dank aus.

Seit Michaelis 1911 bin ich im Leipziger Schuldienst tätig.

Herrn Prof. Dr. Herre danke ich verbindlichst für liebenswürdige Anregung und freundliche Unterstützung der vorliegenden Arbeit. Ebenso bin ich Herrn Dr. Forst für einige wertvolle Aufklärungen zu Danke verpflichtet.